

# Gesamtkonzept Klimaneutralität 2040

Einreichung der ursprünglichen Version (v1)  
zur Klima-Challenge 2022  
der Klima-Allianz OÖ



# INHALT

## **Teil 1: Themeneinführung** **4**

Vorwort .....	5
Die Aufgabenstellung .....	6
Ökologischer Fußabdruck und Welterschöpfungstag .....	6
Die „Hausaufgaben“ für Österreich und Oberösterreich .....	7
Physik verhandelt nicht! .....	8
Die ÖVP in Land und Bund .....	8
Die Wirtschaftskammer .....	9
Die üblichen Ausreden, nichts verändern zu müssen .....	10
Hoffnung und Zukunftsoptimismus .....	13
Große klimatische Kipppunkte .....	13
Die kollektive Ignoranz durchbrechen .....	14
„Klimaklassismus“: Eine Frage der sozialen Schicht? .....	14
Klimaaktivismus: Warum Fakten und Wissensvermittlung nicht ausreichen .....	15

## **Teil 2: Maßnahmenkatalog** **17**

1. Die Verantwortung der Politik .....	18
2. Verfassungsänderung .....	18
3. Bürokratie .....	19
4. Donut-Ökonomie .....	19
5. Kommunikation .....	20
6. Institutionen und Unternehmen als aktive Unterstützer .....	25
7. Konsumbewusstsein .....	26
8. Sharing Economy .....	27
9. Medienreform .....	27
10. Soziale Medien .....	28
11. Interdisziplinärer Experten*innenstab .....	28
12. Kontrollbehörde .....	28
13. Volksabstimmung zu Experten*innenstab und Kontrollbehörde .....	29
14. Professionalisierung der Klimaschutzbewegung .....	29
15. Greenwashing-Kontrolle .....	29
16. Stopp klimaschädliche Förderungen .....	30
17. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung .....	30
18. Nachhaltige Technologien und Innovationen .....	31
19. Mobilität .....	32
20. Begrünungs- und Baum-Offensive .....	37
21. Ernährung .....	37
22. Landwirtschaft und Böden .....	39

## INHALT

23. Kreislaufwirtschaft vs. Geplante Obsoleszenz .....	40
24. Modeindustrie und Fast Fashion .....	41
25. Müll .....	42
26. Bauen, Wohnen .....	42
27. Stadtplanung Linz .....	42
28. Grüne vs. Schmutzige Veranlagungen .....	43
29. Erhöhung der CO2-Steuer .....	44
30. Steuerliche Abschreibung .....	44
31. Energiewende statt Erdgas-Fracking .....	44
32. Photovoltaik .....	44
33. Windkraft .....	46
34. Geothermie .....	47
35. Grüner Wasserstoff .....	47
36. Stabile Stromnetze .....	47
37. Fahrzeug-Industrie in Steyr .....	47
38. Effiziente Raumklimatisierung .....	48
39. Kühlung durch hochreflektive ultraweiße Farbe .....	48
40. Öffentliche Trinkwasserbrunnen .....	48
41. Lichtverschmutzung .....	48
42. Emissionszertifikate-Handel .....	48
43. Vermögenssteuern .....	49
44. Stärkung der EU .....	49
<b>Treffende Zitate .....</b>	<b>50</b>
<b>Weiterführende Links zu Arbeiten und Plattformen .....</b>	<b>52</b>

Der aktuelle Stand dieser Arbeit ist online / elektronisch verfügbar unter:  
[www.stefanzauner.com/klima/Gesamtkonzept\\_Klimaneutralitaet\\_2040\\_Zauner.pdf](http://www.stefanzauner.com/klima/Gesamtkonzept_Klimaneutralitaet_2040_Zauner.pdf)



**Teil 1:**  
**Themeneinführung**

2022 – 421  
2019 – 410  
2018 – 408  
2017 – 405  
2016 – 403  
2015 – 400  
2014 – 397  
2013 – 395  
2012 – 392  
2011 – 390  
2010 – 389  
2009 – 387  
2008 – 386  
2007 – 383  
2006 – 381  
2005 – 379  
2004 – 377  
2003 – 375  
2002 – 373  
2001 – 370  
2000 – 369  
1999 – 368  
1998 – 365  
1997 – 363  
1996 – 362  
1995 – 360  
1994 – 358  
1993 – 357  
1992 – 356  
1991 – 355  
1990 – 354  
1989 – 353  
1988 – 351  
1987 – 348  
1986 – 347  
1985 – 345  
1984 – 344  
1983 – 342  
1982 – 341  
1981 – 340  
1980 – 339  
1979 – 337  
1978 – 335  
1977 – 334  
1976 – 332  
1975 – 331  
1974 – 330  
1973 – 330  
1972 – 327  
1971 – 326  
1970 – 326  
1965 – 320

CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre in ppm pro Jahr

## Vorwort

Die erste Version dieser Arbeit entstand aufgrund des Aufrufs der Klimaallianz OÖ zur Teilnahme am Wettbewerb „Klima-Challenge 2022“. Die Aufgabenstellung wurde folgendermaßen umrissen: „Stell dir vor, DU bist verantwortlich im Land OÖ, das Ziel der Klimaneutralität 2040 (inkl. EU-Vorgabe – 55% bis 2030) sicherzustellen. Welche Maßnahmen würdest du treffen und wie ausgestalten, um dieses Ziel zu erreichen?“

In der dritten, nun vorliegenden Version wurden noch einige Themenbereiche ergänzt und erweitert. Eine thematisch breitgestreute Einleitung soll neben den vorgeschlagenen Maßnahmen auch Bewusstsein schaffen für die absolute Dringlichkeit von Klima- und Artenschutz, sowie einige Fehlentwicklungen, aber auch Chancen aufzeigen. Denn Klimaschutz geht uns alle etwas an, spätestens in der Wahlkabine, wenn man entscheiden muss, ob man Klimaschützern oder Populisten, Lobbyisten, Leugnern die Verantwortung übertragen will. Diese Arbeit stellt keinen akademisch korrekten Anspruch, beinhaltet aber sorgfältig recherchiert den Stand der Wissenschaft. Die detaillierte und wissenschaftlich auf den Punkt korrekte Auseinandersetzung mit den einzelnen Themenbereichen obliegt letztlich den Fachexperten.

Wir sind in einer Zeit multipler Krisen angelangt – mehrere globale Krisen gleichzeitig, die aber auch mit denselben Maßnahmen gelöst werden können. Die nächsten Jahre werden dazu entscheidend sein. Mit der Klimakrise haben wir mindestens so dramatisch eine Biodiversitätskrise mit beispiellosem Artensterben. Experten sprechen auch vom sechsten Massenaussterben in der Erdgeschichte. Schädlinge breiten sich zunehmend aus. Auch die Gefahr von Zoonosen mit neuartigen Erregern steigt mit vermehrtem Eingriff in Naturräume und der Verdrängung von Wildtieren durch den ungebremsten Raubbau natürlicher Ressourcen. Demokratiepoltisch steht viel auf dem Spiel, weil wir uns mit Öl und Gas von Diktatoren erpressbar machen und dadurch indirekt deren Kriege mitfinanzieren. Der soziale Frieden ist gefährdet durch klimatisch bedingte Flüchtlingswellen, Wassermangel, Ernteauffälle und radikalen Parteien. Funktionieren Demokratie und sozialer Zusammenhalt nicht, wird es auch zunehmend schwierig, gutes Krisenmanagement und Problemlösungskompetenz auf die Beine zu stellen. Je länger wir also zuwarten, desto schwieriger wird auch gerade deshalb eine machbare Wende. Wie Krisen wieder nicht als Chance genutzt werden, sehen wir gerade: während die Bevölkerung unter massiven Teuerungen leidet, machen fossile Konzerne Rekord-Milliardengewinne, womit aber nicht die Energiewende finanziert wird, sondern Ausschüttungen an Aktionäre erfolgen. Dieses System ist krank, weil es Unternehmensinteressen weit über die realen Bedürfnisse der Bevölkerung stellt.

Die Zusammenhänge des Klimawandels sind gleichermaßen komplex wie einfach auf den Punkt zu bringen: Wir blasen jedes Jahr zig Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> (37,1 Gt 2021) und andere Treibhausgase in die Atmosphäre (Tendenz steigend) womit wir die physikalischen Gegebenheiten ganz massiv verändern. Was in der Antike die Römer mit der Abholzung des Mittelmeerraums geschafft haben, können wir nun mit weltweiter Abholzung UND mit fossilen Bodenschätzen – Energie, die über Jahrmillionen durch Druck entstanden ist – weltweit innerhalb kürzester Zeit verrichten. Die Menschheit, insbesondere die reichen Industrieländer, haben bei ihrem rasanten Fortschritt leider fast ausschließlich aufs verbrennen fossiler Rohstoffe gesetzt. Dadurch ergibt sich auch für jedes Land der ersten Welt eine besondere Verantwortung: wegen der „historischen Schuld“. Wir betreiben gerade zerstörerisches Geoengineering und können die Auswirkungen zunehmend miterleben. Die fossile Industrie ist Klimazerstörer und Kriegsförderer zugleich – Kriege an sich gehören zu den größten Umweltkatastrophen überhaupt. Auch u.a. deshalb ist Klimaschutz im Grunde ein großes Friedensprojekt. Wichtige Teile der Politik und Wirtschaft befinden sich aber in einem System aus Hamsterrädern, wo sie scheinbar nicht herausfinden wollen oder können. Gewinnmaximierung steht über allem. Das ist eine überaus radikale Einstellung, die uns in absehbarer Zeit alles kosten kann. Die Wissenschaft ist sich einig wie bei kaum einem anderen Thema, die IPCC-Berichte des Weltklimarates fassen zehntausende Studien weltweit zusammen und sprechen eine klare und mahnende Sprache. Wer also kein Verschwörungstheoretiker ist, sondern ein aufgeklärter Mensch, sollte den IPCC ernst nehmen. Obendrein sind die Fakten bereits immer erdrückender. Wir haben möglicherweise nur noch ein kurzes Zeitfenster für entschlossenes Handeln, bevor selbstverstärkende Rückkopplungseffekte und klimatische Kippunkte uns zu Zuschauern werden lassen. Die Wissenschaft geht davon aus, dass 2030 bereits erste unumkehrbare Kippunkte erreicht werden könnten. Ein wichtiger Indikator ist die 1,5°-Grenze (Pariser Klimaabkommen 2015), ab dem die Klimaauswirkungen für Menschen und dem gesamten Planeten extrem schädlich werden. Diese Grenze wird bald erreicht sein. Und dabei muss auch der Politik klar sein: Maßnahmen, die zu spät kommen, werden uns nicht schützen! Wir leben in einem fein austarierten System, einem relativ kleinen klimatischen Fenster, das uns Leben und Überleben erst ermöglicht. Kippunkte würden für uns katastrophale neue klimatische Gleichgewichte schaffen. Wir müssen daher umgehend mit aller Kraft dagegen ankämpfen anstatt wegzusehen – vor allem unseren Kindern zuliebe.

DI(FH) Stefan Zauner, born at 334 ppm

## Die Aufgabenstellung

Das Problem muss ganzheitlich angegangen werden. Alles hängt miteinander zusammen und alles hängt davon ab. Die Aufgabenstellung ist somit interdisziplinär. In einer Welt voller regionaler Konflikte, Isolationismus, schwachen Institutionen und einem hohen Maß an Ungleichheit und Armut ist die Menschheit viel anfälliger für Klimaschäden und die politischen Auswirkungen des Klimawandels, die Länder an den Rand des Abgrunds treiben, Kriege auslösen und dergleichen mehr. In einer Welt, in der Menschen gleichberechtigter sind, die stärkere Institutionen und Sicherheitsvorkehrungen hat und im Großen und Ganzen wohlhabender ist, ist das anders. Wir können die Auswirkungen des Klimawandels also nicht von der allgemeinen menschlichen Entwicklung trennen. Unsere Anpassungsfähigkeit hängt davon ab, wie gut wir bei der Lösung der anderen großen Probleme der Menschheit vorankommen.

Nun liegen die meisten Ideen in irgendeiner Weise ohnehin seit langem auf dem Tisch (oder in den Schubladen), nur werden sie oft gekonnt ignoriert. Was auffällt: Das Bekenntnis zum Klimaschutz ist grundsätzlich vorhanden, auch die Bereitschaft, Geld dafür zu zahlen. Aber wenn es um Verbindlichkeiten geht, gerät alles ins Stocken. Und dabei sind die Bremser schlimmer als die Leugner: Wenn es drauf ankommt, ist immer etwas anderes wichtiger. Die entscheidende Frage wird deshalb sein, wie man in der Bevölkerung mehr Teilhabe, Bewusstsein und Eigenverantwortung schafft und wie man die Politik zum Handeln bringt, bevor erst der Druck von außen sie dazu zwingt. Eine mutige Regierung krepelt die Ärmel hoch und erstellt einen Masterplan, der mit aller Kraft die Wende angeht, vor allem auch unter Einbindung der Bevölkerung. Wir haben jedenfalls keine Zeit mehr für Klientelpolitik und Verbreitung von Unwahrheiten. Klimaschutz darf in Zukunft nicht mehr durch kleinkarierte, parteipolitische Interessen hintergangen werden, denn: Auch die „Bremser“ und „Verhinderer“ haben Kinder und Enkelkinder, denen sie ihr Handeln irgendwann erklären müssen. Ein absolutes No-Go wäre, wenn man jegliche oft mühsam ausgearbeiteten Ideen und Forderungen einfach ignoriert, denn dann werden auch die engagierten und motivierten Leute irgendwann das Handtuch werfen. Wenn es um zunehmende Verzweiflung und existentielle Fragen geht, hat das nebenbei – wenig überraschend – auch noch Potential zu Radikalisierungen in alle Richtungen.

Bei den in dieser Arbeit vorgeschlagenen Maßnahmen sind die Zuständigkeiten nicht aufs Bundesland begrenzt, denn das Land OÖ kann schließlich als starker nationaler Player in alle Richtungen intervenieren, sofern der Wille vorhanden ist. Jegliche Veränderung braucht jedenfalls starke Anreize UND neue Gesetze. Deshalb muss die breite Bevölkerung mit viel Engagement und Bewusstseinsbildung mit an Bord geholt werden, es müssen aber auch dringend notwendige Maßnahmen ohne einer zustimmenden Bevölkerungsmehrheit umgesetzt werden. Politik macht das bei anderen Themen tagtäglich, ansonsten würden wir in populistischem Handeln untergehen.

Ich möchte explizit betonen, dass es bei den Vorschlägen nicht um Verbote und Verzicht geht, sondern um eine Abkehr von der mittlerweile pervertierten Verschwendungsgesellschaft. Diese ist für viele Menschen in den letzten Jahrzehnten derart normal geworden, dass sie sich einen anderen Zugang gar nicht mehr vorstellen können und deshalb sogar die Klimaschutzbewegung anfeinden. Es geht hier um nichts weniger als den Erhalt unserer gegenwärtigen Lebensqualität in einer nachhaltigen, naturverträglichen Weise – alles andere ist für die nachkommenden Generationen inakzeptabel, rücksichtslos und auch absolut unfair. Machen wir so weiter wie bisher, steuern wir auf eine soziale und ökologische Katastrophe zu – dazu muss man nicht tausende Studien lesen, sondern nur eins und eins zusammenzählen und die Augen vor den Fakten nicht verschließen. Wassermangel kann zum Beispiel sehr schnell zu sozialen Unruhen und Kriegen führen. Da hilft es auch nicht, wenn in gewissen Regionen derzeit (!) noch genug vorhanden ist, denn wir leben nicht isoliert in einem Elfenbeinturm. Schützen wir also unsere Grundversorgung, anstatt den Betonierern und Blockierern unsere Stimme zu geben und ihnen weiter freie Hand zu lassen, damit sie uns weiter erklären, was denn alles nicht geht.

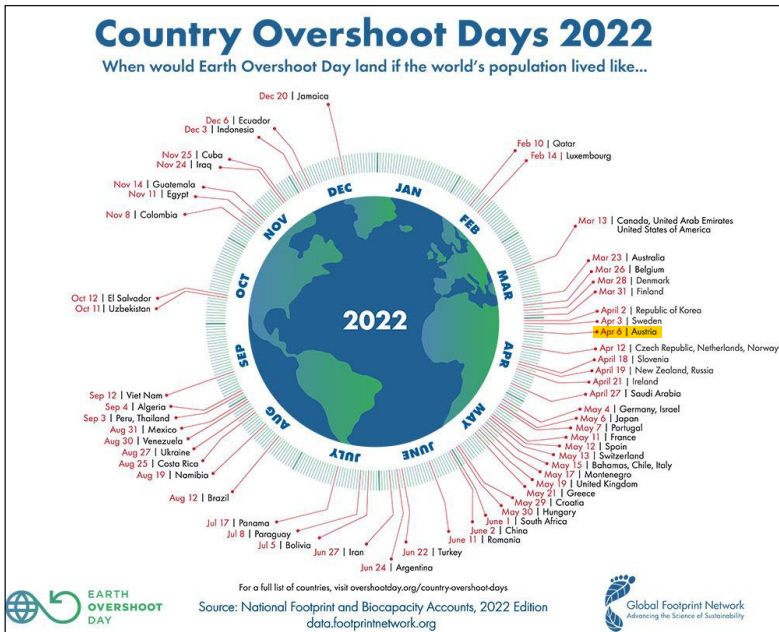
## Ökologischer Fußabdruck und Welterschöpfungstag

Quelle: <https://www.footprint.at/staunen/footprint/>

„Über Jahrtausende stammte alles, was wir Menschen brauchten, unser Essen, die Wolle für die Kleidung, das Holz zum Bauen und zum Heizen, aus der Natur. Erst seit weniger als 200 Jahren glauben wir, die Natur überlisten zu können. Essen kommt aus dem Supermarkt, Strom aus der Steckdose und Kleidung aus China. Doch auch heute noch benötigt alles Fläche. Ob Baumwolle oder Schafwolle, ob Erzbergbau oder Schottergruben, ob Karotte oder Rindersteak, ob hier oder weit weg, alles braucht Quadratmeter unserer Erdoberfläche um zu entstehen. Und schließlich brauchen auch Müll und Abgase einen Platz, um wieder unschädlich gemacht zu werden.

Die Wissenschaftler William Rees und Mathis Wackernagel haben 1994 den Ökologischen Fußabdruck als Maß für diesen Flächenverbrauch vorgeschlagen, gemessen in Global Hektar „gha“ (üblicherweise vereinfachend Hektar = 10.000 Quadratmeter).

Während der Flächenverbrauch für 1 Kilo Erdäpfel noch relativ einfach errechenbar ist, ist es bei Strom oder Ölverbrauch schon schwieriger, aber möglich. Denn wollen wir die Atmosphäre nicht weiter mit CO<sub>2</sub> belasten, dann müssen wir Kraftwerke und Fahrzeuge entweder mit erneuerbarer Energie betreiben oder wir müssen das CO<sub>2</sub> aus der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas wieder aus der Atmosphäre beseitigen, etwa durch Anpflanzen von neuen Wäldern. Das braucht aber erst recht wieder Fläche, genauso wie das Rapsfeld für den Biodiesel, und diese Fläche kann wie-



der in Hektar angegeben werden.“

### Earth Overshoot Day 2022

Ab 28. Juli machten wir 2022 Schulden bei der Erde. D.h. ab hier bis Jahresende verbrauchen wir mehr als nachwächst.

### Country Overshoot Day Österreich 2022

Der Ökologische Fußabdruck von Österreich beträgt 6,01 gha pro Person. Die globale Biokapazität beträgt aber nur 1,6 gha pro Person. Es würde  $(6,01 / 1,6) = 3,75$  Erden brauchen, wenn alle Menschen so leben würden wie die Österreicher.

Der Überschreitungstag von Österreich ist der 96. Tag des Jahres 2022 ( $365 \cdot (1,6 / 6,01)$ ). Das war 2022 der 6. April.

Quelle: <https://www.overshootday.org/newsroom/country-overshoot-days/>

## Die „Hausaufgaben“ für Österreich und Oberösterreich

Im November 2022 wurde im Rahmen des Green-Deals die EU Lastenverteilungsverordnung festgelegt, in der die Klimaziele der EU-Mitgliedsstaaten an das aktuelle EU-Ziel (mindestens -55 % bis 2030) angepasst wurden. Für Österreich bedeutet diese gesetzliche Verordnung eine Verschärfung der THG-Reduktion bis 2030 von bisher -36 % auf nunmehr -48 %. Diese Regelung gilt für sämtliche Emissionen, welche nicht dem Emissionshandel unterliegen (also im Wesentlichen für die Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft). Selbstverständlich müssen alle Gebietskörperschaften (also auch Länder und Gemeinden) dieses Ziel übernehmen, damit das Bundesziel erreicht werden kann. Es drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe, sollte das Ziel verfehlt werden. Für Oberösterreich bedeutet das konkret, dass ausgehend vom Referenzjahr 2005 die THG-Emissionen in den kommenden 7 Jahren um jeweils ca. 7% reduziert werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen (siehe Abbildung).

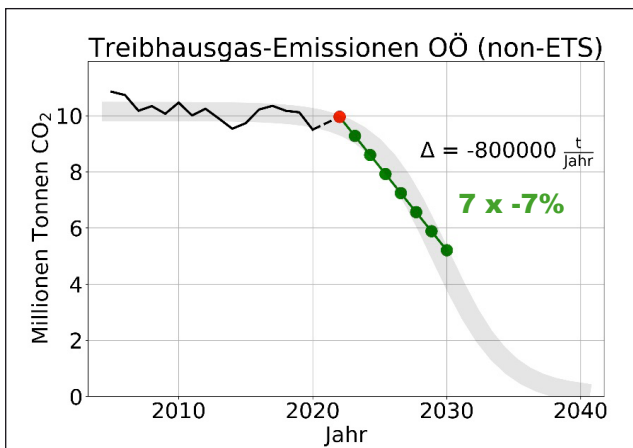


Abbildung: So fügt sich eine jährliche Reduktion um 800.000 Tonnen CO<sub>2</sub> Äquivalent, das sind ca. 7% vom Referenzjahr 2005, in den Pfad zur Klimaneutralität 2040 (grau) ein.

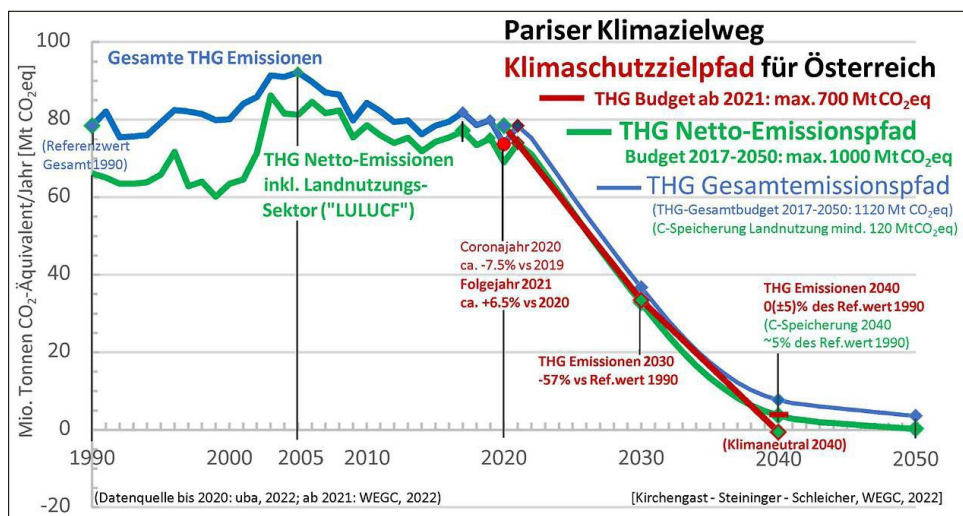
Quelle: Klimaallianz OÖ, <https://klimaallianz-ooe.at>

Jegliche Klima- und Energiestrategie für das Land OÖ wird genau daran gemessen werden, ob das gesetzliche Ziel – eine Reduktion der THG von 48 % bis 2030 - mit den vorgestellten Methoden realistischerweise erreicht werden kann oder nicht. Die Klima-Allianz OÖ weist darauf hin, dass unbedingt bereits im Jahr 2023 eine Reduktion von 7 % in diesen Bereichen erreicht werden muss, um in den Folgejahren nicht noch mehr in Verzug zu kommen. Zum Vergleich: Im ersten Corona-Jahr sind die Emissionen in ganz Österreich inklusive Emissionshandel unfreiwillig um 7,7 % gesunken. Es bedarf also enormer Anstrengungen in den einzelnen Sektoren, um die notwendigen THG-Einsparungen zu erzielen. Die Ernsthaftigkeit der oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie wird also daran zu erkennen sein, ob auch umgehend kurzfristig wirksame Maßnahmen gesetzt und entsprechende THG-Reduktionen erzielt werden können. Gerade in den Bereichen Gebäude & Raumplanung, Verkehr und Energie steht das Land OÖ stark in der Verantwortung, rasch entsprechende Schritte zu setzen.

Die am 16.01.2023 von Landeshauptmann Stelzer vorgestellte Klima- und Energiestrategie für das Land Oberösterreich ist wie befürchtet eine Riesenenttäuschung und Mogelpackung. Auf 160 Seiten findet sich zwar das klare Bekenntnis zur Einhaltung der Ziele und eine umfangreiche Auflistung möglicher Maßnahmen. Ohne entsprechend

klar formulierter Ziele fehlt jedoch gänzlich das entsprechende Monitoring bzw. Strategien für den Fall von Zielverfehlungen. Anstatt konkrete Ziele zu formulieren, liest sich das Dokument mehr als eine Auflistung von mehr oder weniger guten Ideen, was man denn, wenn man nur wollte, alles machen könnte. Herr Stelzer hat die Strategie mit den Worten „Wir machen, was machbar ist“ präsentiert, was eher heißen sollte: „Wir machen, was wir machen wollen“ – bzw. noch genauer „Wir machen nichts, was wir nicht machen wollen“.

(Quelle: <https://klimaallianz-ooe.at>)



Das Diagramm zeigt anschaulich, wo wir stehen und wo wir hin müssen. Fakt ist, dass derzeit jährlich in Österreich rund 77 Millionen Tonnen klimaschädliche Treibhausgase ausgestoßen werden. Dieses hohe Niveau hat sich seit über 30 Jahren nicht verändert. Österreich liegt mit Rang 32 im internationalen Klimaschutz-Ranking auch im EU-Vergleich im unteren Mittelfeld. Die Verkehrsemissionen sind sogar um 57% gestiegen, wo sie in den meisten anderen Ländern gesunken sind.

Quelle: <https://wegccloud.uni-graz.at/s/oT2QKiJgFkLdjwc>

## Physik verhandelt nicht!

Besonders seit 1990 hat die Erderhitzung an Fahrt aufgenommen. 2015 haben sich im Pariser Abkommen 197 Staaten darauf geeinigt, die Erderhitzung auf deutlich unter +2°C zu begrenzen und sich anzustrengen, die Erhitzung auf +1.5°C einzuschränken. Würden alle bisher abgegebenen Versprechungen der Staaten eingehalten werden, würden wir auf eine +2,7°C heißere Welt zusteuern, was schwerwiegende Folgen hat. Und sogar hierbei handelt es sich größtenteils nur um Lippenbekenntnisse, denen noch keine konkreten Taten folgen.

Neuen Berechnungen des Grazer Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel (Stand Juli 2022) zufolge haben die Emissionen 2021 gegenüber 2020 um rund 6,5 % zugenommen – und somit wieder das Niveau von 1990 erreicht. Als Gründe für den Anstieg werden neuerliche fossilbasierte Zuwächse bei Verkehr (Öl für Treibstoffe), Gasverbrauch (Haushalte und Industrie) und bei Grundstoffen (etwa Kohle für Stahlproduktion) genannt. Zur Erreichung der Klimaneutralität 2040 ist daher eine noch stärkere Ambition notwendig – vor allem im Bereich des Verkehrs: Wegen des „ungebrochenen Emissionsniveaus“ braucht es in diesem Bereich auch „den steilsten Reduktionspfad bis 2030“ und „tiefgreifende Maßnahmen“.

Klar ist: Österreich bleibt laut Wegener Center noch ein Gesamtbudget von „maximal 700 MtCO<sub>2</sub>eq“ für Klimaneutralität 2040. Konkret bedeutet das: Will Österreich bis 2040 Netto-null-Emissionen erreichen, dürfen im Inland genau noch 700 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente ausgestoßen werden. Bis 2030 dürfen es maximal 550 Millionen Tonnen sein, was einer Verringerung der Emissionen von mehr als 55 % gegenüber 1990 entspricht. Da alle Treibhausgase wie zum Beispiel Methan und Lachgas in unterschiedlichem Ausmaß zur Erderwärmung beitragen, werden sie in „CO<sub>2</sub>-Äquivalente“ umgerechnet und in die Berechnungen miteinbezogen. Gleichzeitig ist „aus Gründen der Klimagerechtigkeit“ für den Ausgleich von dabei nicht abgezogenen früheren überhöhten Emissionen eine angemessene Unterstützung von Entwicklungsländern beim Klimaschutz erforderlich („Green Climate Funds“).

Um die hohen Kosten des Nichthandelns zu vermeiden und die jeweiligen Reduktionsziele zu erreichen, muss die Klimapolitik an diesen Zielpfaden „verbindlich gesetzlich“ festgelegt werden. Nur so können wirksame Klimaschutzmaßnahmen konsequent umgesetzt werden.

## Die ÖVP in Land und Bund

Es scheint paradox, aber die ÖVP fährt ein grausames, doppeltes Spiel: Verpflichtenden Klimazielen wird zugestimmt, dafür nötige Maßnahmen werden aber blockiert, klimaschädliche Investitionen weiter vorangetrieben, sowie Fake News und Gegenkampagnen auf mehreren Ebenen unterstützt. Die ÖVP – die Partei der „anständigen, leistungsorientierten“ Menschen – will sich durchschummeln und Trittbrettfahren. Dass sie gnädigerweise im Bund mit den Grünen koalitiert, scheint bereits ihr größter Beitrag zu Klima- und Umweltschutz zu sein. Alles deutet derzeit darauf hin, dass sie die Klimaziele gar nicht erreichen wollen und hoffen, Strafzahlungen ebenfalls nie tätigen zu müssen, weil es die anderen Länder vielleicht auch nicht einhalten werden. Die Logik dahinter ist das fatale „Wir tragen weltweit ohnehin nichts dazu bei“-Narrativ gepaart mit den angekündigten Wunderwuzzi-Tech-



nologien, die alle Probleme lösen werden. Diese Schlüsseltechnologien gibt es auch bereits, werden aber genau von diesen Parteien nicht vorangetrieben, sondern blockiert. Oft fällt auch der Begriff „Technologieoffenheit“, wo aber mit Gewalt versucht wird, an veralteten, ineffizienten Technologien festzuhalten. Unwissenheit und Ignoranz ist hier also Programm.

Die ÖVP OÖ unter LH Thomas Stelzer hat sich dazu entschlossen, mit der FPÖ das Land zu regieren. Letztere sind dafür bekannt, aus Krisen Profit schlagen zu wollen, von Bewusstsein zu Klima- und Artenschutz keine Spur. Mit so einer destruktiven Partei zu koalieren, wohlgermerkt mit Klimawandelleugnern (nebenbei Wissenschaftsleugnern, ausländerfeindlichen Rassisten, Holocaustverharmlosern, Coronaleugnern, Fake News-Verbreitern und Demokratie- und Rechtsstaatsverächtern), sollte ein No-Go sein und zeigt den Charakter der ÖVP: Machterhalt, Lobbyismus und Populismus statt Sachlichkeit. Die Ambitionslosigkeit dieser Landesregierung wird dadurch argumentiert, dass man keine „ideologischen Parolen oder Träumereien aufgreifen“ wird (<https://www.derstandard.at/story/2000142491846/erhitzte-rot-gruene-gemueter-rund-um-schwarz-blaue-klimastrategie-in>). Diese permanente Anbiederung an den ganz rechten Wählerrand bewirkt aber nur ein ständiges überschreiten und verschieben roter Linien, ein salonfähig machen von menschenverachtendem und irrationalen Gedankengut.

Aber auch die Bundes-ÖVP (bis hinauf zu Bundeskanzler Nehammer) ist nicht besser: Der ÖVP-Umweltsprecher (!) Johannes Schmuckenschlager hat zum Unmut der beteiligten, hochmotivierten Bürger\*innen den Klimarat diffamiert, infrage gestellt und verlautbart, ein Klimaschutzgesetz hätte ohnehin „nicht die oberste Priorität“. Und die Bundesvorsitzende der Jungen Volkspartei, Claudia Plakolm, machte u.a. mit der Frühstücksverteilung „Geben statt Kleben“ populistisch Stimmung gegen die „Klimakleber“, mit den irreführenden Argumenten, dass wir ohnehin schon so viel gemacht hätten und wir ja nur 0,11% der Welt seien. Richard Schmitt, der Chefredakteur des ÖVP-nahen (!) Boulevardmediums [exxpress.at](https://de.wikipedia.org/wiki/exxpress) (<https://de.wikipedia.org/wiki/exxpress>) kampagnisiert generell gegen alle Klimaschützer, indem er z.B. behauptet, dass die Klima-Demos parteipolitisch inszeniert seien und Schulkinder von Erwachsenen hingekarrt würden. Das alles zeigt lediglich nur eines: Eine Führungsriege, die sich ohne Visionen, ohne Vorstellungskraft und Tatendrang keine andere Welt und Zukunft vorstellen kann und will. Auch wenn diese Welt gerade dabei ist, seinen Lebewesen die Grundlage zu entziehen. Solche Politiker (und unseriöse Journalisten) wollen den Status quo beibehalten, denn aus deren Sicht lassen sich die meisten Dinge unmöglich umsetzen. Da werden Forderungen nach dringendem Klimaschutz lieber ins Lächerliche gezogen um die Bevölkerung zu verunsichern und mögliche Wechselwähler von ganz rechts nicht zu verkräulen. Gegenfrage: Wo wären wir mit dieser Einstellung heute beim Frauenwahlrecht oder – aktueller – beim Nichtraucherschutz oder den Wiener Begegnungs- und Fußgängerzonen? All das war von vielen bis zur Umsetzung nicht vorstellbar, der Widerstand riesig und wurde im Vorfeld als Katastrophe angekündigt. Gewalt ist in der Erziehung in Österreich erst seit 1989 verboten, mit den Zwentendorf-Protesten wurden österreichische AKWs verhindert. Ohne FCKW-Verbot hätten wir wahrscheinlich schon ein so großes Ozonloch, dass wir Probleme hätten, uns im Freien aufzuhalten. Ohne verpflichtete Schwefelfilter in den Industrieschloten und unseren Autos würde unser Baumbestand ganz anders aussehen. Unvorstellbar also, wieder einen Schritt zurückzumachen. Und wie hätten wir die Finanz- und Bankenkrise oder die Coronapandemie gemeistert, wenn wir bei der Finanzierung notwendiger Maßnahmen genau so knausrig und kurzfristig gewinnorientiert wie hier kalkuliert hätten? Wir müssen von der Politik also Visionen und einen verbindlichen Zielpfad zu einer konkreten, lebhaften Zukunft verlangen, ganz ohne dumme Hinhalte-Parolen wie „Klimaschutz mit Hausverstand“, wo es doch mehr denn je um die Anwendung von „Sachverstand“ geht. Wir sind schließlich nicht auf einem Straßenmarkt, wo wir nach Gutdünken herumfeilschen, um vielleicht letztlich doch nichts ändern zu müssen, bis die jetzigen Verantwortlichen in ihre sichere Pension gegangen sind. Mut ist also gefordert, kein lähmender Populismus ohne große Würfe, weil die Angst vor dem Wähler zu groß ist oder ein lobbygetriebener Parteiapparat mittlerweile schrecklich verbohrt, absolut skrupellos und gleichzeitig lethargisch ist.

## Die Wirtschaftskammer

Diese Institution, die sich gerne so darstellt, als wäre sie das Epizentrum der österreichischen Wirtschaftskompetenz, agiert höchst fahrlässig angesichts der Tatsache, dass sich Österreich und alle Bundesländer zur „Klimaneutralität 2040“ verpflichtet haben. Dass es dazu noch immer keinen verbindlichen Masterplan gibt, untergräbt auch die Planungssicherheit heimischer Unternehmen. Rein ökonomisch betrachtet ist eine Wende hin zu einer CO<sub>2</sub>-freien Gesellschaft nicht nur bezahlbar, sondern am Ende auch viel günstiger als jedes Abwarten. Klimawandelkosten sind im volkswirtschaftlichen Denken miteinzukalkulieren und nicht wie bisher auszulagern auf Kosten der Allgemeinheit. Die Wirtschaftskammer als einer der Dauerblockierer setzt dabei leider weiter auf „Freiwilligkeit“ und dass die Wirtschaft ja „mitgenommen werden muss“ – und das seit mehreren Jahrzehnten. Das heißt in Wahrheit, dass sich am besten gar nichts ändern soll (während das Klima für Veränderungen sorgen wird). Mit viel Aufwand wird stattdessen versucht, Stimmung gegen umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen zu machen. Dabei geht es im Grunde um drei Bereiche:

- **Angstmacherei:** Notwendige Veränderungen werden blockiert unter dem Vorwand, dass dabei alles ruiniert wird – Arbeitsplätze, Wirtschaftsstandort, Lebensstandard, Grundversorgung und Abwanderung von Reichen. Das Gegenteil ist der Fall – durch unser Nichtstun ruinieren wir unsere Zukunft. Je länger wir warten, desto schwieriger und aufwändiger wird eine Transformation in eine nachhaltige Wirtschaft.

- **Irreführung:** „Wir haben den Blick aufs Ganze“, „Andere Länder verursachen viel mehr Treibhausgase“, „Klimaschutz mit Hausverstand“, „Keine Denkverbote“, „Technologieoffenheit“. Alles, nur um eines zu vermitteln: Wir müssen

uns nicht anstrengen, weil es ohnehin nicht viel bringt. Der Wirtschaftsbund bemüht sich in einer Aussendung Anfang März 2023, der Bevölkerung zu erklären, dass eine Temporeduktion auf Österreichs Straßen deshalb nichts bringt, weil wir nur rund 0,0018 % des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einsparen würden (<https://www.wirtschaftsbund.at/news/fakten-sprechen-gegen-tempo-100-auf-oesterreichs-strassen/>). Diesem „Argument“ folgend bräuchten wir auch keine Einkommenssteuer zu bezahlen, macht es doch für jeden Einzelnen nur 0,0000XY % des gesamten österreichischen Steueraufkommens aus! Auf die Sinnhaftigkeit einer Temporeduktion gehe ich im Kapitel „Mobilität“ noch detailliert ein. Unser einziger Bonus in Österreich ist übrigens die Wasserkraft. Wer sich aber damit rühmt und sich darauf verlässt, wird ein böses Erwachen erleben, denn die fortschreitende Gletscherschmelze in Kombination mit vermehrten Dürreperioden gefährdet zunehmend die Stromproduktion von Laufwasserkraft- und Speicherkraftwerken.

- **Greenwashing:** Obwohl jede Statistik das Gegenteil aussagt, wird gerne behauptet, dass Österreich ohnehin schon so viel getan hat. Österreich liegt aber mit Rang 32 im internationalen Klimaschutz-Ranking auch im EU-Vergleich im unteren Mittelfeld. Seit 1990 ist im Verkehrssektor eine Zunahme der Treibhausgase um rund 57% zu verzeichnen, wo sie in anderen Ländern gesunken sind. Beispiele für die Blockadehaltung und Inkompetenz sind die enorme russische Gasabhängigkeit auch noch nach der Krim-Annexion 2014 ohne jegliche strategische Diversifizierung, die Blockade zu einem Klimaschutzgesetz mit verpflichtenden statt freiwilligen Zielsetzungen, die Blockade zum Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWG), oder auch das Herunterhandeln der CO<sub>2</sub>-Besteuerung zu einem wirkungslosen Dumpingpreis, der den wahren Verursacherkosten um ein Vielfaches nicht gerecht wird.

Passend, dass es nun auch eine von IV und WKO (bzw. deren Mitgliedsgebühren) finanzierte, selbsternannte Umweltinitiative gibt: [www.oecolution.at](http://www.oecolution.at). Propagiert werden hier fast ausschließlich (auch noch falsche) Technologie-Lösungen als Ausweg aus der Klimakrise. Bei Bürger:innen und Journalist:innen versucht sie zu suggerieren, dass nun auch Klimainitiativen die Scheinlösungen der WKO unterstützen. Die Taktik: „Flood the zone with shit“. Ein Greenpeace-Artikel zu Oecolution ist hier zu lesen: <https://greenpeace.at/news/oecolution-was-hinter-der-fake-ngo-der-wirtschafts-lobbyisten-steckt/>

## Die üblichen Ausreden, nichts verändern zu müssen

### **Falschaussage 1: „Klimaschützer und Wissenschaftler sehen das Thema nur einseitig“**

Das Gegenteil ist der Fall. Eine ÖVP beispielsweise sieht eben nur das stetige Wirtschaftswachstum und die nächsten Wahlen. Damit fährt sie über kurz oder lang auch die Wirtschaft gegen die Wand, die gerade jetzt mit langfristigen Zielsetzungen auch Planungssicherheit bräuchte. Dagegen wird von zukunftsorientierten Menschen das Thema Klimaschutz sehr wohl umfassend betrachtet: Neben Forderungen zum Klimaschutz, Schritten zu einer „radikalen Mobilitätswende“, zur Eindämmung des Bodenverbrauchs und zum Schutz der Biodiversität finden sich auch sozial-, wirtschafts-, forschungs- und bildungspolitische Anliegen. Die Scheinargumente „Arbeitsplatzgefährdung“, „Unternehmensabwanderung“ und „Wettbewerbsverlust“ stechen seit Jahrzehnten alles andere aus und sollen vor allem eines: Angst schüren und somit jegliche Veränderungen lähmen. Wenn etwas extrem schädlich ist, hat es keine langfristige Daseinsberechtigung, Arbeitsplatz hin oder her, sollte der Hausverstand meinen.

### **Falschaussage 2: „Es sind ohnehin alle Parteien gleich“**

Das ist das Problem (neben dem Kurzzeitgedächtnis des Wählers), warum sich gewisse Parteien an der Macht halten, obwohl sie immer wieder von Skandalen erschüttert werden. Wenn alles egal ist, kann man sich auch alles erlauben, ohne (politische) Konsequenzen. Wird hier nicht mehr differenziert, stellt man pauschal das gesamte politische System infrage. Dann ist es egal, ob jemand Falschnachrichten verbreitet oder Hetze betreibt, Maßnahmen mit falschen Argumenten umsetzt oder Versprechen nicht einlöst. Das Signal an die Parteien: Wir kommen damit durch und wir können die „roten Linien“ weiter verschieben. Da ist es auch nicht mehr weit zu demokratiefeindlichen Verschwörungstheorien. Korruptionsaffären sind zielgenau aufzudecken, anstatt zu behaupten, dass die anderen das genauso machen würden, nur würde man es halt nicht erfahren. Mit solch radikalen Ansichten wird der öffentliche Diskurs gefährdet.

### **Falschaussage 3: „Erneuerbare Energieträger sind ineffizient und der unzuverlässige Strom destabilisiert das Netz, was zu Blackouts führen wird.“**

Richtig ist: Die Energiewende ist eine riesige Herausforderung und das bestehende Energiesystem muss massiv umgebaut werden. Die Energiewende ist technisch lösbar, aber vor allem eines: alternativlos für den Klimaschutz. Eine riesige Chance für eine saubere, unabhängige und leistbare Energieversorgung. Dezentrale Versorgung bedeutet auch autarkere Versorgung. Und wo fossile Energieanwendungen technologisch ausgereizt sind, ist bei den Erneuerbaren noch viel Luft nach oben. Das Problem ist vielmehr der fehlende Wille, umfangreiche, unbürokratische Maßnahmen einzuleiten, die auf allen Ebenen einen massiven Ausbau von Stromerzeugung, Stromspeicherung und Strombereitstellung schaffen. Unser aktuelles Energiesystem ist das Ergebnis einer Energiepolitik, die jahrzehntelang nicht eine sichere Versorgung oder ökologische Nachhaltigkeit, sondern niedrige Preise und vor allem Profite in den Mittelpunkt stellte. Und ja, natürlich ist nichts so einfach, wie fossile Rohstoffe zu verheizen. Es hat ja auch Millionen Jahre gedauert, bis die Erde solche Energiedichten erzeugen konnte. Nur verheizen wir uns dabei mit.

### **Falschaussage 4: „Ich werde mich in meiner individuellen Freiheit nicht einschränken lassen.“**

Der gerne missbrauchte Begriff der „individuellen Freiheit“ impliziert, dass wir in einer freien Welt leben würden. Wenn

sich diese Menschen umschauen würden, sähen sie Baugesetze, Verkehrsgesetze, das Strafgesetzbuch und eine Vielzahl unausgesprochener Regeln für ein funktionierendes Miteinander. Die Idee, man dürfe niemandem etwas vorschreiben, ist Unsinn. Wenn individuelles Verhalten die Freiheit oder Gesundheit anderer Menschen gefährdet und man trotzdem darauf pocht, verwechselt man Freiheit mit puren, destruktiven Egoismus.

### Falschaussage 5: „Weltweite Überbevölkerung ist schuld (nicht wir).“

Zu behaupten, die gesamte Menschheit sei dafür verantwortlich, ist sehr weit von der Wahrheit entfernt. Die meisten Menschen leben gegenwärtig durchaus innerhalb der von der Erde gesetzten Grenzen. Lediglich eine Minderheit von uns hat diese Krise verursacht und treibt sie weiter voran. Aus diesem Grund ist die gängige Behauptung: „Es gibt zu viele Menschen“, äußerst irreführend. Die Weltbevölkerung spielt zwar eine Rolle, aber nicht alle Menschen verursachen Emissionen und brauchen die Ressourcen der Erde auf, sondern nur manche Menschen – es sind die Gewohnheiten und das Verhalten mancher Menschen in Verbindung mit unseren Wirtschaftsstrukturen, die diese Katastrophe verursachen. Aber gleichzeitig sind es genau die Hauptverursacher der ersten Welt, die eine Veränderung herbeiführen können und müssen, nicht irgendwelche bevölkerungsreichen Entwicklungsländer. Zu versuchen, den Verletzlichsten die Verantwortung überzustülpen, ist in jeglicher Hinsicht falsch und unmoralisch.

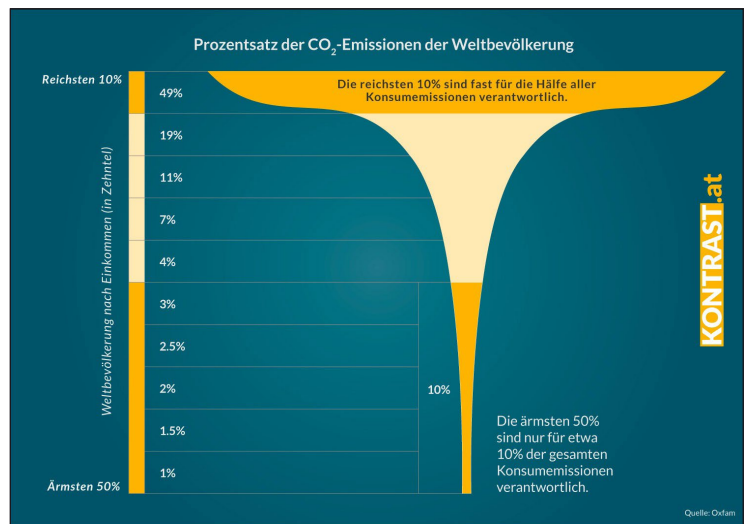
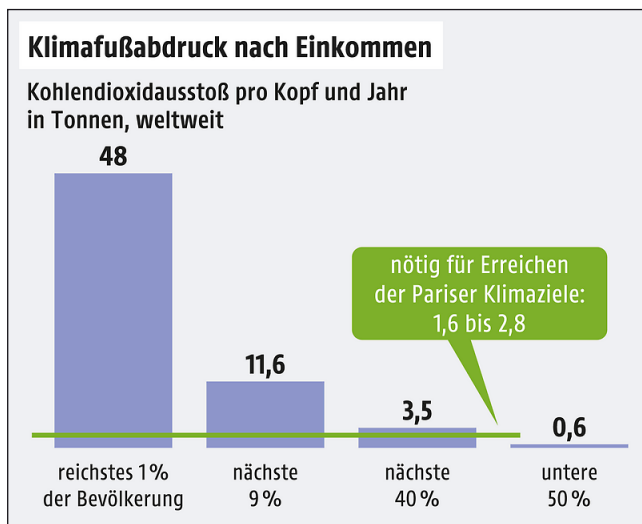


Bild links: Die ungleiche Verteilung der Emissionen bzw. des ökologischen Fußabdrucks auf der Welt.  
Quelle: Nature Sustainability, <https://orf.at/stories/3289592> / Grafik: APA/ORF.at

Bild rechts, andere Darstellung: Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung bringt nur 12 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen hervor. Die reichsten 10 % der Bevölkerung verursachen 48 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das reichste 1 % ist für ein Viertel aller Emissionen verantwortlich. Der Großteil der Gesamtemissionen des reichsten Prozent der Weltbevölkerung stammt aus ihren Investitionen und nicht aus dem Konsum – denn der hat seine Grenzen, selbst wenn er exzessiv betrieben wird. Doch bei Finanzgeschäften – und ihren weitreichenden Folgen – gibt es diese menschlichen Grenzen nicht. Bewusster Konsum ist wichtig, große Maßnahmen müssen aber von Politik und Industrie eingefordert werden. Quelle: <https://kontrast.at/wer-stoesst-am-meisten-co2-aus/>

### Falschaussage 6: „Da machen Sie einen auf Klimaschutz und dann kommen sie mit dem Privatflugzeug“

Nach dem Motto „Warum soll ich was tun, wenn die (scheinheilig) auch nichts tun?“ Ja, auch die Klima-Delegierten fliegen zu Konferenzen und Jane Fonda kommt (leider) mit dem Privatflugzeug zum Opernball. Es geht darum, was diese Personen insgesamt bewirken, mit Vereinbarungen oder auch öffentlicher Meinungsbildung, persönlichem Engagement, Spendentätigkeit und Unterstützung von NGOs und wohlthätiger Organisationen. Es geht wie überall um die Gesamtbilanz. Letztlich ist ja der große Hebel, die Politik dazu zu bringen, neue Rahmenbedingungen zu setzen, wo wir alle in einem klimafreundlichen System leben können. Auf einzelne Leute zu zeigen (und damit im Klein-Klein zu bleiben), was will man damit sagen? Dass man sich selber auch zurücklehnen kann, weil es eh nicht so schlimm wird oder weil es ohnehin schon zu spät sei? Im Grunde ist es ein Versuch das eigene Gewissen für seine eigene Untätigkeit zu beruhigen, die Lose-Lose-Logik dabei ist aber desaströs irrational.

Hier geht es auch um die Fähigkeit, differenziert zu denken, das Gegenteil von Schwarz-Weiß, das von gewissen Politikern, den sozialen Medien und dem Boulevard leider massiv verstärkt wird.

Einige Beispiele:

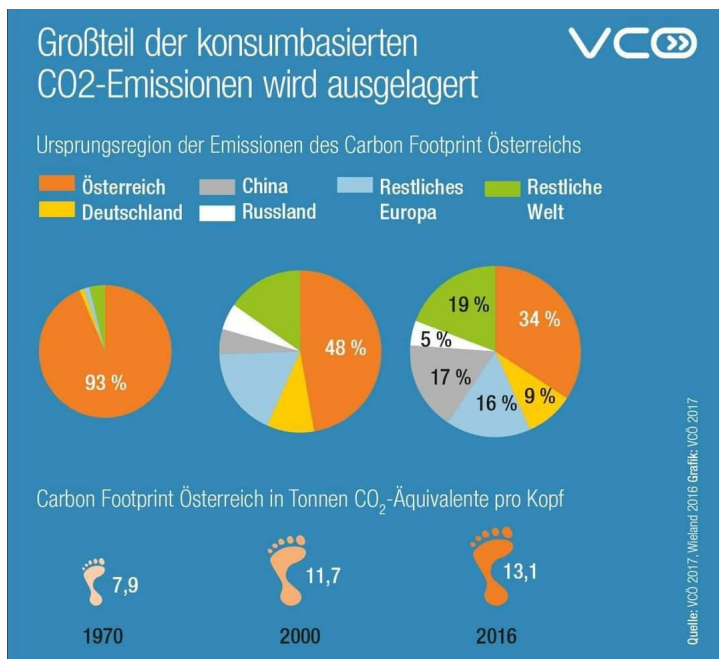
- „Wer Klimaschutz einfordert, muss selber leben wie ein Asket.“ Wenn dem so wäre, würde diese Person dann so oder so diffamiert – dann eben als linker, weltfremder Öko-Freak.
- „Wer ein Auto fährt, darf keine Mobilitätswende einfordern.“
- „Wer selber noch mit Gas heizt, darf keine Energiewende einfordern.“
- „Wenn die nichts tun, tun wir erst recht nichts.“
- „Klimaschutz dürfe uns nicht zurück in die Steinzeit versetzen.“ (Sebastian Kurz, 2021) Ein Beispiel, das nicht nur Schwarz-Weiß malt, sondern auch grundlegend falsch ist und fatale Signalwirkung hatte.
- „Die Veganer wollen uns das Schnitzl wegnehmen!“ Wie wärs über Reduktion nachzudenken, anstatt vorgespielten radikalen Verzicht zu verteufeln?

- „Ich kann dieses Weltuntergangsgerede nicht mehr hören!“ Das Wort „Weltuntergang“ oder z.B. auch „Untergangs-Apokalypse“ benutzen ausschließlich Klimaschutzgegner, um noch stärker zu polarisieren und das ganze Thema als Hysterie oder Verschwörungstheorie von ein paar Spinnern abzutun.
- „Manchmal hat man das Gefühl, dass man sich entschuldigen muss, dass man überhaupt auf der Welt ist“, österreichischer Bundeskanzler Karl Nehammer, 10.03.2023

### Falschaussage 7: „Was können wir schon bewirken, wenn `die Großen` nicht anfangen?“

Sie haben schon angefangen, aber darum geht es erstmal gar nicht. Zuerst müssen wir selber unser Land klimafit umgestalten und nur wir sind für unser Mikroklima, unsere Biodiversität, gesunde Böden und Ökosysteme, unserem Wasser oder auch unserem Müll verantwortlich. Unser viel zu hoher ökologischer Fußabdruck ist das Problem, dagegen müssen Entwicklungsländer am meisten leiden, die am wenigsten zur Erderwärmung beitragen. Jegliche Zielerreichung ist davon abhängig, wie ernst es jedes einzelne Land nimmt, egal wie groß oder klein: In Summe haben auch viele kleine Länder einen großen Anteil weltweit. Wo kämen wir hin, wenn sich da alle zurücklehnen würden und sich nach den vermeintlich Schlechtesten orientieren?

Zu den „Großen“: Es stimmt, dass China leider immer noch jede Menge Kohlekraftwerke baut. Umso mehr müssen hochentwickelte Länder vorzeigen, dass es anders geht bzw. gehen muss. China hat sich aber auch verpflichtet, den Höhepunkt seiner Emissionen bis 2030 und CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2060 zu erreichen. Weiters hat gerade China bereits die weltweit größten Solarkraftwerke und eine riesige Industrie dazu aufgebaut. Sie hat dafür gesorgt, dass die Kosten für Solarenergie um 90 % gesenkt und der Preis für Windenergie halbiert wurde. Das ist wohl „eines der besten Dinge, die eine Regierung je zur Bekämpfung des Klimawandels getan hat“ (Dani Rodrik, <https://orf.at/stories/3303341/>) Auch wenn China der weltweit größte Verursacher von Treibhausgasen ist, betrifft ein guter Teil der Industrie die Billigprodukte, die wir oft als Wegwerfprodukte konsumieren. Viele unserer eigenen Emissionen sind also „ausgelagert“. Das Zauberwort hier heißt Kostenwahrheit bei allen Konsumgütern, was Billigprodukte obsolet machen würde. Der „Inflation Reduction Act“ (IRA) der USA unter US-Präsident Joe Biden wiederum, beschlossen 2022, ist ein starkes Bekenntnis zu grünen Technologien. Er enthält allein für die Umrüstung der US-Wirtschaft auf grüne Energien und andere Klimaschutztechnologien Subventionen im Wert von 369 Milliarden Dollar (340 Mrd. Euro). Hier ist nun die EU gefordert, dagegenzuhalten und die Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten. Gerade die USA und die EU teilen überdies das gemeinsame Ziel, die Abhängigkeit von China zu reduzieren.



### Auslagerung der Treibhausgasemissionen

Unser Konsum verursacht seine CO<sub>2</sub>-Emissionen größtenteils anderswo. Während 1970 noch fast alle CO<sub>2</sub>-Emissionen des Konsums in Österreich auch hierzulande anfielen, ist es mittlerweile nur mehr ca. ein Drittel. Wir lagern die negativen Folgen unseres übermäßigen Konsums einfach aus. Daher: Langlebige Produkte statt Wegwerfware, reparieren, regionale Ware statt Produkte, die viele tausende Kilometer transportiert wurden.

Quelle: VCO, <https://vcoe.at/>

Zu dem Argument ist hier noch ein lesenswerter Auszug eines Kurier-Interviews mit Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik an der BOKU vom 20.08.2022 angeführt:

„*Kurier*: Das kleine Österreich könne keinen spürbaren Beitrag zur weltweiten Gesamtsituation leisten, weil es kaum ins Gewicht fällt. Wie falsch ist eine derartige Aussage?

*Steurer*: Sie ist in mehrfacher Hinsicht falsch. Moralisch ist sie so falsch, wie wenn ich sagen würde: es nützt doch nichts, wenn ich nicht mehr rassistisch bin, solange die anderen es sind. Wenn ich Rassismus falsch finde, dann will ich nichts mehr damit zu tun haben, egal was die anderen tun. Politisch ist die Ausrede falsch, weil Österreich Teil des größten Wirtschaftsraums der Welt ist und die EU ihre Ziele nur erreichen kann, wenn alle Mitgliedsstaaten liefern. Was die EU macht, ist global relevant. Ökonomisch ist die Ausrede falsch, weil eine klimafreundliche Wirtschaft schon heute ein großer Wettbewerbsvorteil ist. Leider haben das trotz Gas-Engpass die Wirtschaftskammer und die ÖVP immer noch nicht verstanden. Hätten sie es verstanden, gäbe es längst ein starkes Klimaschutzgesetz. Österreich ist eines von vier Ländern in der EU, das seine Treibhausgas-Emissionen seit 1990 nicht reduzieren konnte, und das trotz 30 Jahren Klimapolitik. Wie kann das sein? Wir haben Jahrzehnte lang so getan, als könnten wir das Problem

mit kleinen freiwilligen Maßnahmen wie einer Solarförderung lösen. Trotz wiederholt verfehlter Ziele, wird diese Politik von WählerInnen bis heute belohnt.“

(Quelle: <https://kurier.at/politik/inland/klimakrise-verbrechen-an-der-menschheit-das-wir-noch-bitter-bereuen-werden/402117756>)

## Hoffnung und Zukunftsoptimismus

Unter jenen jungen Leuten, die sich mit Klimawandel, Klima- und Umweltschutz auseinandersetzen, hört man immer öfter, dass sie keine Kinder mehr in die Welt setzen wollen, denn der gegenwärtige Wohlstand und Sicherheit seien auf Sand gebaut. Die Maßnahmen für ein möglichst klimaresilientes Österreich liegen ja schon seit Jahrzehnten auf dem Tisch. Expert\*innen abseits von Partei- und Klientelpolitik finden leider kaum Gehör, ja werden sogar gerne als „links“ diffamiert. Als ob der Klimawandel oder die weltweite interdisziplinäre Wissenschaft eine parteipolitische oder ideologische Farbe hätten. Und Klimaschutzbewegungen, die sich dafür einsetzen, dass der verschwenderische und zerstörerische Umgang mit unseren Ressourcen ein Ende nimmt und eine lebenswerte Zukunft für uns alle abgesichert ist, werden wahrgenommen als Menschen mit einem skurillen „Hobby“. Fanatiker, die anderen nur etwas wegnehmen wollen. Manche Politiker aus dem Eck der Leugner lassen sogar schon Begriffe wie „Klimaterroristen“ fallen (Dominik Nepp, FPÖ). Obwohl also die Auswirkungen des Klimawandels bereits mehr als ersichtlich sind, blockiert ein Großteil der Entscheidungsträger maßgebliche Fortschritte in diese Richtung. Dass damit Hoffnung und Zukunftsoptimismus für nachkommende Generationen untergraben werden, ist daher wenig verwunderlich.

Und trotzdem bleibt noch zu hoffen, dass wir die meisten großen klimatischen Kippunkte nicht überschreiten, weil es auch positive Kippunkte in der Gesellschaft gibt. Wenn z.B. klimafreundliche Technologien so attraktiv werden, dass es unausweichlich wird, sie einzusetzen („Wright’s Law“). Eine davon ist der derzeit in die Gänge kommende Photovoltaik-Boom.

## Große klimatische Kippunkte

Man kann es nicht oft genug erwähnen: Maßnahmen, die zu spät kommen, werden uns nicht mehr schützen! Schuld daran sind die befürchteten Kippunkte. Hier sind einige der wichtigsten Beispiele von Kippelementen, die teils auch schon unter zwei Grad Celsius Erderwärmung gefährdet sind:



- **Die Atlantikzirkulation oder Atlantische Umwälzzirkulation (D)**, zu der auch der Golfstrom gehört, schwächt sich durch zunehmende Niederschläge und wachsenden Schmelzwassereintrag von Grönland ab, weil Meerwasser mit Süßwasser verdünnt wird und nicht mehr so leicht in die Tiefe absinken kann. Kippt das System, wird dieser Prozess zum Selbstläufer: Immer weniger salziges Wasser aus den Subtropen strömt nach Norden nach. Das Absinken stoppt, eine Süßwasserschicht sammelt sich an der Meeresoberfläche, und die Strömung versiegt im Lauf einiger Jahrzehnte. Die Folge: Die schon jetzt beobachtete Kälteblase im nördlichen Atlantik dehnt sich aus, Teile Europas kühlen ab, der Meeresspiegel steigt rund einen Meter zusätzlich an Europas Küsten, Meeresökosystemen droht der Kollaps, es gibt nie gekannte Wetterextreme in Europa.

- **Das Grönlandeis (B)** mit dem mehr als 3.000 Meter dicken Eispanzer verliert zunehmend an Masse. Dadurch wandert die Oberfläche immer weiter nach unten in wärmere Luftschichten. Ab dem Kippunkt ist das Eis verloren: Auch ohne weitere Erwärmung kommt es zum Totalverlust. Es drohen sieben Meter globaler Meeresspiegelanstieg. Bis das Eis komplett weg ist, dauert es rund ein Jahrtausend. Doch schon in den nächsten 20 Jahren droht das System zu kippen, was kommende Generationen dazu verurteilt, die meisten Küstenstädte aufzugeben.

- **Das Antarktiseis (G)** beginnt ab dem Kippunkt unaufhaltsam ins Meer zu rutschen. Beim Westantarktischen Eisschild könnte dieser Punkt bereits überschritten sein, wahrscheinlich liegt er aber zwischen 1,5 und 2 Grad Erderwärmung. Drei Meter globaler Meeresspiegelanstieg im Lauf der kommenden Jahrhunderte wären die Folge. Ähnliches gilt für die beiden Kippunkte am Ostantarktischen Eisschild. Auch die Antarktis verliert bereits Eismasse.

- **Beim Permafrost (E)** ist der Kippunkt der Gefrierpunkt, so wie bei einem See, dessen Oberfläche bei minus einem Grad Celsius fest ist und bei plus einem Grad Celsius flüssig wird. Tauen die dauerhaft gefrorenen Böden im hohen Norden auf, wird die Biomasse im Boden zersetzt, dabei entsteht weitere Wärme, die einen als „Kompostbombe“ bekannten selbstverstärkenden Prozess auslöst. Dabei werden große Mengen des sehr potenten Treibhausgases Methan freigesetzt, was die globale Erwärmung weiter anheizt, ohne dass die Menschen dann noch etwas dagegen tun können.

- **Der Amazonas-Regenwald (F)** erzeugt sich seine eigenen Niederschläge durch Recycling von Wasser, indem Bäume es aktiv aus dem Boden holen und über ihre Blätter verdunsten. Der Kippunkt wird überschritten, wenn der Wald zu weit abgeholzt wird und/oder Dürren durch den Klimawandel zu stark ausfallen. Das Regenrecycling funktioniert dann nicht mehr, der Wald wird unwiederbringlich zur Savanne. Das bedeutet einen verheerenden Verlust von Tier- und Pflanzenarten, regionale Klimaveränderungen, große Waldbrände und Freisetzung von CO<sub>2</sub>, das die Erwärmung zusätzlich anheizt. Der Regenwald ist bereits heute keine CO<sub>2</sub>-Senke mehr.

- **Die Korallenriffe (H)** haben eine kritische Grenze der Wassertemperatur, bei der sie ausbleichen und irgendwann absterben. Dieser Kippunkt ist offenbar bereits erreicht. Seit 2015 befinden wir uns in einem weltweiten Korallensterben. Der Weltklimarat IPCC schätzt, dass bei Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius noch 10 - 30 % der Korallenriffe gerettet werden können, bei zwei Grad Erwärmung wären so gut wie alle verloren. Laut der US-Ozeanbehörde NOAA sind weltweit mehr als eine halbe Milliarde Menschen für ihre Nahrungsversorgung, ihr Einkommen oder den Küstenschutz auf Korallenriffe angewiesen.

(Quelle: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-das-sind-die-gefaehrlichsten-kippunkte-des-klimas-a-ce62231c-6520-4166-9267-8d5b3045f432>)

## Die kollektive Ignoranz durchbrechen

Die Klimakrise scheint bis dato ein „wicked problem“ zu sein, ein unlösbar verkeiltes Problem: Die Profitinteressen von Banken und einer reichen und skrupellosen Industrie sind zu groß, die Politik ist zu sehr auf Wachstum angewiesen, die Demokratien lassen aus falscher Toleranz ausufernde Fake News zu und die westliche Bevölkerung ist zu passiv und dekadent. Alle bedienen sich am nicht eingepreisten Raubbau der Natur, keiner der trittbrettfahrenden Nationen will als erste damit aufhören, daher die Paralyse. Ohnmacht in einer beängstigenden Situation ist ein sehr negatives Gefühl. Um sie und die nachfolgende Scham nicht fühlen zu müssen, brauchen wir die Verdrängung. Deshalb klammern wir uns an die Simulation einer Normalität, an die Utopie eines zu bewahrenden Status quo.

Fragt man Verhaltensforscher, was den Menschen zum Umdenken bringt, lautet die Antwort: andere Menschen. Der Mensch ist bequem, er tut, was ihm vorgelebt wird. Die menschliche Bequemlichkeit kann aber besser sein, als ihr Ruf, wenn es genügend Menschen gibt, die vorbildlich handeln. Andernfalls kann die Bequemlichkeit gefährlich werden. Das haben zwei amerikanische Psychologen in einem Experiment (<https://psycnet.apa.org/record/1969-03938-001>) Ende der Sechzigerjahre bewiesen: Rauch strömte langsam in einen Raum, in dem Teilnehmende einen Fragebogen ausfüllten. Waren die Teilnehmenden allein im Raum, meldeten sie den vermeintlichen Brand in 75 Prozent der Fälle.

Waren hingegen Testpersonen anwesend, die angewiesen waren, den Rauch zu ignorieren, ließen sich auch die meisten anderen Teilnehmenden kaum etwas anmerken. Nur noch zehn Prozent meldeten das vermeintliche Feuer. Die Macher des Experiments erklären sich das so: Die Passivität der anderen führte dazu, dass die Teilnehmer entgegen ihrer eigenen Intuition annahmen, der Rauch sei ungefährlich. Der Einfluss anderer kann also so stark sein, dass wir Menschen uns sogar gegen den eigenen Instinkt entscheiden.

Für uns als Individuen bedeutet das: Die Auswirkung unserer Entscheidungen beschränkt sich eben nicht nur auf unser eigenes Leben. Wir alle besitzen Vorbildfunktion für unser Umfeld, besonders als Konsumenten. Wir müssen aber mit Anderen auch darüber reden. Aus individuellen Taten und Entscheidungen können dann kollektive Verhaltensweisen entstehen. Langfristig potenziert sich die Auswirkung unseres Handelns. Das betrifft Personen genauso wie Unternehmen, ganze Länder oder auch Wirtschaftsräume. Klingt visionär, ist aber auch wissenschaftlich belegt.

## „Klimaklassismus“: Eine Frage der sozialen Schicht?

Klimaaktivismus wird derzeit großteils von jungen Menschen aus urbanen Schichten mit höherem Bildungsgrad betrieben. Die Verletzlichsten sind am wenigstens repräsentiert: Ärmere und Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss, die am meisten unter der Klimaerwärmung leiden, obwohl sie weniger dazu beitragen. Klimabedingte Schäden nach Naturgefahren sind vor allem für einkommensschwache und armutsgefährdete Haushalte schwer zu bewältigen. Es fehlt ihnen an Finanzen und Flexibilität: Als Mieter in einer schlecht sanierten Wohnung fehlt oft der Spielraum zu Alternativen. Warum sind Betroffene nicht lauter? Nun stimmt es nur teilweise, dass diesen Gruppen Klimabewusstsein, zeitliche oder finanzielle Ressourcen für Aktivismus fehlt. Das politische Interesse, diese benachteiligten Gruppen im Klimadiskurs zu repräsentieren fehlt und ermöglicht Platz für Populismus und Falschinformationen. In der Kommunikation muss speziell auf diese Gruppen eingegangen werden: Menschen schließen sich eher Bewegungen an, wenn sie eine soziale Identität teilen und dadurch Zugehörigkeitsgefühl entsteht. Es wird somit nicht ausbleiben, gemeinsame Ziele und Wertvorstellungen zu kommunizieren, um diese Barrieren abzubauen.

## Klimaaktivismus: Warum Fakten und Wissensvermittlung nicht ausreichen

Zuerst ein Rückblick: „Stellen wir uns Österreich ohne zivilen Widerstand vor. Das AKW Zwentendorf würde unbehelligt vor sich hin dampfen. In den 80er Jahren wären planmäßig weitere Meiler in St. Pantaleon und im Eferdinger Becken errichtet worden. Wo früher die Hainburger Au lag, würde sich ein Stausee erstrecken. Auf dem Gebiet des Nationalparks Kalkalpen wären es sogar zwei. Doch es kam anders. Jedes Mal erkannte eine Gruppe vor allem junger Menschen die Gefahr und den Verlust, den diese Projekte mit sich gebracht hätten – und wurde aktiv, oft mit zivilem Ungehorsam. Die Besetzung der Hainburger Au rettete nicht nur wertvollen Naturraum, sondern prägte auch nachhaltig das Demokratieverständnis in Österreich. Dass wir heute den Nationalpark Kalkalpen haben, ist maßgeblich der Baustellenbesetzung durch die Basisgruppe „Rettet das Hintergebirge“ zu verdanken. Dass dieser ein größerer Gewinn für die Region ist als ein Stausee, zweifelt heute kaum jemand an. In den 80er Jahren war die Stimmung eine andere: Durch Reichraming, auf dessen Gebiet heute ein Teil des Nationalparks liegt, verlief ein tiefer Graben zwischen Gegnern und Unterstützern der Demonstranten. Das Gesprächsklima sei auf Jahre hinaus „vergiftet“ gewesen, schreibt Historiker Adolf Brunthaler in seiner Reichraming-Chronik.“

(Quelle: <https://www.nachrichten.at/ooen/lang-klebe-der-widerstand;art149490,3794382>)

Seit Mitte 2022 erleben wir nun verstärkt zwei Schienen des Klimaaktivismus: Die seit 2019 etablierte Fridays For Future-Bewegung (FFF) und der nun radikalere Protest von Organisationen wie die „Letzte Generation“ (die letzte Generation, die eine Klimakatastrophe noch abwenden kann). Weil letztere großteils negative Berichterstattung bekommt, fürchten auch Teile der anderen Aktivist\*innen negative Auswirkungen auf die gesamte Bewegung: dass Menschen eher abgeschreckt werden, anstatt zum Mitmachen überzeugt werden können. Nun wurde gerade auch die FFF-Bewegung anfangs als Schulschwänzerbewegung skandalisiert, gleichzeitig wurde damit die größte internationale Klimabewegung aus dem Boden gestampft. Mit einer Kombination von Irritation (Greta Thunbergs Reden, Schulstreiks jeden Freitag, globale Massenbewegung) und Information (mehr Berichterstattung der Medien, Interviews mit Wissenschaftler\*innen und vielen Unterstützern wie Scientists For Future, Teachers For Future, Parents For Future etc.). Nun ist der Irritationseffekt zu einem guten Teil verschwunden, man hat sich an die Demos gewöhnt, es stört in Wahrheit nicht mehr. Zu beobachten ist auch, dass über Klimaschutz zu reden schon seit Jahrzehnten ersetzt, wirklich etwas dafür tun zu müssen, um unsere Lebensgrundlage zu erhalten. Dabei sind jene oft die größten Bremser\*innen, die Klimaschutz grundsätzlich unterstützen, für die dann aber doch immer gerade etwas anderes wichtiger ist. Maßnahmen, die zu spät kommen, werden uns angesichts der drohenden Kippunkte aber nicht schützen.

Wenn also die Klimabewegung erfolgreich sein will, braucht es neben den zu Tode geredeten Fakten und den ewigen Versuchen der Bewusstseinsbildung auch die emotionale Komponente. Dabei ist Gewalt gegen Menschen klarerweise ausgeschlossen. Niemandem gefällt die Art von Protest, die Klimakleber\*innen in die Schlagzeilen bringen, auch den Protestierenden selbst nicht. Was hätte aber ein Protest für eine Wirkung, wenn man dabei nicht stören würde? Und das tut er mit Erfolg: In Bezug auf die Klimaaktivist\*innen scheint keine Beschreibung zu krass und keine Bestrafungsfantasie zu haarsträubend zu sein, bis hin zur Anstachelung zu Selbstjustiz. Die FPÖ verteidigt deren Verbreitung des „Pinkel-Piktogramms“, wo dazu ermuntert wird, auf festgeklebte Aktivist\*innen zu urinieren. Vergleiche mit Terrororganisationen wie der RAF werden herbeifantasiert (als ob Klebstoff mit Sprengstoff vergleichbar wäre) oder die volkswirtschaftlichen Schäden der Blockaden kritisiert. Angesichts der 30 Milliarden Euro Aufbauhilfe im deutschen Ahrtal oder der vielen täglichen Staus in Österreich eine interessante Kalkulation. Es ist schon interessant, wie hoch die Wogen gehen, wenn jemand Kunst (die bis jetzt immer geschützt war) attackiert, hingegen die Verwüstung der Wälder und Meere vielen nur ein Achselzucken abringt. Und natürlich soll sich eine Regierung doch nicht von ein paar durchgeknallten Individuen „erpressen“ lassen (damit sie endlich das machen, wofür sie sich eigentlich verpflichtet haben).

Aber es gibt auch viele offizielle Statements, die Solidarität bekunden, sogar von Museums For Future, einem Zusammenschluss vieler Museen auf nationaler und internationaler Ebene mit der interessanten Perspektive, dass gerade der Klimawandel auch den Erhalt von Kulturobjekten gefährdet: <http://www.museumsforfuture.org/tpost/v748x440r1-mff-statement>

Die Aktivist\*innen erklären auch genau diesen Zusammenhang, wenn man ihnen nur zuhören würde: Nur ein ökologisch intaktes System vermag die Existenzbedingungen für Kunst und ihre Rezeption erst zu erzeugen und zu erhalten. Die Haltung des „feinsinnigen“ Bürgertums fasst aber gut zusammen: Mit Kunst und Essen spielt man nicht, mit eurer Zukunft schon.

Ist diese Art von Protest nun gerechtfertigt? Vielerorts wird behauptet, dieser Protest würde die Leute, die man so dringend bräuchte, nur abschrecken. Als wären die bisherigen Mittel so erfolgreich gewesen und als wären die Menschen nicht fähig, zwischen Protest, Zweck und Mittel unterscheiden zu können. Es wird so getan, als hätten wir alle vorher kollektiv emsig an den Lösungen der Krise gearbeitet, bis diese bösen Klima-Chaot\*innen uns dabei gestört haben.

Was passiert, ist eine Verschiebung der Wahrnehmung: Wirksame soziale Bewegungen nutzen meistens „radikale Flanken“, um eine verdrängende Gesellschaft an den Tisch zu bringen. Die Fridays-Bewegung, die weiter ihre gewohnten Protestaktionen (wie den globalen Klimastreik) beibehält, wird im Vergleich als moderat wahrgenommen, erscheint attraktiver und anschlussfähiger. Dieser Effekt ist historisch gut erforscht. Eine Reihe historischer Beispiele belegen, dass ziviler Ungehorsam durch soziale Gruppen die Gesellschaft und die Politik sehr wohl erfolgreich verändern kann, beispielsweise die Frauenrechtsbewegung.

Fakt ist: Mit einem Bruchteil des Mobilisierungsaufwandes hatte man blitzschnell mehr Präsenz als die üblichen Demonstrations-Rituale. Alle Welt spricht darüber, Aktivist\*innen werden in Talkshows eingeladen und haben plötzlich die Gelegenheit, ihre Anliegen bzw. jene der Wissenschaft vorzubringen. Genau das wird durch eine radikale Flanke erreicht: Politik, Medien und Zivilgesellschaft können diese Anliegen nicht länger ignorieren.

Angesichts der Faktenlage stellt sich aber auch die moralische Rechtfertigung: Gerade das Nichthandeln wichtiger Entscheidungsträger\*innen kann als Form der Gewalt gesehen werden, wenn dadurch massenhaft Menschenleben in Kauf genommen werden – derzeit besonders im globalen Süden, wenn z.B. durch zunehmend extreme Dürren Hungerepidemien mitverursacht werden. Auch das massenhafte Aussterben von Tierarten und der Schwund an Biodiversität geht auf diese Rechnung. Niemand wird im Moment aber dafür zur Verantwortung gezogen, das Strafrecht sieht einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Wohlstand nicht vor. Die Pflicht zu ausreichendem Klimaschutz muss aber in die Verfassung und sie muss klagbar sein, weil sonst die Freiheit künftiger Generationen gefährdet ist, die wiederum verfassungsrechtlich geschützt ist.

Wie geht es jetzt weiter? Adressat der Bewegung ist letztlich die Politik. Sie muss zum Handeln gebracht werden. Ohne Druckaufbau geschieht aber offenbar zu wenig, deshalb braucht es eine größere Bewegung. Der britisch-ghanaische Philosoph Kwame Anthony Appiahin beschreibt in seiner Studie „Eine Frage der Ehre – Wie es zu moralischen Revolutionen kommt“ (<https://www.chbeck.de/appiah-anthony-frage-ehre/product/2920430>), wie tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ohne Druck von außen oder neuer Argumente funktionieren. Erst schämt man sich, gegen die Normalität zu verstoßen. Dann schämt man sich, so lange an der Normalität festgehalten zu haben. Dazu braucht es viele, aber weitaus weniger Menschen, als man annehmen würde: einige tausend Frauen, die als Suffragetten für ihr Wahlrecht kämpften, 20 % der (britischen) Männer, die 1833 eine Petition gegen die Sklaverei unterschrieben und ca. 3,5 % der Bevölkerung, die aktiv auf die Straße gehen müssen. Gegen sie ist langfristig kaum Politik zu machen und das wissen die Aktivist\*innen. Kurzfristig wird Politik aus der Angst der Entscheidungsträger\*innen vor den Konsequenzen, vor Unruhe und unbequemen Widerstand gemacht, langfristig von tektonischen Verschiebungen der Stimmung. (<https://uebermedien.de/79076/warum-die-letzte-generation-alles-richtig-macht/>)

Egal, ob die Klimawende gelingt oder nicht: In spätestens 20 Jahren wird sich zeigen, dass die Aktivist\*innen der „Letzten Generation“ recht haben. Entweder werden ihre Forderungen (und die der Wissenschaft) erfüllt und die CO<sub>2</sub>-Neutralität erreicht, oder eine Umweltkatastrophe nach der anderen verwüstet den Planeten. Allein das Bewusstsein für die Katastrophe zu erhöhen reicht aber natürlich nicht aus, um Veränderungen anzuschieben. Zusätzlich zur Krisenkommunikation braucht es ebenso klare Handlungsoptionen und Lösungsansätze. Die gute Nachricht: Diese gibt es längst zur Genüge, sie müssen nur ernsthaft und vor allem schnell aufgegriffen werden. Oder anders gesagt: Man soll die Expert\*innen endlich ihre Arbeit machen lassen!



## **Teil 2: Maßnahmenkatalog**

## 1. Die Verantwortung der Politik

Man hat unweigerlich das Gefühl, dass Teilen der (wirtschaftsgetriebenen) Politik die Brisanz des Klimawandels noch immer nicht bewusst ist. Regierungsparteien müssen sich schriftlich zu den wissenschaftlichen Fakten und Folgen des Klimawandels bekennen und gesteckte Ziele und Vorgaben mit bestem Wissen und Gewissen versuchen einzuhalten. Die immensen bevorstehenden Kosten sind im wirtschaftlichen Denken miteinzukalkulieren, denn allein im Jahr 2021 gab es in Europa Extremwetterereignisse, die neben hunderten Todesopfern einen wirtschaftlichen Schaden von mehr als 50 Milliarden Euro anrichteten. Mit über 80 % wurde ein Großteil der wirtschaftlichen Schäden durch Sturzfluten und Hochwasser ausgelöst.

**Die Politik hat gegenüber der Bevölkerung Verpflichtungen:**

### ■ **Transparente und sachorientierte Kommunikation**

### ■ **Langfristige finanzielle Vorteile**

Kosten Klimawandel und Klimaschutz gegenüberstellen und auf den Tisch legen.

### ■ **Visionäre Denkweise**

Ohne Visionen keine Lösungskompetenz und keine Zukunftsgestaltung. Hinterfragen systemischer Fehler (siehe dazu auch das Kapitel „Donut-Ökonomie“).

### ■ **Klimaneutralität 2040**

Detaillierte Ausarbeitung eines verbindlichen Fahrplans inkl. Zwischenzielvorgaben zur realistischen Erreichung. Ausarbeitung und Veröffentlichung sind längst überfällig.

### ■ **Ergebnisse und Vorgaben des Klimarates behandeln und weitgehend umsetzen**

### ■ **Empfehlungen des Expert\*innenstabs (siehe Pkt. 11) behandeln und weitgehend umsetzen**

### ■ **Volksabstimmungs-Ergebnisse umsetzen**

Ab einer realistisch erreichbaren Grenze (z.B. 500.000 Stimmen) sollten Anliegen verpflichtend umgesetzt werden, sofern sie sich nicht gegen Klimaschutz- oder Biodiversitätsziele richten.

## 2. Verfassungsänderung

Klima- und Artenschutz müssen in die Verfassung! Die Energiewende, Natur- und Klimaschutz stehen in besonderem öffentlichen Interesse. Aber Diejenigen, die heute wesentliche politische und wirtschaftliche Entscheidungen treffen, werden von den massiven Folgen des Klimawandels am wenigsten betroffen sein. Deshalb braucht es auch einen Generationenvertrag:

**„Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt – sondern von unseren Kindern geliehen.“**  
(Indianische Weisheit)

**Kernpunkte in der Verfassung:**

### ■ **Klimagenerationenvertrag**

Junge Menschen werden unter den Folgen des Klimawandels leiden. Aber sie treffen heute noch keine Entscheidungen. Ein Generationenvertrag kann dieses Dilemma lösen. Dieser sorgt für eine generationenübergreifende Agenda für Klimaschutz und Wohlstand – und die Verfassung soll die Umsetzung garantieren.

### ■ **Nationale und internationale Abkommen**

„Klimaneutralität 2040“, „1,5°C-Ziel“, „Biodiversitätsschutz“-Maßnahmen: Vereinbarte Abkommen sind einzuhalten mit verbindlichen Zwischenzielen und konkret ausgearbeiteten Maßnahmen sind umzusetzen.

### ■ **„Naturverträgliche Energiewende“**

Klima- und Biodiversitätsschutz müssen Hand in Hand gehen. Bei schnellen Genehmigungsverfahren darf das eine nicht das andere ausbremsen. Wir können auf keines der beiden verzichten.

### ■ **Klagsrecht bei Staaten und Unternehmen**

Zu klagen gibt es den Klimaschutz als Frage der Generationengerechtigkeit, Menschen- und Tierrechte aber auch Verteilungsgerechtigkeit. Demnach muss die Regierung überzeugend und detailliert darlegen, wie sie die völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Einhaltung der Klimaziele noch erreichen will. Im Februar 2023

haben zwölf Kinder und Jugendliche beim Verfassungsgerichtshof den Staat Österreich geklagt, weil in der Verfassung geregelt ist, dass jedes Kind ein Recht auf „Schutz und Fürsorge“ sowie „bestmögliche Entwicklung und Entfaltung“ haben muss. (Details siehe <https://www.climatelaw.at/>)

Weiters sollen auch Unternehmen für Klimaschäden haften: Erfolgreiche Klagen könnten international Signalwirkung entfalten und auch das Divestment, also den Ausstieg von Investoren aus Wirtschaftsbereichen, die von fossilen Energieträgern gestützt werden, beschleunigen. Dies wird weiteren Druck auf die Unternehmen ausüben, ihre Wertschöpfung vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu entkoppeln.

Die Zahl der Klimaklagen wächst weltweit. Die Initiative „Climate Change Laws of the World“ listet hier alle auf: <https://climate-laws.org/>

### 3. Bürokratie

#### ■ Beschleunigte Genehmigungsverfahren durch mehr personelle Ressourcen

Für alle Projekte, die der Nachhaltigkeit und Artenvielfalt dienen, sowie saubere Energie liefern.

Ziel: maximale Genehmigungsdauer 1 Jahr. Sollte innerhalb dieses Zeitraums kein negativer Bescheid kommen, darf automatisch in die Umsetzungsphase gegangen werden.

#### ■ Beratung und Umsetzung

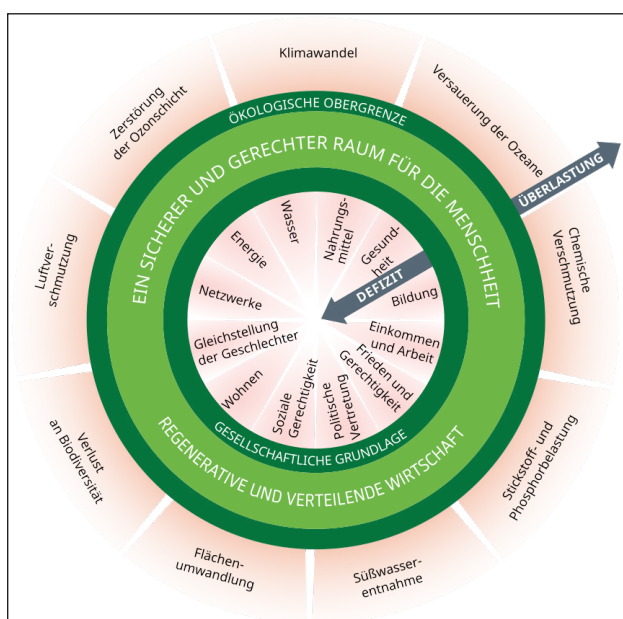
Einfache, unbürokratische und schnelle Umstellung auf erneuerbare Energie mittels persönlicher Beratungsteams, die alle Formalitäten übernehmen. Die Branche sollte sich auch schleunigst darauf spezialisieren, dass die Kund\*innen gerne alles aus einer Hand beziehen, also von der Planung, Kalkulation bis zur Umsetzung inkl. Förderansuchen und Behördenabwicklungen. Gerade bei der oft gestellten Frage, ab wann sich z.B. eine PV-Anlage „amortisiert“, ist bereits der Begriff falsch gewählt: Eine Gastherme wird sich nie amortisieren, weil Gas (im Gegensatz zu Sonne) immer zugekauft werden muss. Man kann eine PV-Anlage also nicht so kalkulieren, ab wann sie „gratis“ ist, weil man das bei einer Gastherme eben gar nicht machen kann – ein unfairer Vergleich.

#### ■ Maßnahmen-Koordinierung vom Bund bis auf die Gemeindeebene

Auf jeder Ebene und in jedem Ort gibt es dazu verantwortliche „Klimabeauftragte“ als Bindeglieder mit weitreichenden Kompetenzen.

### 4. Donut-Ökonomie

Technologische Innovationen, Energie- und Mobilitätswende sind entscheidende Bausteine für eine erfolgreiche Klimapolitik. Das alleine wird aber nicht ausreichen, denn das Problem des immensen Ressourcenverbrauchs ist dadurch nicht gelöst, genausowenig wie die uns eingepfote Weltsicht des stetigen Wirtschaftswachstums und des persönlichen ungebremsten Gewinnstrebens. Was es also braucht, ist auch ein systemischer Wandel. Eine interessantes, wirtschaftswissenschaftliches Konzept dazu ist die „Donut-Ökonomie“ von Kate Raworth:



#### Die Donut-Ökonomie

Grafik: <https://de.wikipedia.org/wiki/Donut-%C3%96konomie>

Buch: „Die Donut-Ökonomie“, Kate Raworth  
<https://www.hanser-literaturverlage.de/buch/die-donut-oekonomie/978-3-446-25845-7/>

„Die Donut-Ökonomie geht von einer Reihe planetarer und sozialer Grenzen aus. Zu den planetaren Grenzen zählen hierbei der Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt. Diese Grenzen dürfen nicht überschritten werden. Zu den sozialen Grenzen zählen Bereiche wie Gesundheit und Bildung. Bei diesen Grenzen darf es kein Defizit geben. Der

in Form eines Donuts visualisierte Handlungsspielraum für wirtschaftliches Handeln ergibt sich durch diese Grenzen. Raworth stellt in ihrem Buch die Einhaltung des durch den Donut definierten Bereichs in der Donut-Ökonomie als alternative Zielvorgabe der bisherigen Zielvorgabe eines Wachstums des Bruttoinlandsproduktes in der traditionellen Wirtschaft gegenüber. Es geht darum, ökonomische Prioritäten neu zu fokussieren und den „allumfassenden“ Wachstumszwang durch die ökologischen und sozialen Indikatoren als Randbedingungen abzulösen. Damit wird Wirtschaftswachstum nicht kategorisch ausgeschlossen (Post-Growth). Bei der Betrachtung industrialisierter Staaten oder einkommens- und vermögensstarker Bevölkerungsgruppen können sich jedoch im Sinne der Donut-Ökonomie Maßnahmen anbieten, die auf einen geringeren Gesamtressourcenbedarf oder wirtschaftliche Schrumpfung (Degrowth) abzielen (...).“ (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Donut-%C3%96konomie>)

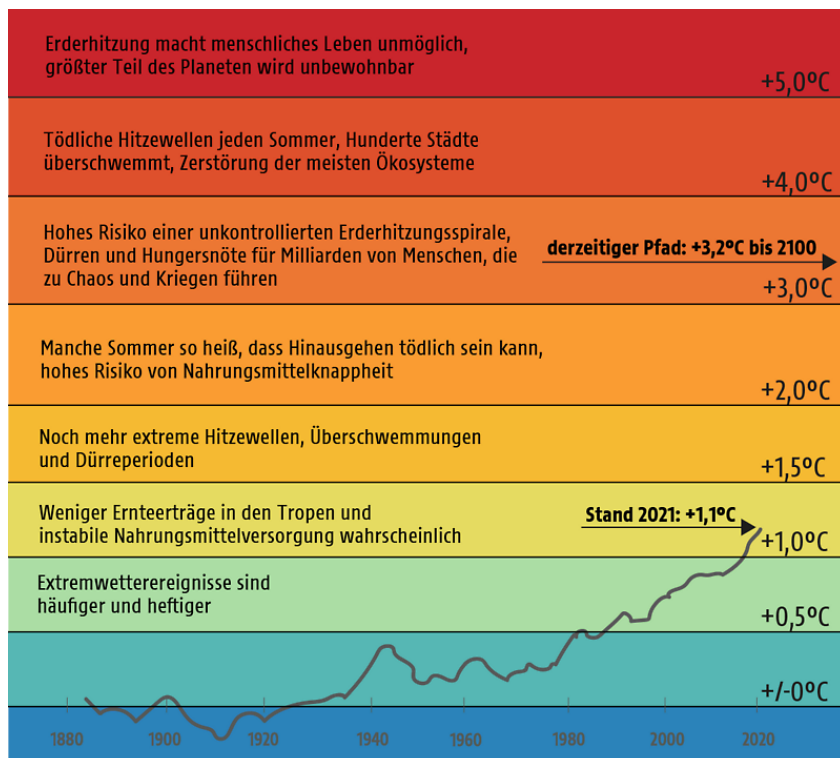
**Praktische Umsetzung und konkrete Initiativen**

Amsterdam, Kopenhagen, Philadelphia, Portland oder auch Bad Nauheim und Krefeld in Deutschland arbeiten an der Umsetzung einer am Donut-Prinzip orientierten Ökonomie. Hier geht es vor allem um die Einführung einer Kreislaufwirtschaft und den kontrollierten Umgang mit allen Ressourcen. Österreich sollte sich diese Konzepte anschauen, davon lernen und eigene Projekte nach diesem Prinzip vorantreiben. In Wien arbeitet die „Doughnut Coalition Vienna“ an der Verbreitung in Österreich: <https://doughnuteconomics.org/groups-and-networks/23>

**5. Kommunikation**

**Das Dilemma**

Sogar die Wissenschaft streitet darüber, wie sie kommunizieren soll. Klartext oder sogar Aktivismus wird als übertriebener Alarmismus abgetan und Wissenschaft als unsachlich diskreditiert. Trocken vermittelte Fakten – im Grunde deren Kernaufgabe – werden meist komplett ignoriert oder wegen fehlender Emotionalität verharmlost.

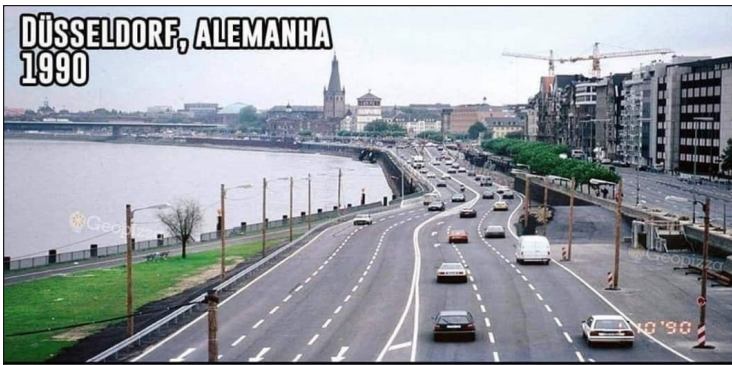


**Folgen der Erderhitzung**

Klartext, was passiert, wenn wir so weitermachen. (Quelle: Nature Sustainability, Grafik: APA/ORF.at, <https://orf.at/stories/3289592>)  
Ergänzung: Der Pfad nach oben ist nichtlinear und hängt ganz stark von der Überschreitung von Kippunkten ab. Es ist nicht so, dass wir an jedem beliebigen Punkt „Stopp“ sagen könnten.

„Die größte Bedrohung für unsere Existenz ist der Klimawandel“

Grundsätzlich: Ungeschönter wissenschaftsbasierter Klartext ist notwendig. Die Fakten müssen auf den Tisch, aber dabei soll nicht (lähmende) Angst geschürt, sondern Handlungsmöglichkeiten sollen aufgezeigt werden. Wenn wir über die katastrophalen Folgen der Klimakrise sprechen, dann gehört dazu zwingend ein weiteres Element: Die Information, wie man Schäden, Verletzungen und Verluste, Leiden und Schmerzen verhindern und begrenzen – oder dies zumindest versuchen – kann. Die Bevölkerung trägt sehr viele Maßnahmen mit, wenn man ihr die Zusammenhänge und die Notwendigkeit erklärt, auch dass ein sozial verträglicher Wandel immer schwieriger wird, je länger wir zuwarten. Menschen leben oft nur in der Gegenwart und haben ihren Alltag zu bewältigen: Langfristiges Denken muss deshalb gefördert werden, indem man auch auf bereits bestehende Folgen hier in Österreich hinweist: Der Neusiedlersee trocknet aus, zunehmende Hitzetage, Gletscherschmelze, Dürre, Wassermangel und Ernteausfälle, Waldbrände, schwerere Unwetter mit Hagel und Überschwemmungen, schwindende Biodiversität, Einschleppung bisher nicht heimischer Arten und zunehmender Pflanzenbefall durch Pilze und Tiere wie z.B. Borkenkäfer. Und dass es eben auch ganz anders geht. Die Menschen sind jedenfalls viel weiter als Teile der Politik, Wirtschaft und manche Medien, wo oft ganz andere Interessen im Hintergrund stehen.



### Rheinuferpromenade, Düsseldorf

Was alles geht, wenn man nicht auf die ständigen Nein-Sager hört.

(Quelle: [www.reddit.com](http://www.reddit.com))

### Eine Frage der Verhältnismäßigkeit

Das Thema lässt sich aber offenbar immer noch dermaßen hartnäckig ignorieren, dass man derzeit auch zunehmend härtere Aktionen von „Letzte Generation“, „Extinction Rebellion“ oder „Just Stop Oil“ beobachtet: Festkleben auf der Straße, Beschütten von Kunstwerken (hinter Glas), Blockade von Privatjets auf Flughäfen. Auf die Hintergründe, der Sinnhaftigkeit und der Wirkungsweise wurde bereits im Einführungsteil ausführlich eingegangen.

Ilona Otto vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel (Universität Graz) sagt: „Ich verstehe den Ärger von Autofahrerinnen und Autofahrern, die im Stau stecken, und den Ärger von anderen Bürgerinnen und Bürgern, die sich von den Protesten gestört fühlen. Allerdings könnten die Straßen auch durch klimatische Extremereignisse wie Überschwemmungen oder Waldbrände blockiert werden, was jedes Jahr geschieht und in Zukunft noch häufiger vorkommen wird.“ (<https://orf.at/stories/3295603/>)

Und Jürgen Hutsteiner, Landwirt und Klimaaktivist, fordert zu einem kleinen Gedankenexperiment auf: „Denken Sie an ein Kind im Volksschulalter oder jünger, in Ihrer Familie oder in Ihrem Bekanntenkreis. Jetzt stellen Sie sich vor, wie dieses Kind einem Gewaltverbrechen zum Opfer fällt. Können Sie sich diese Wut vorstellen? Genau diese Wut spüre ich, wenn ich an die Zukunft meiner Kinder denke, denn die Chance, dass sie durch die Folgen der Klimakrise (Hitzeperioden, Dürre, Kriege als Folge dieser Ereignisse) sterben, ist größer, als an einem natürlichen Tod zu sterben. Wenn Sie dieses Gedankenexperiment mitgemacht haben, können Sie vielleicht zumindest das Gefühl dieser Menschen verstehen?“ (<https://www.sn.at/leserforum/leserbrief/unverstaendnis-fuer-die-klimakleber-130229623>)



Ein gutes Beispiel, wie man durch die Veränderung der Perspektive die Bedeutung einer Sache verändern kann. Der Begriff „Verschmutzung“ wird durch eine vergleichende Gegenüberstellung gleichzeitig in zwei unterschiedliche Kontexte gesetzt: Scheinbar gibt es viele Menschen, die einer „Verschmutzung“ (und Zerstörung) unserer Welt weniger emotional begegnen, als der „Verschmutzung“ eines berühmten Gemäldes. Ein solcher Perspektivenwechsel kann bei Menschen zu einer grundlegenden Einstellungsveränderung führen.

### Unterschiedliche Wahrnehmungen

Für erfolgreiche Kommunikation muss auch verstanden werden, wie unterschiedlich die Menschen ticken. Es lassen sich grob drei unterschiedliche Einstellungen zur Klimakrise erkennen:

**Typ 1** leugnet den menschengemachten Klimawandel und sieht hinter jeglichen Forderungen zu mehr Klimaschutz weltweite Verschwörungstheorien. Er fühlt sich generell ungerecht behandelt und die Unzufriedenheit sucht

Schuldige: Z.B. Ausländern oder dem System allgemein wird die Schuld zugeschoben. Diese wissenschaftsfernen Leugner\*innen kann man wohl nur durch eine Reform der Sozialen Medien, einer Qualitätssteigerung der österreichischen Medienlandschaft und Einforderung von Sachlichkeit aller politischer Parteien erreichen – beinahe utopisch.

**Typ 2** erkennt an, dass der Klimawandel real und ein Problem ist, nimmt aber noch immer an, dass die Klimakrise ein Problem der Zukunft ist, die Klimaveränderungen auch Positives bereithalten und wir uns eben daran anpassen müssen. Das Ausmaß der nötigen Transformation und was bis wann geschafft werden muss, scheint nur bedingt klar zu sein. 2019 einmal auf einem Klimastreik gewesen zu sein, halten viele daher für ausreichendes Klimaengagement von ihrer Seite. Um den Rest kümmern sich schließlich die Schüler\*innen und die Jungen. Und Österreich trägt durch seine Größe ohnehin keine Schuld, kann nichts bewirken und trägt somit auch keine Verantwortung. Letztlich wird die Politik schon wissen, was sie zu tun hat.

**Typ 3** ist bewusst, wie massiv die nahende Klimakatastrophe sein eigenes Leben betreffen wird, dass ein Großteil der Veränderungen irreversibel sind, was das bedeutet und wie wenig Zeit bleibt, diese Kippunkte und Veränderungen vielleicht noch abzuwenden. Die Optimistischen darunter haben angefangen, für Klimaschutz zu kämpfen und sich aktiv in den Diskurs einzubringen, zu informieren oder auch zu stören. Die anderen wiederum erzählen sich in sicherer Distanz und unter Beibehaltung ihrer bisherigen Normalität lieber gegenseitig, dass man das Spiel sowieso nicht mehr gewinnen könne, ohne ernsthaft darüber nachzudenken, welchen Wahnsinn das Ende des uns bekannten Gesamtökosystems es für uns bedeuten würde.

**Um mit falschen Sichtweisen aufzuräumen und faktenbasierte Aufklärung zu fördern, werden hier mehrere bewusstseinsbildende Kampagnen, Konzepte und Angebote vorgeschlagen:**

### ■ **Zeitreise in deine Zukunft**

Es gibt in der „Erzählung“ der persönlichen Zukunft drei wichtige Punkte, die man aufgreifen sollte, um Menschen zum Nachdenken anzuregen. Ähnlich einer Fantasiereise kann man sich dazu ein positives und ein negatives Szenario vorstellen, eingebettet in eine persönliche Geschichte, wie die eigene Zukunft unter bestimmten Bedingungen aussehen könnte.

#### **1. Negatives Szenario: Die Welt beschreiben, die man vorfindet, wenn wir so weitermachen**

- Multiple Krisen am laufenden Band
- Mehr neue Krankheiten, Hitzetote, Ausbreitung von Malaria
- Zunahme invasiver Arten und Schädlingen
- Rückgang und Zusammenbruch von Flora, Fauna und funktionierenden Ökosystemen
- Ressourcenknappheit (Wasser, Energie, Landwirtschaft, Ernährung)
- Fehlende Perspektiven führen zu psychischen Erkrankungen und erhöhten Suizidraten
- Zerstörung des sozialen Friedens, gewalttätige Auseinandersetzungen
- Suche nach „Schuldigen“
- Rechtsruck und Ruf nach dem „starken Mann“, Populismus bis hin zu Propaganda
- Ende der Demokratien und Menschenrechte
- Ende der freien Medien und des öffentlichen Diskurses
- Erreichen von Klima-Kippunkten und Rückkopplungseffekten: unumkehrbare Punkte, die für neue lebensfeindliche klimatische Gleichgewichte sorgen, wo wir nicht mehr gegensteuern können
- Tödliche Hitzewellen, Dürren, Waldbrände, Stürme und Überschwemmungen
- Unbewohnbare Regionen und Flüchtlingsströme in ungeahntem Ausmaß
- Horrende Kosten, die jedes Budget sprengen
- Kriege um Ressourcen, Zerstörung, Armut, Hungersnöte, Zusammenbruch der Wirtschaft, der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlage allgemein

#### **2. Positives Szenario: Die Welt vorstellen, die wir mit erfolgreichem Klimaschutz schaffen**

Eine Welt mit nachhaltiger Lebensweise, Wirtschaft und Energie, wo mindestens so viel nachwächst, wie wir brauchen, wo wir nicht den Welterschöpfungstag jedes Jahr immer früher ausrufen müssen. Es geht also um die Alternative zu Punkt 1 – wir handeln wissenschaftsbasiert und tun alles, was für eine lebenswerte Zukunft nötig ist. Dann finden wir Folgendes vor:

- Saubere Luft, Weniger Lärm
- Weniger Autos, keine Staus – sehr viel mehr Platz für die Menschen in den Ballungszentren
- Weniger und schwächere Naturkatastrophen
- Intakte Biodiversität
- Intakte Ökosysteme
- Bessere Gesundheit, weiterhin hohe Lebenserwartung
- Unabhängige Energieversorgung
- Genug Ressourcen für alle
- Weiter stabile Demokratien
- Friede und Menschenrechte
- Bildung und Meinungsfreiheit
- Unbeschwertes, glückliches Leben unserer Kinder und Enkelkinder

### 3. Die Handlungsmöglichkeiten auf dem Weg dort hin

Jede\*r Einzelne ist Teil der Lösung und jeder trägt ein gewisses Maß an Verantwortung, wer sonst?

- Wahlverhalten: Wähle Parteien, die sich ehrlich für Klimaschutz und wissenschaftsbasierte Sachlichkeit einsetzen
- Hinterfrage dein Konsumverhalten und passe es an
- Hinterfrage dein Mobilitätsverhalten und passe es an
- Reduziere Flugreisen auf ein Minimum, suche Destinationen auch nach Erreichbarkeit aus
- Verringere Fleischkonsum und tierische Produkte
- Unterstütze Bewegungen und NGOs, die sich für Natur, Menschenrechte, Demokratie einsetzen
- Sprich im eigenen Umfeld über Klimaschutz und was du bereits selber machst oder zumindest versuchst
- Aktive Teilnahme an Klimabewegungen, Klimademos, Aktionen
- Tausche dich aus und like/teile sachliche Inhalte auf Social Media
- Schreibe kritische Leserbriefe an Medien und Journalisten, Briefe an die Politik
- Durchschaue Fake News, Greenwashing, Polemik und unsachliche Angstmacherei vor Veränderungen

#### Climate Time Machine (Sciara)

Was passiert, wenn man abstrakte Klimamodelle in konkrete Ereignisse übersetzt? Genau das macht das Simulationssystem „ClimateTimeMachine“: „Begeben Sie sich auf eine Zeitreise in die Zukunft, erleben Sie die Auswirkungen der Klimakrise auf Ihr eigenes Lebensumfeld und testen Sie Ihre Handlungsmöglichkeiten.“ Es wurde für Gruppen in Unternehmen, Schulen und NGOs entwickelt, die ein tieferes Bewusstsein für die Auswirkungen der Klimakrise entwickeln und Maßnahmen dagegen ergreifen wollen. (<https://sciara.de/>)

Eine eindrückliche, sehr emotionale Kurzgeschichte mit Nachrichten aus der Zukunft, auf wissenschaftlicher Basis, kann hier gelesen werden: <https://steadyhq.com/de/treibhauspost/posts/ef229112-2490-4c00-b755-6c5dfa382e75>

#### ■ Einfach verständliche Botschaften öffentlich setzen

Es gibt Vergleiche, die versteht jeder. Nach solchen Bildern im Kopf, die Informationen transportieren, muss gesucht werden und sie müssen in Kampagnen eingebaut werden. Zwei Beispiele:



Foto: Babyelefant Coronakrise vs. Elefant Klimakatastrophe  
(Quelle: Extinction Rebellion)

**Can you tell the difference between caffeinated coffee and decaf?**

If so, you have detected a concentration of 400 parts per million (ppm). There's more than 400 ppm of carbon dioxide in Earth's atmosphere. **Small amounts of powerful substances have big effects.**

CLIMATE.NASA.GOV

Treffender Vergleich der NASA: „Weil ja von manchen immer wieder behauptet wird, 400ppm (parts per million, also 0,04% Volumensanteil) CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre wären viel zu wenig, um das Klima beeinflussen zu können. Im Kaffee sind 400ppm an Koffein - jetzt erkläre mir mal einer, dass er keinen Unterschied zwischen Kaffee mit und ohne Koffein spüre...“  
(Quelle: <https://climate.nasa.gov/>)

## ■ **Ausreden mit Lösungsansätzen entgegentreten**

Wenn wir wollen, finden wir alle für jegliche klimafreundlichen Verhaltensänderungen Ausflüchte, um es nicht zu tun (siehe auch im Einführungsteil „Die üblichen Ausreden, nichts verändern zu müssen“). Sobald Klimaschutz zu anstrengend und unbequem wird, wird das ganze Thema schnell beiseite geschoben und weil wir uns lieber dem Bekannten widmen, schalten wir auf Alltag. Die Aussagen wirken oft banal, hört man aber von verschiedensten Seiten immer wieder und sorgen immerhin für die Unfähigkeit, sein Verhalten zu ändern.

„Soll ich zu Fuß in die Arbeit?“, „Mit Öffis dauert es zu lange“, „Ich muss für meine Familie jeden Tag groß einkaufen fahren“, „Ohne Flugzeug komm ich ja nirgends hin, ich will die Welt sehen“, „Ich bin ja kein Beilagenesser und schon gar keine Kuh“, „Eine PV-Anlage amortisiert sich ja ewig nicht“, „Ich will keine PV-Anlage, das Förderansuchen ist zu kompliziert“, „Erneuerbare Energien sind ja nicht speicherbar und werden für Blackouts sorgen“, „Temporeduktion bringt fast nichts“, „Ich will keine Verbotsgesellschaft“, „Aber China und die USA...“, „Die Bevölkerungsexplosion ist schuld“, „Atomstrom ist die Zukunft“, etc.

## ■ **„Impfung“ gegen Zweifel und Desinformation**

Man kann bei gezielten Falschinformationen nicht allein mit wissenschaftlichen Fakten dagegenhalten, sondern sollte die Menschen auch darauf vorbereiten, dass Falschinformationen auf sie zukommen und vor ihnen warnen. Wer eine abgeschwächte Dosis eines Mythos samt Widerlegung bekommt, wobei möglichst auch die benutzte Methode der Trickserei genau erklärt wird, stärkt sozusagen sein mentales Immunsystem. (Quelle: „Über Klima sprechen. Das Handbuch“, Online hier: <https://klimakommunikation.klimafakten.de>)

## ■ **Infokampagne an jeden Haushalt**

für die Bevölkerung zu Klimaschutz, Artenschutz mit leicht verständlichen und einladend gestaltetem Inhalt. Wissenschaftsbasierte Fakten und konkrete bisherige Beispiele, die möglichst einfach und anschaulich mit Grafiken visualisiert und Zahlen belegt sind, die es auf den Punkt bringen. Konkrete Auswirkungen direkt in Österreich sollen die unmittelbare „Nähe“ des Klimawandels veranschaulichen. Die Tatsache muss vermittelt werden, dass Lebensqualität nur mit einer intakten Natur erhalten werden kann und nicht der Verzicht, sondern die umfassenden positiven Aspekte müssen in den Vordergrund gestellt werden.

Der Output muss sein, dass die Menschen sich als Teil der Lösung sehen, der Beitrag jedes\*r Einzelnen zählt und wir für Österreich selber unsere Hausaufgaben machen müssen, da es neben Klima- und Artenschutz auch um Klimaresilienz (Widerstandsfähigkeit sozial-ökologischer Systeme gegenüber den Folgen des Klimawandels) geht. Wir herrschen nicht über die Natur, sondern sind nur ein Teil davon.

## ■ **Werbekampagne, um Klimaschutz positiv zu besetzen**

Die Leute müssen darüber reden, was sie tun, damit sich der Effekt multipliziert und keine Schweigespirale entsteht, um befürchteten Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu gehen. Eine wiederkehrende landesweite Werbekampagne kann das ebenfalls „cool“ darstellen – mit prominenten Testimonials aus den verschiedensten zielgruppenspezifischen Bereichen.

## ■ **Werbeverbote**

Ähnlich dem Verbot von Zigarettenwerbung kann man ohne weiteres ein Werbeverbot für besonders klimaschädliche Produkte wie Verbrennerautos und bestimmte Lebensmittel einführen. Das kann zum Beispiel alle Produkte der industriellen Massenproduktion tierischer Lebensmittel betreffen.

## ■ **Zielgruppenspezifische Kampagnen**

die inhaltlich entsprechend auf den jeweiligen emotionalen Schwerpunkt verschiedener Lebensanschauungen und auch verschiedener sozialer Schichten eingehen:

### **- Wirtschaft und Arbeitsplätze**

Nachhaltige Wirtschaft und neue Arbeitsplätze durch Klimaschutz, weniger Kosten durch Naturkatastrophen, Vermeidung von Strafzahlungen – da bleibt für jede\*n Einzelne\*n auch mehr im Börserl. Geopolitische Energieabhängigkeiten können auch das Rating für Österreich nachhaltig schwächen. „Wirtschaftskompetenz“ heißt hier, dringend Unabhängigkeiten zu schaffen und in die grüne Zukunft zu investieren.

### **- Ernährung und Wasser**

Absicherung der existentiellen Grundversorgung. Landwirtschaft ohne ausreichender Wasserversorgung führt zum Kollaps und zu dauerhafter Zerstörung fruchtbaren Bodens (Versteppung). Als Folge müssen Menschen abwandern, was zu neuen Konflikten führt (siehe z.B. die Ursachen des Syrienkonflikts, den Kollaps der Mayas durch Dürre oder historische Kriege und Zusammenbrüche von Kulturen, die meist ihre Ursache in klimatischen Veränderungen hatten).

### **- Sicherheit und Frieden**

Weniger Klimaflüchtlinge und Radikalisierung, weniger Kriege um Ressourcen, keine Konflikte durch die steigende soziale Ungleichheit in Krisen, mehr demokratische statt autoritäre Tendenzen.



### - Innovationen und Produktion

Schnelligkeit schafft technologischen und wirtschaftlichen Vorsprung, schafft Sicherung von Know-How im eigenen Land. Mit Mut vorne dabei sein!

### - Zusammenhalt

Generationenvertrag bzw. die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

### - Gesundheit

Klimawandel ist die größte Gesundheitsgefahr des 21. Jahrhunderts. Hitze und Luftfeuchtigkeit können in Kombination tödliche Grenzen erreichen und bestimmte Regionen unbewohnbar machen, was zwangsläufig zu neuen Konflikten führt.

### - Lebensqualität

Intakte Natur, intakte Biodiversität, intakte Ökosysteme

### - Autarkie

„Made in Austria“ neu denken: Weniger umweltschädliche Globalisierung schafft mehr Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit. Eine positive Form von Patriotismus kann dadurch entstehen.

## ■ Große Kampagne zum Energiesparen

Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst erzeugt werden muss.

Neben umfangreichen Tempolimits (siehe Punkt „Mobilität“) und autofreien Sonntagen soll auch motiviert werden zu individuellem Verhalten und Umsetzungen im privaten Bereich, sowie bei Unternehmen – kommuniziert mit allen Vorteilen, auch monetär. Müssen z.B. Öffis im Winter extra beheizt sein, wenn ohnehin jeder mit Winterkleidung fährt bzw. kann die Motorenabwärme sinnvoll genutzt werden? Für die zunehmenden Dürreperioden muss es außerdem einen Plan zur Reduktion und effizienteren Verwendung unserer Wasserressourcen geben (siehe auch Punkt „Wassermanagement“ im Kapitel „Landwirtschaft und Böden“).

## ■ Kampagne zur Meinungsbildung am Arbeitsplatz

Wo hat man besser Zeit als bei seinen Arbeitskollegen, um die Sinnhaftigkeit von Klimaschutz überzeugend zu vermitteln? Tag für Tag ein bisschen mehr Fakten und auch manche Skeptiker\*innen kann man vielleicht zur Einsicht bringen, dass die Wissenschaft eben bei dem Thema nicht irrt – höchstens im Detail noch Erkenntnisse hinzugewinnt.

## ■ Online-Meldesystem / App für die lokale Bevölkerung

Wie bereits erwähnt, muss die Bevölkerung (und damit der\*die Wähler\*in) mit an Bord geholt werden. Einerseits entsteht Bewusstseinsbildung, andererseits wissen oft im lokalen Umfeld die Anrainer\*innen am besten Bescheid, welche Maßnahmen vorort nötig sind – von Fahrradständern, Straßensicherheitsmaßnahmen bis zu Begrünung/Bepflanzungen und Abfalllösungen. Ein bestehendes Beispiel ist die „Schau auf Linz“-App, wo man Meldungen über Missstände ans Magistrat schicken kann. Dies gehört ausgerollt für den gesamten Bereich Klima- und Artenschutz und von kompetentem Personal bearbeitet und geprüft.

## 6. Institutionen und Unternehmen als aktive Unterstützer

Große Einrichtungen können mit selbstgesetzten Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen sowie öffentlichem Einfordern von Klimazielen sehr viele Menschen erreichen – von den eigenen Mitarbeiter\*innen bzw. Anhänger\*innen über die Medien bis zu Politik und Wirtschaft.

## ■ Religionsgemeinschaften, Katholische Kirche

„Für Christinnen und Christen ist Schöpfungsverantwortung kein Randthema neben dem eigentlichen `Kerngeschäft` des Glaubens. Den Lebensraum Erde so zu gestalten, dass alle gut darin leben können, ist ein Grundauftrag, der schon im ersten Buch der Bibel an den Menschen ergeht.“

(<https://www.katholisch.at/oekologieundschoepfung>)

Die Medienethikerin Claudia Paganini zitiert Genesis 1,28, „das gerne als Rechtfertigung für die Ausbeutung der Natur herangezogen wird, und zwar mit der gängigen Übersetzung: ‚Macht euch die Erde untertan!‘ Dabei bedeutet das betreffende Verb ‚kabsch‘ so viel wie Verantwortung übernehmen für das, was mir anvertraut wurde, also nicht Ausbeutung und Unterdrückung, sondern Fürsorge – es müsste eigentlich heißen: ‚Übernimmt Fürsorge für die Erde!‘“ (Quelle: <https://religion.orf.at/stories/3217772>)

Die gesamte Glaubensgemeinschaft sollte die Schöpfungsverantwortung und selbstgesteckte ethische Grundsätze und deren Werthaltung auch anwenden, indem sie sich aktiv, öffentlichkeitswirksam und vor allem dauerhaft an der Klimaschutzbewegung beteiligt und bei Entscheidungsträgern die Umsetzung der Klimaziele einfordert. Wichtig wäre hier auch der interreligiöse Zugang, z.B. den Islam als zweitgrößter und wachsender Religionsgemeinschaft (Ober-)Österreichs mit an Bord zu holen.

## ■ Branchenweites Interesse

Ganze Branchen – wie z.B. der Tourismus müssten bereits aus purem Eigeninteresse aufschreiben für umfassende Maßnahmen. Wenn Seen austrocknen oder Ökosysteme kippen, wird sich kein\*e Tourist\*in mehr blicken lassen. Auf der anderen Seite wird Skifahren aufgrund der hohen (fossilen) Energiepreise und -abhängigkeiten zum Luxusport.

## ■ Unternehmens-Kooperationen

Auch zukunftsorientierte Unternehmen sollen der Wirtschaftskammer und der Politik vorzeigen, dass sie im Denken und Handeln bereits sehr viel weiter sind:

In Vorarlberg haben im Oktober 2022 22 Firmen (mit 19.000 Mitarbeiter\*innen) den Verein „TUN. Green Deal“ gegründet. Sie wollen sich gemeinsam für Klimaziele einsetzen und in erneuerbare Energien und nachhaltige Projekte investieren. Gefördert wird umweltfreundliche Mobilität, ein möglichst rascher Ausstieg aus fossilen Energieträgern, Biodiversität und regionale Bio-Lebensmittel. Bauen und Sanieren soll künftig ökologisch und energieeffizient sein. (<https://vorarlberg.orf.at/stories/3178127/>)

## ■ Sozial- und Gesundheitseinrichtungen

Besonders ältere Menschen werden mit den zunehmenden klimatischen Veränderungen schlecht umgehen können. In wenigen Jahrzehnten können ähnlich viele Menschen an den Folgen zu hoher Temperaturen sterben wie an Infektionskrankheiten oder Krebs. Der gesamte Gesundheitsbereich sollte ein starkes Interesse daran haben, Österreich klimaresistenter zu machen und die Einforderung von Klimaschutz auch aktiv nach außen kommunizieren.

## 7. Konsumbewusstsein

Viele Menschen haben wenig Bewusstsein dafür, welche Auswirkungen ihr Konsum auf die Umwelt hat oder wie solche Dumpingpreise überhaupt möglich sind. Es geht um Nachhaltigkeit, was nicht einfach ein Modewort ist: Es besagt, dass wir auf Pump leben, auf Kosten der nachkommenden Generationen, die den „Kredit“ nicht zurückzahlen können. Ein nachhaltig funktionierender Markt muss unter fairen, einheitlichen Spielregeln miteinander agieren, unter Erhaltung der Natur, der Arbeitsrechte und aller Ressourcen. Die Marktmechanismen würden funktionieren, wenn Ausbeutung von Natur und Mensch im Preis miteingerechnet wären. Wir hätten dann wahrscheinlich nicht mehr jeder durchschnittlich 10.000 („total nützliche“) Dinge, aber wären weit weg von durchschnittlich 180(!) wie noch vor 100 Jahren, dafür würden die Produkte mit langer Haltbarkeit und reparierbar produziert. Den Menschen muss auch klar werden, dass es wenig bringt, Bioprodukte zu kaufen, auf der anderen Seite aber große, ressourcenfressende Autos zu fahren, Unmengen an Fleisch zu konsumieren, drei Mal im Jahr irgendwo herumzufliegen oder am schlimmsten: rückständige Parteien zu wählen, die gar nicht im Interesse der Bevölkerung agieren.

## ■ Einfuhrzölle

auf schädliche Produkte für einen Schritt in Richtung Kostenwahrheit

## ■ Kostenwahrheit- und ökologischer Fußabdruck-App

Vieles davon, was derzeit produziert und angeboten wird, was Natur sorglos zerstört und natürliche Ressourcen wie Menschen ausbeutet, oder auch das Gesundheitssystem indirekt belastet, ist „gratis“. Wir werden mit Billigprodukten überhäuft und als Konsument\*in ist es schwer, hier einen Überblick zu erhalten. Diese falsche wirtschaftliche Kalkulation ist ein Auslaufmodell. Nachhaltige Produkte, wird gerne behauptet, seien „zu teuer“ - aber zu teuer im Vergleich zu was? Zum letztlich Aussterben? Effizienz und Ressourcenschonung müssen im Vordergrund stehen.



## Gesellschaftlicher Nutzen oder Kosten, je nach Art der Mobilität - monetär beziffert, am Beispiel München:

Die Forderung nach Gratis-Öffis (siehe Kapitel „Mobilität“) ist plötzlich auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht gar nicht utopisch.

Grafik und Bericht: <https://www.radentscheidmuenchen.de/kostenwahrheit-im-munchner-verkehr/>

Die Kostenwahrheit-App wäre ein Preisrechner oder vielmehr eine Datenbank dahinter, die den ungefähren „wahren“ Wert von Produkten und Dienstleistungen ausspuckt. Damit hätte jede\*r ein einfaches Tool zur Hand, um bei der Konsumtion zu wissen, wo man gerade selber steht. Dazu braucht es Daten von Expert\*innen und Kooperationspartnern für die Umsetzung wie z.B. die Fachhochschule und den Softwarepark Hagenberg. Daten von Lebensmitteln wertet z.B. bereits das Schweizer Start-up Eaternity aus (<https://eaternity.org/score/>).

Eine zusätzliche Möglichkeit wäre auch, seinen ökologischen Fußabdruck damit berechnen zu können, um zu wissen, wo man gerade selber steht. Dazu braucht es Daten von Expert\*innen und Kooperationspartnern für die Umsetzung wie z.B. die Fachhochschule und den Softwarepark Hagenberg. Daten von Lebensmitteln wertet z.B. bereits das Schweizer Start-up Eaternity aus (<https://eaternity.org/score/>).

## 8. Sharing Economy

Teilen statt kaufen, das ist das Prinzip der Sharing Economy. Damit stellt sie Umweltschutz und Gemeinwohl in den Mittelpunkt. Jede\*r wird zur\*um Mieter\*in und Vermieter\*in seiner persönlichen Gegenstände. Das spart nicht nur viel Geld, sondern reduziert den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck. Nebenbei stärkt das auch die Gemeinschaft, z.B. im eigenen Wohnblock oder im Freundeskreis. Teilen schont die natürlichen Ressourcen, macht unseren Konsum ein wenig selbstbestimmter und spart Geld. Es ist eine ganz einfache Rechnung: Kaufen sich drei Nachbar\*innen jeweils einen eigenen Akkuschauber oder Rasenmäher, stecken darin dreimal Ressourcen für Produktion, Betrieb und Entsorgung. Teilen sie sich dagegen ein Gerät, werden zweimal Ressourcen gespart. Weniger Waren müssen also neu produziert und auch entsorgt werden.

Es gibt bereits Miet – und Vermietplattformen für Alltagsgegenstände im Internet und Apps: Vom Auto bis zum Fahrradträger oder Hochdruckreiniger und Bohrmaschine kann im Prinzip alles zur Verfügung gestellt werden. Man sollte sich die Frage stellen: Was steht bei einem alles herum, was nur zwei bis drei Mal pro Jahr gebraucht wird?

Dieses Prinzip mitsamt seinen Vorteilen muss beworben, gute Sharing-Apps zur Organisation gefördert werden. Fast jede\*r hat mittlerweile ein Smartphone, mit dem solche Angebote einfach zugänglich sind.

## 9. Medienreform

Für mehr unabhängige, objektivere Qualitätsmedien (besonders bei den Tageszeitungen, TV-Sendern und Onlineplattformen) ist eine umfassende Reform der Medienlandschaft notwendig. Die Skandale und Meinungsmanipulationen des Boulevard sind bekannt. Zum Beispiel das ÖVP-nahe (!) Medium [express.at](http://www.express.at) mit Chefredakteur Richard Schmitt als rechten Verschwörungstheoretiker und Klimawandelleugner, dem jedes Mittel recht ist um zu manipulieren, ist gesellschafts- und demokratieschädigend. Auf der aktuellen Basis können wir uns als Gesellschaft nicht weiterentwickeln, eher spalten und schlimmstenfalls können wir uns auch zurückentwickeln in autokratische Zeiten (siehe am Beispiel Ungarn). Nicht per Zufall fordern gerade demokratiefeindliche Kräfte die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Senders ORF, oder zumindest die Gleichstellung mit Privatsendern, denen es rein um Quote geht.

■ **Stopp Inserate von Parteien und deren Umfeld**  
Wir zahlen mit unserem Steuergeld Parteipropaganda

■ **Förderreform**  
mit Schwerpunkt auf journalistische Qualität statt Auflage. Reisserische Berichterstattung auf Kosten der Wahrheit und Objektivität darf sich nicht finanziell auszahlen.

### - Angemessene quantitative Berichterstattung und Sendezeit

Aufgrund der Wichtigkeit der Themas für alle Menschen, ist es umso verwunderlicher, dass z.B. die Berichterstattung zu den Klimademos (mit österreichweit zuletzt 30.000 Teilnehmern) stark unterrepräsentiert ist. Dagegen wird über Sport und Unfälle verhältnismäßig viel berichtet. Muss z.B. ein ORF diese Schaulust in dem Ausmaß befriedigen? Hier muss der Bildungsauftrag des ORF stärker eingefordert werden.

### - Angemessene qualitative Berichterstattung

Ein klassisches Beispiel, wie es nicht geht, ist ein Bericht in der Bezirksrundschau Linz zum Weltklimastreik am 3.3.2023 ([https://www.meinbezirk.at/linz/c-politik/fridays-for-future-demo-auch-in-linz\\_a5904781](https://www.meinbezirk.at/linz/c-politik/fridays-for-future-demo-auch-in-linz_a5904781)): Der erste Absatz berichtet von der Linzer Demo, im zweiten Absatz darf OÖVP-Klubobmann Christian Dörfel mit einem „anderen Standpunkt“ zu Wort kommen: „Zwar seien die Anliegen der „Fridays For Future“-Bewegung nachvollziehbar, überzogene Forderungen aber nicht umsetzbar. „Auch ein ehrgeiziges Ziel muss realistisch bleiben, denn Klimapolitik kann nur gelingen, wenn sie von allen mitgetragen wird.“ Die Volkspartei setzt auf die neue Klima- und Energiestrategie, die den Weg zur Klimaneutralität 2040 ebnen soll. „Sie ist ein klarer, mit Zielen und Zahlen hinterlegter Plan, der in Etappen umgesetzt wird – so funktioniert Klimaschutz mit Hausverstand“, betont Dörfel.“  
Wissenschaftsbasierter Konsens (nichts anderes wird bei den Klimademos vertreten) wird hier gleichgestellt mit der

„Meinung“ des Klubobmanns. Es wird nicht hinterfragt, welche Forderungen warum nicht umsetzbar sein sollen (Ein Klimaschutzgesetz? Ein Tempolimit?) und wie ein „Mittragen“ der Bevölkerung funktionieren soll, wenn man nur dagegenarbeitet und Unwahrheiten verbreitet, anstatt aufzuklären, sachlich zu informieren und endlich an die Arbeit zu gehen. Gleichzeitig wird kritiklos abgedruckt, was gar nicht existiert: Ein Plan mit konkreten Maßnahmen und Meilensteinen. Die „Strategie“ auf 160 Seiten ist lediglich eine nette Aufzählung theoretischer Maßnahmen, ohne einem was/wann/wo/wie/wieviel. Das ist keine Strategie. An diesem Beispiel sieht man, wie Journalismus versagen kann – möglicherweise wurde hier sogar nur ein fertiges ÖVP-Pressestatement abgedruckt, um den Schein einer irreführenden Ausgewogenheit zu wahren.

#### ■ **Gratis Online-Zugang**

zu allen Zeitungsartikeln betreffend Klimawandel, Klimaschutz, Biodiversität

#### ■ **Fixe Rubrik**

zum Thema Klimawandel und Biodiversität

## 10. Soziale Medien

Mittlerweile ist erwiesen, dass der steigende Social Media-Konsum zu Aufmerksamkeitsdefizit führt, zu „gestohlener Aufmerksamkeit“. „Dinge, die wichtig sind, aber Fokus erfordern – Bücher lesen, lange Gespräche führen – fühlen sich dann so an, als würde man eine Rolltreppe aufwärtsrennen.“ (Johann Hari, Autor von „Abgelenkt“)

Es geht aber noch weiter: Das plötzliche Hinterfragen von selbstverständlichen Dingen führt soweit, dass wir möglicherweise heutzutage nicht mehr in der Lage wären, gegen Probleme wie dem Ozonloch vorzugehen. In den 1980ern entdeckten Wissenschaftler\*innen den Effekt von FCKW auf die Ozonschicht, Regierungen reagierten darauf und verboten FCKW. Dabei wurde nicht gesagt, „man müsse die Bevölkerung bei der Entscheidung zuerst mitnehmen“. Die Ozonschicht heilte. Würde diese Krise heute stattfinden, wäre wohl alles anders. Leute würden sagen: „Woher wissen wir überhaupt, dass die Ozonschicht existiert? Vielleicht wurde das Loch von George Soros gemacht.“ Wir wären nicht in der Lage, unsere kollektive Aufmerksamkeit aufrechtzuhalten, weil Wahrheit und Lüge für viele nicht unterscheidbar ist. Ein weiterer Effekt ist die zunehmende Unfähigkeit differenziert zu denken. Neben dem Boulevard fördern soziale Medien durch ständige Überspitzung Schwarz-Weiß-Denken und verstärken durch intransparente Filter auch noch die eigene Meinung. Deshalb braucht es in diesem Bereich massive Maßnahmen, die dem entgegenwirken:

#### ■ **Verpflichtung zur Streichung von Falschmeldungen/Fake News zu Klimawandel und Artensterben.**

Die eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse dürfen von der Grundausrichtung nicht mehr böswillig ins Gegenteil verkehrt werden. Eine eigene unabhängige Behörde muss nach gewissen journalistischen Grundsätzen daran mitwirken. Soziale Medien dürfen nicht den größten Schwachsinn wegen mehr Klicks auch noch belohnen. Es wird Zeit, das Wild West-Internet endlich erwachsen werden zu lassen und Social-Media-Plattformen ganz massiv in die Pflicht zu nehmen.

## 11. Interdisziplinärer Expert\*innenstab

Politik und Wirtschaft müssen von einem umfassenden Team an Expert\*innen beraten werden. Dieser Stab setzt sich zusammen aus den verschiedensten relevanten Bereichen – u.a. Klima, Soziologie, Ökologie, Ökonomie, Politologie, Energietechnik, welche einen aktuellen Überblick und eine langfristige, nachhaltige Ausrichtung im Auge haben (Keynes statt Hayek). Neben dem interdisziplinären Charakter muss der Expert\*innenstab auch bei technischen Innovationen immer am aktuellsten Stand sein (zB Strom-Speichertechnologien, effiziente Kühlungsmaßnahmen, neue Erkenntnisse aus der Klimaforschung) und Investitionen in vielversprechende Projekte vorschlagen. Der Expert\*innenstab vernetzt sich sowohl mit der „Kontrollbehörde“ (Punkt 12), den NGOs, den zivilgesellschaftlichen Klimaschutz-Organisationen, aber auch international, zum Austausch von Ideen, Technologien und Projekten. Politik und Wirtschaft lassen sich vom Expert\*innenstab transparent beraten.

## 12. Kontrollbehörde

Kontrolle durch unabhängige Behörde in Bezug auf Einhaltung von Projektzielen und Meldung/Sanktionierung von Greenwashing bei Unternehmen, Politik und Medien. Die Kontrollbehörde steht in engem Kontakt mit dem Expert\*innenstab, aber auch der Zivilgesellschaft.

Erfreulich: Seit März 2023 gibt es das ganz ähnlich angesiedelte Projekt „Realfiktion Klimarechnungshof“, das die Wirksamkeit der österreichischen Klimapolitik überprüfen soll (<https://www.klimarechnungshof.jetzt/>). Dem dort geforderten Klimarechnungshof wird fiktiv (also ohne reale Befugnisse) vorausgegriffen: „Unser Ziel ist es, dass die Idee eines Klimarechnungshofs von der österreichischen Politik ernst genommen wird und eine Institution geschaffen wird, staatliche Maßnahmen auf ihre Klimawirksamkeit zu kontrollieren“, so Kulturwissenschaftlerin Alexa Färber.

(<https://science.orf.at/stories/3218227>)

### 3 Bereiche soll die Kontrollbehörde im Blick haben:

- **Klima-Dashboard:** Ständig aktualisierte Abbildung von Energieflüssen, Treibhausgas-Emissionen, noch vorhandenes Treibhausgas-Budget und ökonomische Betrachtungen, sowie Dokumentation des Fortschritts und der Maßnahmen-Wirksamkeit bzgl. der Zielvereinbarungen. Die Zielemissionen müssen immer im Blick sein. Man muss immer wissen, wo wir gerade stehen und welche Maßnahmen bis wann wieviel zur Reduktion beitragen. Dazu gibt es bereits die noch ausbaufähige Seite [www.klimadashboard.at](http://www.klimadashboard.at)
- **Soziale Treffsicherheit** für eine ökosoziale Wende, die z.B. verschwenderischen Luxusenergieverbrauch höher besteuert als notwendige Grundversorgung
- **Regelmäßige, medienwirksame Pressekonferenzen:** Transparente und objektive Berichterstattung

Die Kontrollbehörde als vorgeschaltete Instanz zur Politik schaut auf eine sozial verträgliche Transformation: Die Ärmsten haben auch den geringsten ökologischen Fußabdruck, sind aber gleichzeitig am unflexibelsten bei Krisen. Der Klimawandel trifft sie am härtesten, deshalb müssen die Wohlhabenderen auch mehr beitragen – im Interesse von allen. Der gesellschaftliche Friede muss gewahrt bleiben, sonst haben die reicheren Schichten letztlich auch nichts davon.

Alle zukünftigen Maßnahmen müssen in hohem Maße Klimatauglichkeit und die Erhaltung/Verbesserung der Biodiversität erfüllen. Zielvereinbarungen werden laufend transparent kommuniziert und auf Einhaltung verpflichtender Meilensteine kontrolliert. Bei Nichteinhaltung muss verpflichtend, verfassungskonform nachgebessert werden. Die oft bemühte „Freiwilligkeit“ ist nur ein vorgeschobenes wirtschaftspolitisches Argument zum Weiterwurschteln wie bisher – ein bequemes Abgeben jeglicher Verantwortung an den Einzelnen, wo ohnehin jeder weiß, dass es nicht funktioniert.

## 13. Volksabstimmung zu Expert\*innenstab und Kontrollbehörde

Da zu befürchten ist, dass die Politik sich von niemandem auf die Finger schauen lassen will und gerne konsequent weiter bremst, wo es Interessenskonflikte gibt (Klientelpolitik), sollte eine Volksabstimmung für einen Expert\*innenstab und einer Kontrollbehörde abgehalten werden. Verpflichtende Einführung ab einer bestimmten Schwelle.

## 14. Professionalisierung der Klimaschutzbewegung

Die zunehmende Zahl an NGOs und Bewegungen, die sich im erweiterten Bereich Klimaschutz engagieren, ist sehr erfreulich. Es sollte ein eigenes Konzept ausgearbeitet werden, wie die Kräfte besser gebündelt werden können, Doppelgleisigkeiten reduziert und die Wirkung der Maßnahmen/Aktionen erfolgreicher werden (z.B. mittels Zielgruppenanalyse). Es braucht koordinierte Marketingmaßnahmen und Kommunikationskonzepte auf einer professionellen Ebene. Unabhängige Finanzierungsmöglichkeiten, wie Förderungen oder Crowdfunding müssen ausgearbeitet werden. Politischen Entscheidungsträger\*innen ist gemeinsam entgegenzutreten. Gemeinsam ist auf das im Einleitungstext erwähnte 3,5%-Mobilisierungsziel hinzuarbeiten. Als positives Beispiel ist die „Klimaallianz OÖ“ zu nennen, die seit 2020 eine Vernetzung vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen darstellt und mit gemeinsamen Forderungen ans Land OÖ herantritt (<https://klimaallianz-ooe.at/>).

## 15. Greenwashing-Kontrolle

Greenwashing ist kein Kavaliersdelikt! Unter dem Banner der Nachhaltigkeit und grünen Siegeln erfolgt zum Beispiel illegale Abholzung in großem Stil: Seit 1990 sind weltweit Waldflächen verschwunden, deren Ausdehnung jene der gesamten EU überschreitet (aufgedeckt vom Rechercheprojekt „Deforestation Inc.“, siehe Artikel <https://www.orf.at/stories/3306933>). Diese Rodungen sind Brandbeschleuniger für die Klimakrise und zerstören Lebensraum für indigene Völker und Wildtiere - auch mitten in Europa. Die tatsächlichen Verluste übersteigen bei Weitem die materiellen Bußgelder, falls überhaupt eingeschritten wird.

Es gibt auch unzählige Beispiele von unverschämter Konsumententäuschung in Österreich. Hier sei nur ein besonders dreistes der heimischen Betonwirtschaft angeführt (siehe <https://baustoffbeton.at/>):

„Welcher Baustoff erhält Wiesen und Wälder?“ „Welcher Baustoff kommt aus unserer Region?“ Die Antwort von der Betonwirtschaft in ihrer Werbekampagne: „Natürlich Beton“. Hier wird allen Ernstes Beton als „Naturliebhaber“ und „Umweltaktivist“ gepriesen, die (selbstverständliche) „Regionalität“ des Produktes als Argument gebracht. Wenn man sich die Werbung ansieht, könnte man meinen, man müsste nur das ganze Land zubetonieren, um den besten Umweltschutz zu erreichen. Fakt ist aber, dass Zementproduktion sehr große Mengen an Treibhausgasen – natürlich genauso in Österreich – erzeugt.

Es gibt bereits eine Meldeplattform beim Verein für Konsumenteninformation (VKI), wo dazu aufgefordert wird, besonders dreiste grüne Werbeversprechen zu melden: [www.vki.at/greenwashing](http://www.vki.at/greenwashing)  
Diese Plattform ist aber leider relativ zahnlos und sollte durch die vorgeschlagene „Kontrollbehörde“ gestärkt werden.

#### ■ Unternehmen

Bei Unternehmen sind wirkungsvolle Strafen (Strafgelder und Zölle bis hin zu Importverboten und Haftstrafen) für Irreführung durch Greenwashing bei Produkten und Dienstleistungen einzuführen.

#### ■ Interessenvertreter und Lobbying

Negative Einflussnahme von Lobbyisten auf Politik, Medien oder Zivilgesellschaft muss transparent gemacht werden. Eine öffentlich einsehbare Plattform – wie das EU-Transparenzregister – muss es auch auf Landes- und Bundesebene geben.

#### ■ Politische Parteien

Bei Parteien müssen Falschaussagen und Täuschung bei nicht nachhaltigen Projekten oder Zieleinhaltungen öffentlich aufgezeigt werden. Beispiel: Wenn LH Stelzer im Wahlkampf 2021 sagt, dass in Steyr eh die „saubersten“ Verbrennungsmotoren gebaut werden, dann ist das eine bewusste Irreführung.

#### ■ Medien

Der Österreichische Presserat muss schonungslos unseriöse Berichterstattung, Fake News und Greenwashing in den österreichischen Medien öffentlich beanstanden. Presseförderung muss daran gekoppelt sein (siehe auch Kapitel „Medienreform“).

#### ■ Finanzprodukte

In vielen nachhaltigen Fonds finden sich auch Kohle- und Ölunternehmen. Nachhaltige Fonds müssen mit dem Pariser Klimaziel vereinbar sein. Gefordert werden gesetzliche, standardisierte Nachhaltigkeitskriterien sowie Konsequenzen bei Verstößen. Eine unabhängige Beratungsstelle informiert Anleger\*innen auf Greenwashing-Tendenzen bzw. gibt Tipps für wirklich nachhaltige Anlageformen. Wenn z.B. VISA- und Mastercard in nachhaltigen Fonds vertreten sind, weil deren Karten aus recyceltem Plastik produziert werden, sollte das nicht ausreichen. Wem das alles egal ist, der\*die muss auch verpflichtend über die negativen Auswirkungen ungeschönt informiert werden.

## 16. Stopp klimaschädliche Förderungen

In Österreich werden nicht nur Maßnahmen zum Klimaschutz, sondern auch massiv klimaschädliche Aktivitäten finanziell gefördert. Wie hoch diese „klimakontraproduktiven Förderungen“ sind, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) im Auftrag der Regierung erfasst. Laut dieser beliefen sich die klimaschädlichen Subventionen in den vergangenen Jahren bei 4 - 5,7 Milliarden Euro jährlich – größter Posten ist der Verkehr mit 61%. Aktuell dürfte der Betrag laut WIFO sogar 14,5 Milliarden Euro betragen, mit dem Energiekostenzuschuss für Unternehmen als größten Posten. Problem hierbei ist, dass es im Gegenzug für die vielen Milliarden kaum Auflagen zu mehr Energieeffizienz gibt – ein historisches Versäumnis.

Unter die Förderungen fallen auch z.B.: Dieselprivileg, (Erhöhung der) Pendlerpauschale, Stellplatzvorgaben, Steuerbefreiung von fossilen Energieträgern für Energieunternehmen (Herstellerprivileg) und Bereiche aus der Landwirtschaft, Wohnen und Abfallwirtschaft.

Gefordert wird eine systematische Auseinandersetzung, ein bundesweites Monitoring, das alle Subventionen messbar aufschlüsselt und jährlich aktualisiert. Im Zuge dieser Erhebung müssen klimaschädliche Fördermittel konsequent reduziert und abgestellt werden. Es handelt sich um strukturelle Klimasünden mit hohen Folgekosten. Die öffentliche Finanzierung von Umweltzerstörung befeuert die Klimakrise und erhöht den Bodenverbrauch, weil die Politik auf mehreren Ebenen falsche Anreize geschaffen hat. Die durch den Abbau frei werdenden Mittel sollten sozial gerecht in Klima- und Naturschutzmaßnahmen fließen.

Eine WIFO-Studie vom September 2022 beschreibt die Problematik sehr detailliert und aufgeschlüsselt: [https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2022/12/KKS\\_Endbericht\\_September2022\\_korr.pdf](https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2022/12/KKS_Endbericht_September2022_korr.pdf)

## 17. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

Obwohl es keine wichtigeren Themen zu geben scheint, ist es erstaunlich, wie schlecht informiert die Durchschnittsbürger\*innen in Bezug auf Klimawandel und Biodiversität sind. Neben der Vermittlung sachlicher Informationen und Zusammenhänge ist ein weiterer Punkt essenziell: Die Förderung von Fantasie, Kreativität und dadurch visionärem Denken. Ohne Fantasie keine Visionen, ohne Visionen keine Lösungskompetenz und keine Zukunftsgestaltung. Wenn

politische Parteien hartnäckig behaupten, dass diese und jene Veränderung nicht möglich sei, diese und jene Maßnahme ja nichts bringe und am besten alles so bleiben solle wie bisher, dann liegt das an der Visionslosigkeit der Akteur\*innen. Sie haben verlernt, ihre Fantasie einzusetzen, die aber dringend nötig ist, um ein konkretes Bild von einer funktionierenden, positiven Zukunft zu kreieren. Denn nur darauf lässt sich ein detaillierter, großer Plan zur zeitgerechten Erreichung aller Ziele erarbeiten – mithilfe von Visionär\*innen in Führungspositionen. Diese Unterdrückung von Fantasie beginnt übrigens bereits in der Kindheit, wo in unserer Gesellschaft freies Spiel draußen vorm Haus (ohne Vorgaben, ohne Spielzeuge) seit den 1950ern immer mehr unterbunden wird und mit den elektronischen Geräten, dem Billigspielzeug, der termingepflasterten Leistungsgesellschaft und auch den verkehrsverstopften Straßen noch drastisch zugenommen hat. Dieser fehlende Freiraum setzt sich auch im Erwachsenenalter fort – mit negativen Auswirkungen auf Kreativität bzw. fehlender Lösungskompetenz. Dazu kann ich das Buch von Rob Hopkins „Stell dir vor“ empfehlen, wo auch ein gutes Projekt für Kinder beschrieben ist, denn sie sind unser größter Schatz.

- **Temporäre Sperre von Straßenabschnitten, um Kindern wieder freies Spiel zu ermöglichen**  
Straßen bilden die größten öffentlichen Flächen in einer Stadt. In England gibt es seit 2009 die Initiative „Playing Out“ („Draußen spielen“), die Eltern unterstützt, ihre Straße regelmäßig über kurze Zeiträume von ein paar Stunden für den motorisierten Verkehr sperren zu lassen, damit die Kinder und nicht die Autos das Sagen haben. Es bietet Kindern ein offenes Spielfeld (anders als etwa bei Computerspielen, wo man sich in der Regel durch vorgezeichnete Levels bewegt), wie es Eltern noch ganz selbstverständlich aus ihrer eigenen Kindheit kennen. Sie ermutigt zu spontanem, kreativem und erfinderischem Spielen. Es hilft ihrem Selbstvertrauen, wenn sie sich nicht in der Wohnung aufhalten, sondern in Interaktion mit anderen sicherer werden. Nebenbei bringt es Nachbar\*innen näher zusammen und stärkt den sozialen Zusammenhalt in der ganzen Nachbarschaft. In England wurde das Projekt landesweit mit Begeisterung angenommen und hat auch andere Länder dazu inspiriert. Österreichische Städte sollen sich das Konzept genauer ansehen und von sich aus anbieten. Weitere Infos dazu unter [www.playingout.net](http://www.playingout.net).
- **Klima- und Artenschutz ab Grundschule im Lehrplan**  
Klimaschutz und alles, was damit zusammenhängt, soll bereits in der Volksschule fix im Lehrplan verankert sein. Die Teachers For Future geben auf deren Website [www.teachersforfuture.at/unterricht](http://www.teachersforfuture.at/unterricht) einen Überblick zu guten Unterrichtsmaterialien und Workshops externer Anbieter.
- **Unterrichtsfach „Klimaschutz und Biodiversität“ ab der Unterstufe**  
(neben „Politischer Bildung“, „Ethik“ und „Neue Medien“)
- **Handwerkliche Berufe im Bereich Erneuerbare Energien**  
Es nützt nichts, alles schön durchzuplanen, wenn wir nicht genügend spezialisierte Arbeitskräfte auf diesem Gebiet haben, die das auch bauen und installieren können.
- **Entsprechende Studienzeige an allen Unis und FHs**  
Klimaschutz ist so interdisziplinär und betrifft alle Lebensbereiche, da findet sich an jeder Uni eine passende Studienrichtung.
- **Kostenlose Bildungsveranstaltungen für Journalist\*innen**  
auch zum vernetzen mit Expert\*innen, NGOs und Klimaschutzbewegungen

## 18. Nachhaltige Technologien und Innovationen

Wer ernsthaft in die Zukunft unserer Kinder investieren will, um den Industriestandort zu sichern, muss in neue Technologien investieren und an ihnen forschen. Hier muss Effizienz und Wirksamkeit für Klimaschutz oberste Priorität haben, nicht das Festhalten am aufhübschen überholter Technologien. Die Verbrennungsmotoren-Industrie in Steyr z.B. hat definitiv ein Ablaufdatum. Es wäre fahrlässig, sich darauf nicht vorzubereiten. Vielleicht brauchen wir z.B. nur die Hälfte oder noch weniger an PV-Flächen, wenn wir an leistungsstarken Solarzellen mit hohem Wirkungsgrad mitforschen und vorne dabei sind?

- **Innovationen und Experten ins Land holen**  
Gleichzeitig Abwanderung (Braindrain) von Wissenschaftler\*innen und hochqualifizierten Arbeitskräften vermeiden
- **Investition in vielversprechenden Technologien aber auch Grundlagenforschung**
- **Crowdfundingprojekte**  
zur möglichen Teilhabe jeder\*s Einzelnen
- **Schaffung neuer Arbeitsplätze und zusätzlicher Ausbildungen**  
in den Bereichen Erneuerbarer Energie, Klima- und Biodiversitätsschutz

■ **Interdisziplinäre Studiengänge an der neuen Linzer TU**  
 Z.B. „Nachhaltige Technologien“ anstatt nur „Digitalisierung“

■ **Kooperationsprojekte mit allen Unis/FHs forcieren**  
 Jährliche Studenten-Wettbewerbe ausschreiben für die besten Nachhaltigkeitsprojekte

## 19. Mobilität

108.000 Menschen pendeln laut Statistik Austria zur Arbeit in die öö. Landeshauptstadt. Das bedeutet, dass die Hälfte der in den Arbeitsstätten in Linz erwerbstätigen Personen nicht in der Landeshauptstadt wohnt. Linz ist somit nach Wien das zweitgrößte Einpendlerzentrum Österreichs. Vor allem von den nahegelegenen Gemeinden nördlich der Donau arbeitet ein großer Anteil der aktiv erwerbstätigen Personen in der Landeshauptstadt.

Tatsache ist, die Klimaziele sind nur mit einer Reduktion des Autoverkehrs erreichbar und der große Sektor Verkehr ist am weitesten von den Klimazielen entfernt. Anstatt dass der Verkehr seit den 90er-Jahren weniger geworden wäre, ist er in Österreich um +30 % gestiegen – ein absolutes Negativbeispiel in Europa. Obwohl also derzeit immer mehr statt weniger Treibhausgase produziert werden, gibt es immer noch klimaschädliche Subventionen wie das Dieselprivileg, das den Transit befeuert und die Gesundheit und Lebensqualität vieler Menschen belastet. Die Pendlersubventionen setzen falsche Anreize und müssten konsequent ökologisiert werden. Österreich verbraucht jeden Tag im Schnitt 11,3 Hektar Boden – das liegt nicht nur an einer falschen Raumordnung, sondern auch an umweltschädlichen Subventionen, die zum Beispiel die Zersiedelung (mit all seiner nötigen, ineffizienten Infrastruktur) erhöhen. Und jedes Großstraßenprojekt trägt dazu bei, die Situation noch weiter zu verschlimmern. Autoverkehr ist die ineffizienteste Mobilitätsform, welche auch noch unverhältnismäßig viel Platz verbraucht. Auch E-Autos wiegen ein bis zwei Tonnen und befördern im Durchschnitt nur 1,3 Insassen. Alle Klimastudien sind sich daher einig, dass die Zahl der Autos sinken muss. Dies wäre natürlich gerade nicht das Ende der Mobilität. Es geht um brauchbare Alternativen und entsprechende Anreize.



**platzsparerender Öffentlicher Verkehr**

Die Straßenbahn-Linie 1 in Linz bringt im Frühverkehr bis 8 Uhr

**11.900**  
Fahrgäste ans Ziel.

Fahren diese 11.900 Personen mit dem Auto, dann benötigen sie mit aktuellem Besetzungsgrad **10.300 Pkw.** Auf einer 3-spurigen Straße ergibt das aneinandergereiht eine **15 Kilometer** lange Autokolonne. Zum Parken benötigen diese Pkw eine Fläche von **21 Hektar**, das entspricht der Fläche von 31 Fußballfeldern oder 4-mal dem Urfahrner Marktgelände in Linz.

### Witz und gleichzeitig Realität.

Bild oben: Der Witz (Quelle: Fabian Todorovic)  
 Bild unten: Die Realität. Platzverbrauch am Beispiel Linz  
 (Quelle: OÖ-Verkehrserhebung, Linz Linien GmbH 2017, Statistik Austria 2017, Grafik: VCÖ2018)

Ein Maßnahmenbündel zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs heißt, Autofahren unattraktiver zu machen bei gleichzeitiger Verbesserung der Alternativen. Wer z.B. mit dem Rad unterwegs ist bemerkt sofort, dass in den Städten platzmäßig alles komplett dem Autoverkehr untergeordnet ist. Städte müssen aber prioritär für die Menschen und nicht für die Autos gebaut werden.



## ■ **Streichung weiterer Großstraßenprojekte und Umverteilung des Budgets**

Die Straßendichte in Österreich ist – analog zum Grad der Bodenversiegelung – bereits gewaltig im Ländervergleich. Es ist statistisch erwiesen und auch logisch nachvollziehbar, dass neue Straßen zu noch mehr Verkehr führen, sagt es doch den Menschen: „Du kannst jetzt noch einfacher mit dem Auto wohin fahren!“ Wer Straßen sät, erntet Verkehr. Die Milliardenausgaben dieser rückwärtsgerichteten Projekte hätten einen vielfachen Nutzen in nachhaltigen Mobilitätskonzepten. Die Stadt Linz soll Zuzahlungen und Beihilfen zu Autobahnprojekten, welche auf Linzer Stadtgebiet verlaufen, einstellen und stattdessen die Mittel für eine Verkehrswende zugunsten klima- und umweltfreundlicher Mobilität einsetzen.

## ■ **Ausbau adäquater Öffi-Alternativen in Stadt und Land**

Besonders ländliche Regionen haben starken Nachholbedarf für stärkere Vernetzung, erhöhter Taktung und Komfort. Der Klimarat hat beispielsweise folgende Forderung ausgearbeitet: „Innerhalb von 15 Minuten Gehzeit soll ein Mobilitätsangebot zur Verfügung stehen, 24 Stunden pro Tag und sieben Tage pro Woche.“

## ■ **Schonung der Ausflugsziele**

Auch auf den „letzten Metern“ zu den Ausflugszielen muss es Öffianbindungen geben, damit kein Verkehrschaos entsteht, wie zuletzt beispielsweise bei den Langbathseen. Die Menschen fahren bis zum letzten Parkplatz, manche Erholungsgebiete ersticken förmlich an Autos. Mehr Parkplätze sind jedenfalls nicht die Lösung. Was es braucht sind ein Ende der Parkplätze in unmittelbarer Nähe, Fahrverbote und dafür attraktivere, günstige Öffis im Halbstundentakt.

## ■ **Nachhaltiger Wintertourismus**

Die meisten Emissionen im Skitourismus fallen nicht durch die Liftbetreiber und Schneekanonen an, sondern durch die An- und Abreise der Skitouristen. Öffianreise muss daher attraktiv werden. Zum Beispiel würden Saisonkarten mit Klimaticket Seilbahnen und öffentlichen Verkehr ganz konkret verbinden. Für Skifahrer gibt es z.B. preiswerte Tageskarten, wenn sie mit Öffis anreisen. Von Berlin mit dem Flugzeug zum Skifahren nach Innsbruck? Das soll es nicht geben.

## ■ **Reduktion von Fahrbahnen und Parkplätze**

Stattdessen muss der Fokus auf den Ausbau von Radwegen, Radabstellplätzen sowie stark begrünten Begegnungs- und Fußgängerzonen liegen. Paris macht es vor: Dort werden seit 2003 sukzessive PKW-Abstellplätze reduziert. Für diese Umgestaltung soll bis 2025 die Hälfte der ca. 134.000 Parkplätze an der Oberfläche umgewandelt werden, zugunsten von Grünflächen und bewegungsaktiver Mobilität. Die Bevölkerung entscheidet über die neuen Nutzungen mit, wodurch die Maßnahmen mehrheitlich begrüßt werden.

## ■ **Gratis Öffis österreichweit**

Im ersten Schritt sollte das Klimaticket OÖ inklusive aller Kernzonen EUR 365,- kosten. Oberösterreich ist mit EUR 695,- (inkl. den Kernzonen, Stand Februar 2023) das mit Abstand teuerste Bundesland mit der Folge, dass kaum Pendler\*innen zum Umstieg animiert werden. Mittelfristig sollten alle Öffis österreichweit kostenlos sein. Dem gewinnorientierten Gedanken kann man die in jeglicher Hinsicht vielfach höheren Kosten des Individualverkehrs entgegenhalten: Bau und Instandhaltung der Infrastruktur, Umweltschäden, Platz- und Bodenverbrauch, Gesundheit. Zusätzlich schafft laut Studien des WIFOs ein Öffiausbau um 60 % mehr Arbeitsplätze, als wenn dieselbe Summe in den Bau von Autobahnen investiert wird.

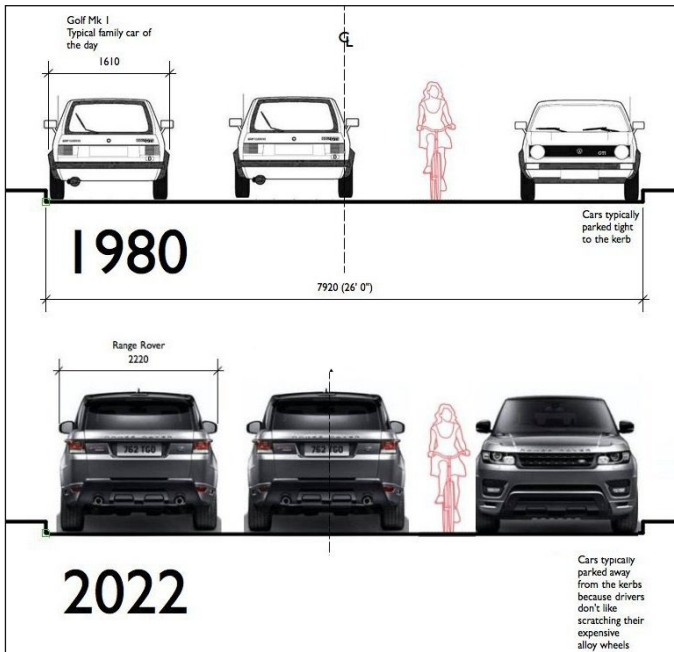
Dass die Forderung nach kostenlosen Öffis keine Utopie ist, zeigen bereits zahlreiche Beispiele in Europa: Bereits seit September 2022 fahren die Mallorquiner\*innen gratis mit den Zügen auf der Insel und den Stadt-U-Bahnen in Palma – ähnliche Regelungen gelten auch anderswo in Spanien. In Luxemburg ist der Nahverkehr bereits seit 2020 gratis, auch in weiten Teilen Estlands oder auf Malta gibt es entsprechende Regelungen. In Deutschland gibt und gab es unabhängig vom 49-Euro-Ticket bereits Einzelbestrebungen in Augsburg oder Monheim an Rhein, mit Gratis-ÖPNV den Verkehr zu entlasten und die Luftqualität zu verbessern. Zuletzt hat Neuss (Nordrhein-Westfalen) mit dem Jahreswechsel 22/23 eine gratis Straßenbahnlinie eingeführt.

## ■ **P&R-Anlagen**

außerhalb der Ballungszonen mit hoher Öffitaktung in die Zentren

## ■ **Citymaut**

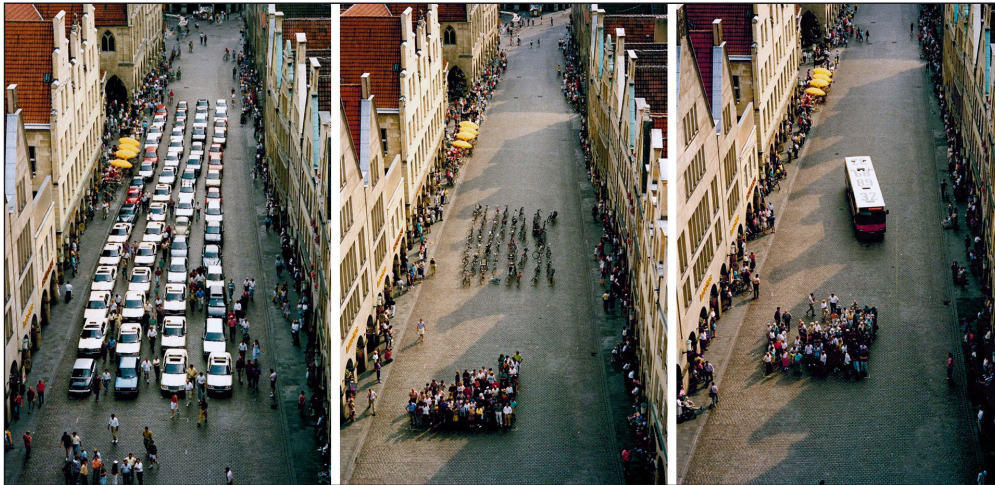
Obwohl wir Ressourcen reduzieren sollten, werden motorisierte Fahrzeuge immer größer und leistungsstärker – das sieht man paradoxerweise auch bei den E-Autos. Das Angebot treibt die Nachfrage offenbar vor sich her. Dadurch steigt stetig der Platzverbrauch für den Autoverkehr. Für einen Lenkungseffekt braucht es für die stau- und schadstoffgeplagte Landeshauptstadt eine Citymaut. Autos zahlen dann größen-, leistungs-, und schadstoffabhängig. Zusätzlich gibt es Fahrverbote für besonders schlechte Schadstoffklassen, wie es z.B. München seit 2012 mit der Umweltzone umsetzt und stetig erweitert.



## 2 Beispiele zum unfairen Platzverbrauch:

Bild links: Steigender Platzverbrauch durch immer größer werdende Autos in beengten Verhältnissen: Der Anteil an SUV-Neuwagen liegt aktuell bereits bei 43% - das entspricht einer Verfünfachung seit 2005. Man gewöhnt sich daran, sollte es aber nicht.

Bild unten: Fahrrad, Bus oder eigenes Auto? Dieses 1991 in Münster arrangierte Bild macht anschaulich, wieviel Platz 72 Menschen in verschiedenen Verkehrsmitteln benötigen. Die Autos sind mittlerweile freilich noch größer geworden. (Quelle: [www.stadtwerke-muenster.de](http://www.stadtwerke-muenster.de))



### ■ Begegnungs- und Fußgängerzonen

zeitlich begrenzt oder dauerhaft auf Kosten bestehender Fahrbahnen

### ■ Ladeinfrastruktur

flächendeckend ausbauen

### ■ Car-Sharing-Systeme und Fahrgemeinschaften

sollen massiv ausgebaut werden und so einfach gestaltet sein wie der E-Scooter-Verleih. Diese Plattformen sollen (z.B. in Unternehmen) beworben und finanzielle Anreize zur Nutzung gesetzt werden.

Das Linzer Mobility-Start-up Carpoyee ([carpoyee.com](http://carpoyee.com)) z.B. ist eine intelligente Mitfahr-App mit dem Ziel, dass sich Mitarbeiter eines Unternehmens, eines Businessparks oder von Universitäten vernetzen und Fahrgemeinschaften gründen können.

### ■ Mobilitätskarte und Mobilitäts-App

Zusammenführung aller nachhaltigen Mobilitätskonzepte zu einer Karte. Das beinhaltet u.a. das Klimaticket, Car Sharing, Leihräder, Vergünstigung bei Privatbahnen, Taxifahrten und Mietwägen. Die Mobilitätskarte bietet auch im Ausland Vorteile und ist natürlich abschreibbar. Die dazugehörige Mobilitäts-App bietet neben Buchungs- und Bezahlmöglichkeit auch ein Punktesammelsystem, wo es Aktionen und zusätzliche Vorteile gibt. Ski- und Ausflugsdestinationen bis hin zu Tagesskikarten sind kostengünstig und attraktiv eingebunden.

### ■ Radfahrer und Fußgänger priorisieren

Längere Grünphasen und intelligente Ampelschaltungen, mehr Privilegien bei der StVo.

### ■ Ausbau sicheres Radwegenetz

Mehr Platz und „echte“ (statt nur bemalte), sichere Radwege flächendeckend, Sicherheitsmaßnahmen an Kreuzungen mit Radwegen (Bremschwellen, Spiegel etc.). Es wird zwar viel Geld für teure Räder ausgegeben,

diese werden aber oft nur für Freizeitaktivitäten und nicht für den Alltag benutzt. Demgegenüber ist jede zweite Autofahrt kürzer als fünf Kilometer, was nebenbei auch dem Motor schadet. Komfortable Radwege haben also großes Potential zum Umstieg.

#### ■ **Tempolimits heruntersetzen: 30 - 80 - 100**

In Österreich wurden im Jahr 2018 rund 83 Milliarden(!) Personenkilometer mit dem Auto zurückgelegt (Quelle: Umweltbundesamt, VCÖ 2019). Mit herabgesetzten Tempolimits würden wir jährlich viele Hundertmillionen Liter Treibstoff und bis zu 1 Million Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Unverständlich, dass mit Beginn des Ukrainekrieges nicht diese Sofortmaßnahme beschlossen, ja nicht einmal ernsthaft thematisiert wurde. Hier stehen auch die Grünen in der Pflicht, gegen Blockadehaltungen der anderen Parteien und Lobbyisten entschieden aufzutreten und zu informieren. Stattdessen wird z.B. über eine Erhöhung der Penderlpauschale fossile Energie auch noch subventioniert und Autofahren zusätzlich gefördert. Das verunmöglicht eine schnelle, notwendige Mobilitätswende. Das deutsche Umweltbundesamt hat einen treffenden Vergleich gezogen: „Um die gleiche Minderung wie für das Tempolimit zu erreichen, müssten drei Millionen mehr reine Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen mit der durchschnittlichen Fahrleistung unterwegs sein, erläuterte der UBA-Präsident. Wenn deren Kauf vom Umweltbonus gefördert worden wäre, hätte das mehr als 13 Milliarden Euro Kosten beim Staat verursacht.“

(<https://science.orf.at/stories/3217280/>)

Wenn wir über effiziente Mobilität reden, wird auch die Aerodynamik unterschätzt: Der Windwiderstand steigt mit dem Tempo zum Quadrat. Gerade Pick-Ups und SUVs schneiden hier am schlechtesten ab – eine ohnehin irrwitzige Entwicklung, wo doch seit weit über 100 Jahren die Gesetze vom überproportionalen Zusammenhang von Aerodynamik und Energieverbrauch in der Automobilindustrie bekannt sind. Und doch ist der Anteil an SUVs seit 2005 um das Fünffache gestiegen und liegt derzeit bei ca. 43 % bei Neuwagenanschaffungen. (<https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-suv-anteil-an-neuwagen-hat-sich-seit-2005-verfuenffacht>)

Umzusetzen ist deshalb Tempo 30 im Ortsgebiet, Stadtautobahn 60, Landstraßen 80, Autobahnen 100.

#### **Die Argumente liegen auf der Hand:**

- Kostenersparnis Spritverbrauch bis zu minus 25 %
- Kostenersparnis durch weniger Fahrbahnschäden
- Kostenersparnis durch Vermeidung von Strafzahlungen (ab 2027) in Milliardenhöhe, wenn wir die Klimaziele nicht erreichen
- Treibstoffersparnis: bei 83 Milliarden Autokilometern/Jahr in Ö immens
- Gaseinsparung: zur Treibstoffherzeugung in den Raffinerien wird auch viel Erdgas benötigt
- Feinstaubbelastung: deutlich bessere Luftqualität und weniger Atemwegserkrankungen
- Reduktion klimaschädlicher Emissionen um minus 10 % oder 2,4 Millionen Tonnen jährlich
- Weniger und leichtere Unfälle, weniger Verkehrstote
- Weniger Staus und flüssigerer Verkehr wegen geringerem Ziehharmonikaeffekt
- Viel weniger Zeitverlust als gedacht: Die Durchschnittsgeschwindigkeiten sind ohnehin weit weg von den Geschwindigkeiten, die man maximal fahren darf. Dazwischen wird aber gebremst und Gas gegeben, um z.B. Tempo 130 oder mehr kurzfristig zu erreichen. Die Zeitersparnis ist in der Regel weit geringer als gedacht und man kommt um einiges ausgeruhter ans Ziel.
- Weniger Stress
- Weniger Lärm und mehr Lebensqualität für alle

#### **Somit rein aus ökonomischer Sicht gesehen:**

- Minimale Implementierungskosten
- Großer gesamtwirtschaftlicher Nutzen
- Keine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit

Um sich von den Argumenten selber zu überzeugen, ist zu empfehlen, die Temporeduktion jetzt bereits freiwillig umzusetzen und nicht auf etwaige Gesetzgebungen zu warten oder sich von anderen Leuten, die es selber noch nie ausprobiert haben, einreden zu lassen, dass es ohnehin nichts bringe oder dass der Zeitverlust viel zu groß sei. Nahmhafte Verkehrswissenschaftler\*innen fordern auch in einem offenen Brief an Bundesregierung, Nationalrat und Bundesländer die Temporeduktion. Detaillierte Infos dazu, unterlegt mit zahlreichen Studien, gibt es hier:

<https://www.tempolimit-jetzt.at>

Landeshauptleute könnten die Tempolimits über das Immissionsschutzgesetz-Luft auch umgehend selber regeln: Das „IG-L“ ist nämlich Ländersache.

#### ■ **Kurzstreckenflüge streichen, Privatjet-Lizenzen minimieren**

Am Linzer Flughafen müssen alle Kurzverbindungen gestrichen werden und den Privatjet-Boom einbremsen.

#### ■ **Kerosin angemessen hoch besteuern**

Darauf muss auf nationaler und EU-Ebene eingewirkt werden.

## ■ Flüge: Angabe von personenbezogenen Emissionen

Wer mit dem Flugzeug durch die Welt reist, beeinflusst über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß damit auch das Klima. Denn der Flugverkehr sorgt zum einen für direkte CO<sub>2</sub>-Emissionen, zum anderen für Stickoxide und Wasserdampf in hohen Luftschichten. Der Einfluss von Flugreisen auf das Klima liegt aktuellen Studien nach bei knapp 4,9 %. CO<sub>2</sub> hat, wie auch Wasserdampf, einen wärmenden Effekt: Stickoxide bilden die treibhauswirksamen Gase Ozon und Methan, so das Umweltbundesamt. Kennt man den Flugzeugtyp, die Flugstrecke und die Auslastung, kann sehr exakt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Person errechnet werden. Dazu gibt es bereits diverse CO<sub>2</sub>-Rechner online, z.B. hier: <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/co2-rechner-fuer-auto-flugzeug-und-co/>

Auch wenn hier Auto und Flugzeug miteinander verglichen werden, ergeben sich doch zwei grobe Unterschiede:

- Bei einem Flug bleibt in der Rechnung eine Person immer eine Person, beim Auto kann man die Bilanz durch mehrere Personen entsprechend aufbessern.
- Ein Hin- und Rückflug ergibt anders als beim Auto innerhalb kürzester Zeit (zehn)tausende Kilometer Distanz, mit entsprechend hoher CO<sub>2</sub>-Belastung.

Alleine mit einer Langstreckendestination hat man daher oft bereits den (ohnehin zu hohen) durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahresverbrauch von 4,7 Tonnen (Stand 2021) überschritten. Fluglinien sollen daher dazu verpflichtet werden, schon bei der Buchung und auf den Tickets die Emissionen im Vergleich zum globalen Durchschnittskonsumenten anzugeben.

## ■ Synthetische Kraftstoffe – Technologie nur für Nischen

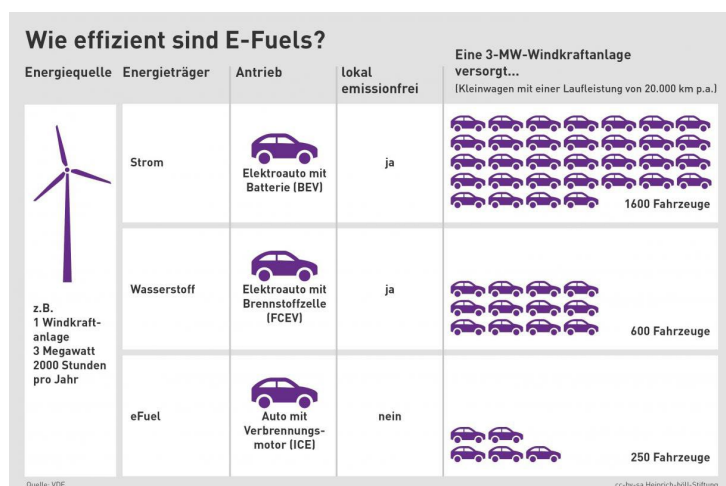
### - Biotreibstoffe aus landwirtschaftlichen Nutzflächen

Getreide und Ölpflanzen für Bioethanol belegen gigantische Flächen, die für Nahrungsmittel und Biodiversität fehlen, allein in Deutschland 1,2 Mio. ha. Die Renaturierung dieser Flächen und ein Auslaufen von Verbrenner-Autos wären weit wirksamer für den Klimaschutz, als an der ineffizienten, gestrigen Motorenteknologie weiter krampfhaft festhalten zu wollen. Es würde deutlich mehr CO<sub>2</sub> gespeichert, als durch Anbau und Verwendung von Biosprit. Weit mehr Potential zur Ethanolherstellung stellt die Gewinnung aus Algen dar, für die keine Anbauflächen an Land notwendig sind. Diese werden angesichts der steigenden Weltbevölkerung knapp. Das macht sie zu einer fruchtbaren, alternativen Energiequelle für die Wissenschaft. Hier gibt es erfolgversprechende Forschungen (<https://noe.orf.at/stories/3192702/>).

### - E-Fuels aus CO<sub>2</sub> und Wasser

Auch wenn LH Stelzer krampfhaft an Verbrennungsmotoren festhalten will (er stellt das Verbrenner-Aus für Neuwagen ab 2035 in Frage) und mit Begriffen wie „Hausverstand“, „Technologieoffenheit“ und „keinen Tunnelblick“ herumwirft: E-Fuels haben bei der Herstellung eine furchtbar schlechte Energiebilanz. Der Wirkungsgrad liegt nur bei etwa 10 - 15 %. Elektroautos können 80 - 90 % der Ausgangsenergie umsetzen. Die Frage stellt sich also, woher der viele nachhaltige Strom für ineffiziente Verbrenner herkommen soll, den wir viel dringender für alles andere benötigen würden? Nebenbei werden bei der Verbrennung ähnlich hohe Luftschadstoffe freigesetzt wie bei konventionellen Kraftstoffen. Das unsachliche Lobbying der Politik, eines ÖAMTC oder auch von Journalisten wie dem Stv. Chefredakteur der OÖN (Dietmar Mascher) kann nur damit erklärt werden, dass die Mineralölindustrie von der Elektrifizierung der Fahrzeuge einen großen Einbruch erleiden würde.

Scientists For Future hat bereits 2021 eine Aussendung mit eindeutigem Ergebnis gemacht: „Ja, synthetische Kraftstoffe sind, sofern die eingesetzte Energie aus erneuerbaren Quellen stammt, eine klimaneutrale Lösung. Sie werden in Zukunft in Nischen ohne elektrische Alternativen (wie Flugverkehr, Schwerlastmaschinen oder chemische Industrie) eine wichtige Rolle spielen. Aufgrund der niedrigen Effizienz, der hohen Kosten, der geringen Verfügbarkeit und der Luftverschmutzung sind synthetische Kraftstoffe leider keine Lösung für Ölheizungen und bestehende PKW-Flotten.“ <https://at.scientists4future.org/wp-content/uploads/sites/21/2021/05/Stellungnahme-synthetische-Kraftstoffe-Layout-1.pdf>



### Autoantriebe im Effizienz-Vergleich

Grafik: <https://de.wikipedia.org/wiki/E-Fuel>

Österreich verbraucht jährlich 10 Mrd. Liter Benzin und Diesel. Wenn man diese als E-Fuel herstellen möchte, braucht man 260 Terrawattstunden Strom. Das entspricht mehr als dem Stromverbrauch Australiens. 90 % von diesem Verbrauch gehen als Verbrennungsverlust verloren. Technologieoffenheit ja, aber wie soll diese Rechnung auch nur ansatzweise aufgehen?

## 20. Begrünungs- und Baum-Offensive

Vor allem in Städten wird der Klimawandel zunehmend zum Problem. Die von Asphalt, Beton, Glasflächen und Autos geprägten Hitzeinseln sorgen für tausende Tote im Jahr. Eine im Wissenschaftsjournal Lancet publizierte Untersuchung (<https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736%2822%2902585-5/fulltext>) berücksichtigte die Daten 93 europäischer Städte, darunter Wien und Graz. Die Forschenden errechneten, dass im ausgewerteten Jahr 2015 zumindest 6700 frühzeitige Todesfälle auf die deutlich höheren Temperaturen in Städten im Vergleich zum Umland zurückzuführen waren. Wären nur 30 % der Stadtfläche durch schattenspendende Bäume vor der Sonneneinstrahlung geschützt gewesen, wäre die Sterblichkeit um ein Drittel geringer ausgefallen. Die Berechnung basiert auf Simulationen, dass die Temperatur durch den höheren Baumbestand in den Städten im Sommer um durchschnittlich 0,4°C gesenkt werden kann, was viel mehr ist, als es scheinen mag. In Österreich leben immerhin 59 % der Bevölkerung in Städten – folgende Maßnahmen sind daher dringend nötig:

### ■ Parkplätze umgestalten mit z.B. Rasengittersteinen

Gegen Versiegelung und für besseren Niederschlagsabfluss

### ■ Fassaden, Dächer, Mauern und Lärmschutzwände begrünen

Zum Beispiel sollte mit den riesigen Betonmauern der Stadtautobahn Linz etwas passieren, anstatt als Hitzeinseln zu fungieren.

### ■ Baumschutzgesetz in OÖ

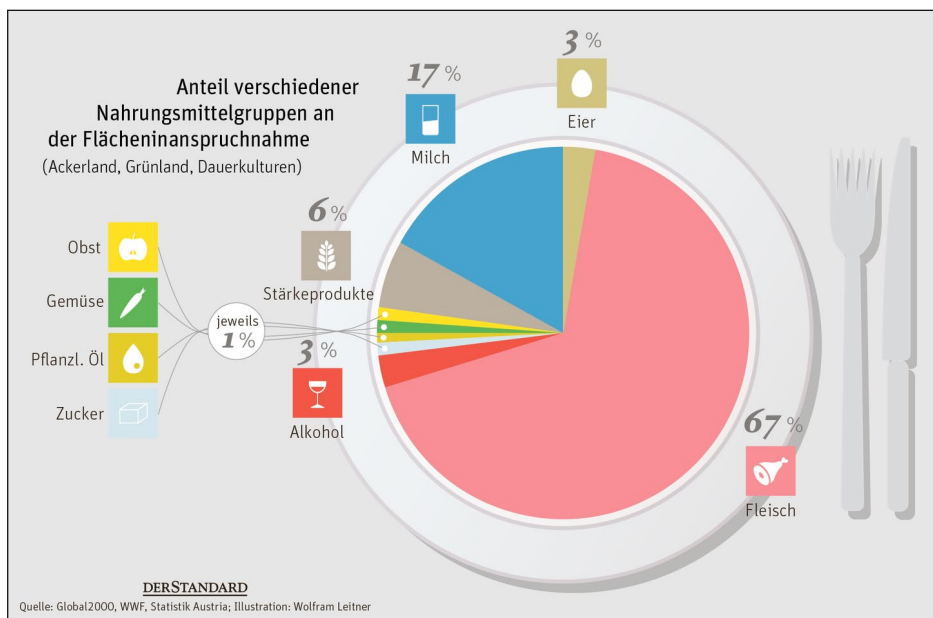
„Der größte Schatz gegen die Klimakrise und damit das beste Mittel für ein gutes Stadtklima und eine gute Lebensqualität sind Bäume. Anstatt sie abzuholzen, müssen wir für mehr Grün in den Städten sorgen“, so LABg. Anne-Sophie Bauer. Ein umfassendes Baumschutzgesetz ist in OÖ längst überfällig.

### ■ Flächendeckende Baumbepflanzungen

Linz muss beginnen, flächendeckend neue Bäume zu pflanzen. In allen Straßen müssen auf Kosten von Parkplätzen klimaresistente Bäume gepflanzt werden. Eine Straße in der Innenstadt da, eine Straße dort, das geht einfach zu langsam. Bis diese Bäume ihren wirklichen Nutzen entfalten, vergehen Jahre bis Jahrzehnte.

## 21. Ernährung

In Österreich wird etwa ein Viertel des ökologischen Fußabdrucks durch die Ernährung verursacht. Eine der größten Quellen der Treibhausgase ist die Tierproduktion. Früher war es normal, nur einmal pro Woche Fleisch auf dem Teller zu haben. Heutzutage muss es bei vielen täglich sein. Über 60 kg Fleisch isst ein\*e durchschnittliche\*r Österreicher\*in im Jahr (Quelle: <https://www.global2000.at/sites/global/files/Fleischatlas-2021.pdf>). Um den Fleischhunger zu stillen, beanspruchen wir über 60 % unserer Äcker – großteils für Futtermittel. Zusätzlich importiert Österreich „virtuelle Anbaufläche“ z.B. gerodeter Amazons-Regenwald für Sojaschrot („regionale“ Lebensmittel sind also nicht automatisch nachhaltiger oder gar „Bio“). Diesen verschwenderischen Umgang mit unseren wertvollen Ressourcen dürfen wir uns nicht mehr länger leisten. Niemand will Fleischkonsum verbieten, aber bereits eine Reduktion von industriell hergestelltem Fleisch hätte eine große Hebelwirkung bzgl. Flächenverbrauch, Schutz von Naturräumen und Treibhausgasen.



Grafik: Anteil verschiedener Nahrungsmittelgruppen am Flächenverbrauch.

Neben den hohen Emissionen und dem immensen Wasserverbrauch ist auch die Flächeninanspruchnahme der Tierindustrie ein großes Problem.


Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000106732238/unser-fleischhunger-verschlingt-ackerflaechen>

## ■ Zurückfahren der industriellen Tierfabriken

Kein Neubau von konventionellen Tierhaltungsbetrieben, Ende der Intensivtierhaltung bis 2035

## ■ Speisekarte

Gasthäuser und öffentliche Kantinen müssen mindestens 50 % vegetarische oder vegane Gerichte anbieten. Öffentliche Einrichtungen sollen bei tierischen Lebensmitteln auf Bio setzen. Zusätzlich gibt es mindestens einen fleischlosen Tag pro Woche. Menüs sollen neben Kalorienangaben auch die ungefähren CO<sub>2</sub>-Emissionen angeben, damit man als Konsument auch dafür eine Entscheidungsgrundlage hat.

<p>"Girardi" Rindsbraten mit Krokette * Roasted Beef with croquettes</p> <p>526 kcal / 2215 kJ 2356g CO<sub>2</sub></p> <p>€ 7,90</p>	<p>Majoranfleisch vom Schwein mit Butter-Hörnchen * Pork stew with noodles</p> <p>605 kcal / 2527 kJ 825g CO<sub>2</sub></p> <p>€ 7,80</p>	<p>Creme Polenta mit geschmortem Ofengemüse * Creamy corn with oven vegetables</p> <p>468 kcal / 1954 kJ 82g CO<sub>2</sub></p> <p> € 7,50</p>
---	--	---

Beispiel aus einer Kantine mit Angabe der CO<sub>2</sub>-Emissionen für jedes Gericht. Abhilfe bei der Berechnung könnte z.B. <https://eaternity.org/score/> schaffen

## ■ Koch-Ausbildung mit mehr Schwerpunkt auf vegetarische und vegane Gerichte

Ein ganz großer und sehr einfacher Schritt, um Emissionen zu sparen, wäre, wenn die Hotelfachschulen Köch\*innen bei der Ausbildung beibringen, wie man gute vegetarische und vegane Gerichte kocht.

## ■ Kochkurse

Kostenlose Fortbildung für Gastronomiebetriebe in der Zubereitung von vegetarischen und veganen Speisen.

## ■ Lebensmittelverschwendung verringern

„Lebensmittelverschwendung ist weltweit für 3,3 Gigatonnen CO<sub>2</sub> Emissionen (pro Jahr) verantwortlich und somit der drittgrößte Klimasünder nach den USA und China. Landwirtschaft ist für fast 70 % der vom Aussterben bedrohten Arten verantwortlich. Ein Drittel der weltweiten Landwirtschaftsfläche nehmen Lebensmittel ein, die es nie in den Magen eines Menschen schaffen. Der Wasserverbrauch dieser Flächen entspricht pro Jahr dreimal dem Volumen des Genfer Sees, häufig in Gegenden die an Wassermangel leiden.“

(Quelle: <https://www.muttererde.at/fakten/>)

In Österreich fallen laut einer Studie des Ökologie-Instituts von 2016 jährlich 760.000 Tonnen Lebensmittelabfälle und -verluste pro Jahr an. Weggeworfene Lebensmittel belasten auch den Verkehr: Diese Lebensmittel werden, bevor sie im Müll enden, erst einmal zum Teil hunderte Kilometer in Lkws transportiert – über 80.000 Tonnen alleine in Oberösterreich. Gut die Hälfte davon gilt als potentiell vermeidbar. In Großküchen und Supermärkten, aber auch in Privathaushalten, wird sehr viel Essbares weggeworfen. Auf der einen Seite muss „Containern“, also das „Fischen“ von weggeworfenen Lebensmitteln legalisiert werden. Auf der anderen Seite muss Containern überflüssig werden, indem die Überschussproduktion schon am Anfang der Lieferkette verhindert wird. Dafür müssen Lebensmittelunternehmen gesetzlich zu einer branchenspezifischen Reduktion verpflichtet werden und darüber transparent berichten. Fehlende Einkaufsplanung oder übertriebene Vorsicht bei Mindesthaltbarkeitsdaten sind ebenfalls ein Problem.

Weiters soll die Möglichkeit zur Vermarktung von „nicht marktfähigem“ (von der Norm abweichendem) Obst und Gemüse geschaffen werden. Gerade in Industrieländern werden viele Lebensmittel weggeworfen oder gar nicht erst geerntet, weil sie in Form und Aussehen nicht der erwarteten Norm entsprechen.

## ■ Strenges Lieferkettengesetz

Wir brauchen einen strengen rechtlichen Rahmen, um den Schutz der Umwelt, Menschen- und Kinderrechte entlang globaler Lieferketten zu verbessern. Das Problem ist Ungleichheit, die nicht an der österreichischen Grenze endet: moderne, öfter auch als neoimperialistisch bezeichnete Aneignung der Weltressourcen durch industrialisierte Länder generiert auch Ungleichheit auf globaler Ebene. Lieferkettengesetze werden auch von Wissenschaftler\*innen häufig vorgeschlagen, um eine Auslagerung von Umwelt- und sozialen Problemen zu vermeiden, und die Rechenschaftspflicht von Lieferkettenunternehmen zu sichern.

## ■ Ampelsystem auf Verpackungen von Lebensmitteln

Genaue Herkunfts-, Produktions- und Inhaltsangaben, Treibhausgasemissionen, Transportwege, sowie zusammenfassend der Gesamt-Energieverbrauch und Gesamt-Ressourcenverbrauch (Wasser, Böden, etc.) sind anzugeben. Mittels zusätzlichem Link / QR-Code kann man auch die grafisch aufbereiteten Details nachlesen, die nicht auf der Verpackung Platz finden.

## ■ Reduktion von Plastikverpackung

in Kooperation mit Großhandel

## ■ Reduktion ausländischer Lebensmittel

insbesondere, wenn diese ohnehin bei uns Saison haben oder unter fragwürdigen Bedingungen hergestellt wurden

## ■ Mehrwertsteuerreform

Höhere Mehrwertsteuer auf Tierprodukte, niedrigere oder gar keine auf pflanzliche Lebensmittel

## ■ Pflanzliche Proteinquellen

Förderung von Betrieben, die sich auf pflanzliche Proteinquellen spezialisieren

## ■ Futtermittel Importstopp

Stopp des Imports von Futtermitteln aus Nicht-EU-Ländern

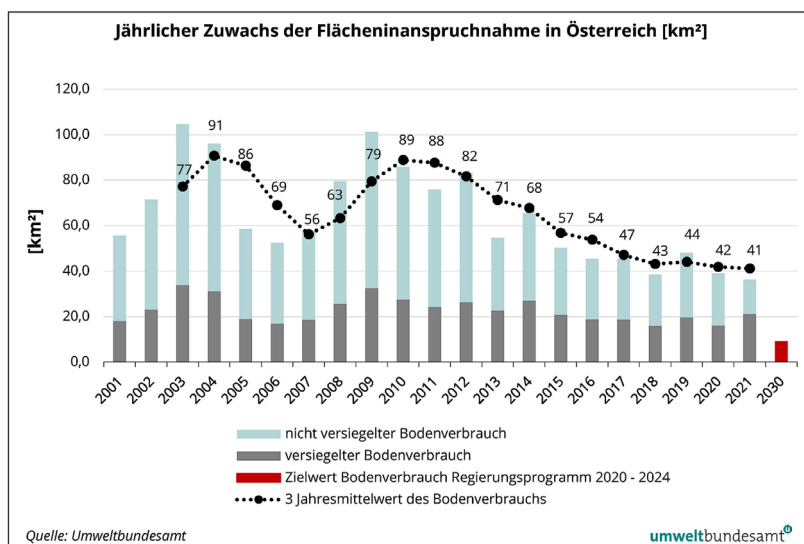
## ■ Spekulationen auf Nahrungsmittelpreise

Gegen Spekulationen auf steigende Preise muss auf EU-Ebene eingewirkt werden. Die Bekämpfung von Hungersnöten muss vor Profitinteressen gehen.

## 22. Landwirtschaft und Böden

### ■ Bodenversiegelung

Intakte Böden gehören zu unseren besten Verbündeten gegen die Klimakrise. Fruchtbare Böden und lebendige, über Jahrhunderte gewachsene Humusschichten kann man aber nicht einfach wiederherstellen (hier reden wir nicht von einfachen Rasenflächen). Durch Beton und Asphalt versiegelte Böden sorgen für zusätzliche Hitzeinseln und Regenwasser geht in Kanälen verloren, anstatt von den Böden aufgenommen zu werden. Das wiederum sorgt für immer stärkere Überschwemmungen und Schäden. Der Grad der Bodenversiegelung muss daher auf sehr niedrigem Wert verpflichtend vorgeschrieben werden. Österreichs produktive Böden verringerten sich im Jahr 2020 um 39km<sup>2</sup>. Der jährliche Verlust schwankte im Zeitraum 2001 bis 2020 zwischen 38 km<sup>2</sup> und 104 km<sup>2</sup>. Bevor überhaupt neue Flächen versiegelt werden, müssen andere ungenutzte Flächen renaturalisiert werden. Stetig zunehmende Bodenversiegelung ist bei endlichen Ressourcen kein Naturgesetz (genauso wie stetiges Wirtschaftswachstum)! Die Entscheidungsgewalt für Umwidmungen und Zerstörung wertvoller, fruchtbarer Böden muss, um Eigeninteressen zu vermeiden, über der Gemeindeebene liegen, auf Grundlage eines nationalen Maßnahmenplans.



Grafik: Stetige Bodenversiegelung, weit weg von den Zielvorgaben (rot), ist kein unantastbares Naturgesetz, besonders nicht auf besonders begrenztem Raum wie in Österreich.

Quelle:

<https://www.umweltbundesamt.at/umwelt-themen/boden/flaecheninanspruchnahme>

### ■ Wassermanagement

Dürre und Hitze häufen sich auch in Österreich, die Grundwasserspiegel befinden sich auf Rekordtief, in den Flusskraftwerken können die Turbinen leerlaufen. Besonders in den trockenen Regionen (z.B. im Burgenland), aber in Zukunft überall, wird die Wassernutzung ein großes ökologisches, wirtschaftliches und soziales Thema für die Grundversorgung. Frankreich erlässt bereits aufgrund historischer Wasserknappheit Sofortmaßnahmen zur eingeschränkten Wassernutzung – darauf sollte Österreich nicht warten, sondern vorausschauend agieren:

- Effizientere und sparsamere Nutzung von Trinkwasser
- Massive Erhöhung der Brauchwassernutzung für Bewässerungen
- Nutzung und Sammeln von Regenwasser in großen Zisternen
- Intelligentes Wassermanagement für die Landwirtschaft (siehe z.B. das Marchfeldkanalsystem, <https://marchfeldkanal.at/>)

- Angabe des Wasserverbrauchs bei Produkten (Lebensmittel, Kleidung, ...) zur Bewusstseinsbildung
- Notfallplan bei akutem Wassermangel

### ■ Umlenkung von Agrarsubventionen

Subventionen für industrielle Tiernutzungsbetriebe müssen reduziert werden. Dagegen braucht es finanzielle Anreize für Verbesserung der Haltungsbedingungen von Tieren und der Reduktion des Tierbestandes. Daher muss Bio-Landwirtschaft gefördert und forciert werden. Erhöhte Selbstversorgung, fruchtbare und gesunde Böden sorgen für erhöhte Biodiversität, besseren Wasserabfluss, kurze Transportwege, gesündere und geschmackvollere Lebensmittel, sowie weniger Umweltzerstörung in der nicht nachhaltigen Massenproduktion im Ausland. Voraussetzung dazu ist, dass die Landwirte auch entsprechend gefördert werden, um davon leben zu können.

### ■ Nutztierhaltung

Verbot von Vollspaltenböden: Wenn schon, dann wollen wir Fleisch von artgerecht gehaltenen, gesunden Tieren. Der VGT deckt immer wieder Fälle von skandalöser Tierhaltung auf, auch auf Höfen mit AMA-Gütesiegel.

### ■ Naturschutzgebiete erweitern

Naturschutzgebiete sollen massiv ausgeweitet und zusätzliche unberührte Urwaldgebiete definiert werden. Die Teilnehmer der COP15 in Montreal haben sich darauf geeinigt, bis 2030 ein Drittel der Fläche des Planeten unter Naturschutz zu stellen. Oberösterreich hat derzeit erst ca. 8 % seiner Landesfläche unter speziellen Schutz gestellt.

### ■ Emissions-Preissystem

Vor allem Methan-Emissionen aus der Viehhaltung müssen bepreist werden. Neuseeland hat dazu bereits Pläne ausgearbeitet – von der Regierung zusammen mit den Bauernvertretern. Dies inkludiert auch ein Anreizsystem und die Einnahmen können wieder zurück zu den Bauern für die Förderung nachhaltiger Bewirtschaftung fließen.

### ■ Schadstoffreduktion

durch Zucht und Haltung von schadstoffärmeren Nutztieren (ja, das gibt es), Verwendung alternativer Futtermittel und konsequente Weiterverwendung von vergärten tierischen Exkrementen in Biogasanlagen.

### ■ Nachhaltiger Dünger

Die Grundchemikalie für Dünger ist Ammoniak. Der für den chemischen Prozess benötigte Wasserstoff wird derzeit in der Regel aber klimaschädlich aus Erdgas gewonnen. Der Einsatz von Stickstoffdünger sorgt jährlich für Emissionen in der Größenordnung von 2,6 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>, also mehr als Flugverkehr und Schifffahrt zusammen. (<https://www.nature.com/articles/s43016-023-00698-w>)

Hier steckt riesiges Potential, wenn man den chemischen Prozess mit grünem Wasserstoff umsetzt bzw. die Effizienz des gesamten Lebenszyklus optimiert (Produktion bis Ausbringung).

## 23. Kreislaufwirtschaft vs. Geplante Obsoleszenz

Das gezielte Veralten von Produkten in der Industrie (Geplante Obsoleszenz) ist ein Übel unserer Zeit. Wir werden dazu erzogen, Dinge früher billigst nachkaufen zu müssen und vor allem Dinge nicht mehr reparieren zu können. Dazu kommt noch die Vernichtung durch Überproduktion: Nach Schätzung von Greenpeace wurden in Österreich im Vorjahr 4,6 Mio. kg ungenutzter Textilien vernichtet, mindestens 1,31 Mio. Retourenpakete mit Kleidung und 120.000 mit Elektroartikeln landeten demnach am Müll. Vor allem im Online-Handel werden durch die Vernichtung der Waren wertvolle Ressourcen vernichtet. Neben der Steigerung der Energie- und Materialeffizienz und Einsatz alternativer, nachhaltiger Rohstoffe muss demgegenüber die Kreislaufwirtschaft („Cradle to Cradle“, C2C) umgesetzt und Überproduktion gestoppt werden. Diese Punkte müssen von der Politik gefördert werden:

- **Langlebigkeit und Reparierbarkeit** als Fokus beim Produktdesign
- **Material** vermehrt aus nachhaltigen Rohstoffen
- **Recycling** von allen verwendeten Materialien, Nebenprodukten, Produktionsabfällen
- **Vernichtungsverbot** für Retouren (Empfehlung des Klimarats und des Klimaministeriums)

[reparaturbonus.at](https://www.reparaturbonus.at) Der Reparaturbonus der Bundesregierung ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, der damit zusätzlich auch noch heimische Betriebe mit Aufträgen unterstützt. Reparatur muss sich auszahlen.

[topprodukte.at](https://www.topprodukte.at) informiert Konsument\*innen und professionelle Beschaffer\*innen über die besten energiesparenden, aktuell in Österreich erhältlichen Geräte und Produkte unter anderem in folgenden Kategorien: Beleuchtung, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspüler, Kühlschränke, Gefriertruhen, Heizungen, Klimageräte, Autos, Fernseher, Bildschirme, Drucker, etc.



## 24. Modeindustrie und Fast Fashion

Seit 2000 dominiert die „Fast-Fashion“ die Modebranche. Kleidung wird günstig produziert und landet nach kurzer Lebensdauer im Müll anstatt durch Wiederverwendung im Kreislauf zu bleiben. Weniger als 1 % wird recycelt. Die Modeindustrie ist der zweitgrößte Umweltverschmutzer nach der Ölindustrie. Die Textilindustrie verursacht jährlich 1,2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>, mehr als internationale Flüge und Kreuzfahrten zusammen (<https://www.naturejoy.eu/blog/nachhaltige-mode-warum-sie-so-wichtig-und-richtig-ist>). Der extrem geringe Preis für Kleidung steht in keinem Verhältnis zum Preis für Umwelt und Menschen. Viele Mode-Unternehmen produzieren und vermarkten jährlich bis zu 24 Kollektionen, also eine alle zwei bis drei Wochen ([https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2019-04/s01951\\_greenpeace\\_report\\_konsumkollaps\\_fast\\_fashion.pdf](https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2019-04/s01951_greenpeace_report_konsumkollaps_fast_fashion.pdf)). In Deutschland kauft jede Person durchschnittlich 40-70 Kleidungsstücke jährlich. 40 % werden selten oder gar nie getragen. Laut Global 2000 landen in Österreich 75.000 Tonnen Textilien pro Jahr im Restmüll, 26.000 werden getrennt gesammelt – 11,2 kg bzw. 35 Kleidungsstücke werden von jedem und jeder Einzelnen im Durchschnitt also jährlich wieder entsorgt. Ein Bruchteil davon wird wiederverwendet, der Großteil verbrannt. Schuld daran ist die zunehmend schlechtere Qualität der Kleidung: Die Fasern halten nicht lange. Neben der Ausbeutung der Arbeiter\*innen ist die hohe Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch das Problem. Für z.B. 1 kg Baumwolle werden in Indien 22.500 l Wasser benötigt – in ohnehin sehr trockenen Regionen fatal. Gleichzeitig verschmutzen die verwendeten Pestizide das Grundwasser und schädigen den Boden. Baumwolle ist ein nachwachsender Rohstoff, doch gleichzeitig die pestizidintensivste Pflanze der Welt. Kunstfasern wie Polyester andererseits, die aus Erdöl hergestellt werden, geben pro Waschgang hunderttausende Kunststoffpartikel ab. In Österreich gelangen so pro Jahr rund 21 Tonnen Mikroplastik ins Abwasser. Die langen Transportwege der Rohstoffe und fertigen Produkte verursachen einen enormen CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

### ■ **Strenge Kontrolle gefährlicher Inhaltsstoffe – Negativbeispiel „SHEIN“**

Ende 2022: Greenpeace hat Produkte des Ultra-Fast-Fashion-Konzerns SHEIN im Labor untersuchen lassen: „96 Prozent der Produkte, darunter Schuhe und Kleidung für Erwachsene sowie Kinder, wiesen Spuren von gefährlichen Chemikalien auf. In sieben der 47 getesteten Produkte wurden die in der EU geltenden Grenzwerte für gefährliche Chemikalien sogar überschritten. Die gefundenen Schwermetalle, Beschichtungen sowie Weichmacher können bei Konsument\*innen Hautirritationen, allergische Reaktionen und in hoher Konzentration sogar Leberkrankheiten oder Hormonstörungen auslösen - zudem sind sie eine große Gefahr für die Arbeiter\*innen und die Umwelt in den Produktionsländern.“

(Quelle: „Mehr SHEIN als Sein“: <https://act.gp/3XmBbA9>)

Österreich (und die EU) muss die Chemikalienverordnung strenger kontrollieren und bei Nichteinhaltung solche Unternehmen sanktionieren oder sperren.

### ■ **Kreislaufwirtschaft fördern**

Sie soll die Umweltbelastung minimieren, Rohstoffe schonen und auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

- Hochqualitative Ursprungsmaterialien
- Dauerhaftere Stile, robusteres Design: Die Art, wie Kleidung entworfen und verwendet wird, muss so verändert werden, dass sie nicht ganz so schnell auf dem Müll landet.
- Recycling muss von Anfang an mitgedacht werden. Recyclingtechnologien müssen verbessert werden.
- Rohstoffreduktion: Falls neue Rohstoffe verwendet werden, sollten sie erneuerbar sein

### ■ **Förderung Nachhaltiger Mode aus Österreich und Europa**

„Made in Austria“ und „Made in Europe“ sollen neben strengen Ökolabels (z.B. GOTS, Oeko Tex – Made in Green) als nachhaltige Marke etabliert und beworben werden. Um förderungswürdig zu sein, muss eine Modemarke einen ganzheitlichen Ansatz vorweisen und den kompletten Lebenszyklus von Textilien betrachten. Heimische Textilunternehmen und Zulieferer helfen dem Staat, Treibhausgase einzusparen und die Umweltzerstörung zu reduzieren. Deshalb sollen sie durch Steuererleichterungen und Fördertöpfe unterstützt werden.

### ■ **Besteuerung umweltschädlicher Fast Fashion**

Die Wegwerfindustrie soll entsprechend besteuert werden. Gerade auch in der Modebranche braucht es Kostenwahrheit und Mechanismen, die große Modelabels von dieser pervertierten Ausbeutung von Mensch und Natur nicht mehr profitieren lassen.

### ■ **Konsumbewusstsein stärken**

Ähnlich wie beim Fleischkonsum macht es Sinn, wenige, dafür hochwertige Kleidungsstücke zu besitzen und nicht jedem Modetrend hinterherzulaufen (Slow-Fashion statt Fast-Fashion). Der hohe Rohstoffverbrauch soll für den Konsumenten verpflichtend sichtbar gemacht werden, denn wem ist wirklich bewusst, dass ein einziges T-Shirt in der Produktion 2.500 - 15.000 l Wasser verbraucht und dabei Unmengen an Chemikalien Mensch und Natur belasten?

### ■ **Secondhand ausbauen, bewerben und fördern**

## 25. Müll

- **Keine Müllexporte mehr ins Ausland**  
Nachhaltigkeit heißt, mit seinem eigenen Müll zurechtzukommen.
- **Reduktion von Kunststoff-Verpackungen**  
Vorschriften: Gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen  
Individuelles Handeln: Jede\*r Konsument\*in soll unnötige Plastikverpackungen gleich im Supermarkt auspacken.
- **Illegale Müllentsorgung**  
Strenge Strafen einführen
- **Pfandsystem mit Glas**  
Gleichzeitig Reduktion von Plastikflaschen auf Minimum
- **Verbot von Mikrogranulat und Kunststoff-Glitter in Produkten**
- **Forschungsinvestitionen**  
in kunststoffverarbeitende Enzyme zum Müllabbau und abbaubaren Kunststoffersatzmaterialien zur Müllvermeidung. Erfolgversprechende Forschung gibt es bereits: <https://www.swr.de/wissen/enzym-zersetzt-pet-kunststoff-in-rekordzeit-102.html>

## 26. Bauen, Wohnen

- **Leistbares Wohnen und Leerstandsabgabe**  
Wohnraum ist zum Wohnen da, gehört zur Grundversorgung und muss deshalb leistbar sein. Reine Spekulationsobjekte müssen eine hohe Leerstandsabgabe zahlen, um den gesellschaftlichen Schaden zu korrigieren.
- **Bürogebäude**  
Bestehende Gebäude müssen genutzt werden, bevor neue Flächen bebaut und versiegelt werden.
- **Bauen mit Alternativen zu Beton und Ziegel**  
Holz und andere „Nawaros“ (Nachwachsende Rohstoffe) werden mit steigendem Energieverbrauch bei Zement- und Stahlproduktion immer konkurrenzfähiger. Häuser z.B. in Holzbauweise statt Beton sparen außerdem enorm CO2: Um den Anreiz zu beschleunigen sollen daher zusätzlich Fördertöpfe ausgerollt werden und die Möglichkeit geschaffen werden, CO2-Zertifikate an Betonbauer verkaufen zu können.
- **Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen**  
Umgehendes Verbot von Installationen neuer Öl- und Gasheizungen.
- **Zersiedelungsstopp**  
Zersiedelung mit immenser, ineffizienter Infrastruktur hat einen riesigen ökologischen Fußabdruck
- **Ortskern-Revitalisierung**  
Statt Einkaufszentren in der Peripherie, wo alle mit dem Auto hinfahren müssen und große Ketten kleine Unternehmen verdrängen, müssen die Zentren wieder attraktiviert werden. Die Bevölkerung muss hier mehr Mitspracherechte erhalten und Entscheidungsträger\*innen sich verantworten.
- **Umwidmungen und Korruption**  
Der österreichische Föderalismus ist als Einfallstor für strukturelle Korruption auf Gemeindeebene ausgeartet. Bodenverbrauch muss stark begrenzt werden und Entscheidungsträger dürfen nicht selber (oder ihr Umfeld) als Nutznießer von Umwidmungen profitieren. Volle Transparenz würde hier bereits eine Hürde gegenüber der eigenen Bevölkerung schaffen.

## 27. Stadtplanung Linz

Linz unter SPÖ-Führung ist ein Ankündigungskaiser: „Klimahauptstadt 2025“ ist nichts mehr als eine leere Worthülse. Die Wasserbucht an der Donau als Naherholungsraum wird nicht umgesetzt, weil angeblich zu teuer, beim Autobahn-Halbinschluss Auhof-Dornach oder dem Westring spielt ein Vielfaches dieser Kosten keine Rolle (Der in Bau befindliche Westring kostet (mit Stand Juni 2022) 743 Millionen Euro: Die Stadt Linz übernimmt 5%, also über 37 Millionen Euro. Gegenüber den „zu teuren“ 5 Millionen Euro für die Badebucht ist das ungefähr ein Faktor 7,5). Wie man

gleichzeitig den Autoverkehr reduzieren möchte, wenn man das Straßennetz auch noch ausbaut, wird erst gar nicht hinterfragt. Das Umweltbundesamt bescheinigt sogar negative Effekte bzgl. dem städtischen Verkehrsaufkommen und der Luftgüte (<https://www.linzwiki.at/wiki/Westring/>). Millionengräber, wo man jetzt schon weiß, dass sie gar nicht mehr realisierungswürdig sind, während naturbezogene Projekte unterbunden werden.

Man gönnt sich auch den unverschämten Luxus, direkt am Donauufer ein großes Möbellager inkl. darüberliegendem Fußballstadion zu bauen. Hochhäuser schießen aus dem Boden, wo gleichzeitig viele Leerstände in zentraler Lage ungenutzt bleiben. Die Chance, diese Bauprojekte in Punkto nachhaltiger Baumaterialien, Selbstversorgung und intensiven Begrünungsmaßnahmen als Vorzeigeprojekte zu gestalten, wird ebenso vertan. Linz fokussiert außerdem gerne seine Projekte rein auf die Innenstadt, vernachlässigt dabei die angrenzenden Stadtteile. Die Folge: Durch rückständige Verkehrskonzepte, überbordende Versiegelung, fehlende Begrünung und Hitzeinseln entstehen sozial und wirtschaftlich unattraktive Gebiete. Als Beispiel mit Lösungsmöglichkeiten sei hier die Wienerstraße angeführt:

#### ■ **Attraktivierung Wienerstraße und „Bulgaripark“ (Musiktheater bis Bulgariplatz)**

Hier geht es um die Begrünung und Verkehrsberuhigung des Abschnitts Musiktheater bis Bulgariplatz. Der Bulgariplatz wird komplett neugestaltet mit Kreisverkehr und einem großen kulturell und frei nutzbaren Park in der Mitte, inklusive großem Baumbestand. Über die gesamte Strecke gibt es einen durchgehenden eigenen, breiten Radweg als Bindeglied der Innenstadt mit den südlichen Stadtteilen. Die Ansiedelung vielfältiger Geschäfte (abseits von Kebabbuden, Wettcafés und Barbershops) wird forciert. Die Straßenbahn wird unterirdisch weitergeführt, stadtauswärts zumindest bis kurz nach dem Bulgariplatz. Die Umwandlung des Bulgariplatzes von einer „Verkehrshölle“ in einen beliebten Treffpunkt in der Natur, wäre ein Besuchermagnet, eine Vitalisierung und Aufwertung des gesamten Stadtteils, ein Zusammenwachsen mit der Innenstadt und nicht zuletzt ein Vorzeigeprojekt für ein ernstgemeintes Vorhaben einer zukünftigen „Klimahauptstadt Europas“.

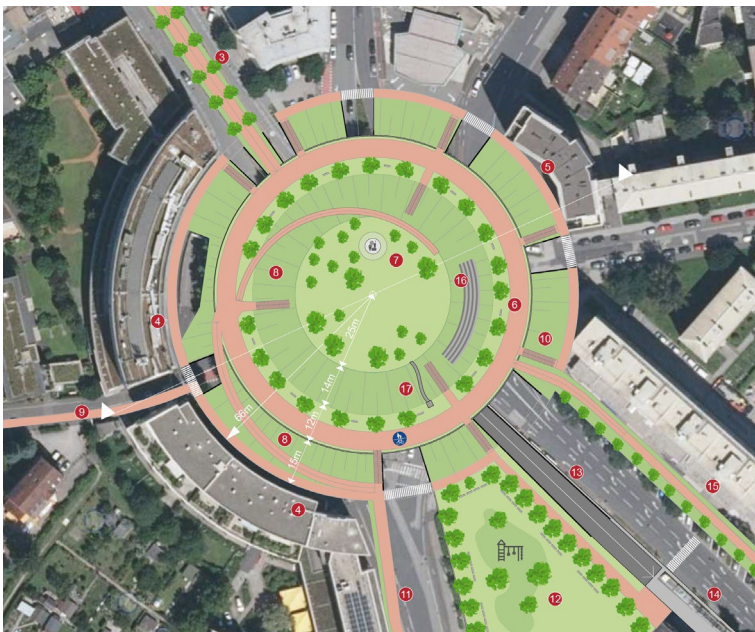


Bild:  
**Visualisierung „Bulgaripark“ statt  
„Verkehrshölle“ Bulgariplatz:**

Dazu gibt es bereits detaillierte Konzeptideen, z.B. diese Einreichung zum Linzer Innovationswettbewerb für Stadtentwicklung 2021.

Autoren:  
Manuel Basziszta und Stefan Zauner

Zur Arbeit:  
[https://www.stefanzauner.com/klima/Bulgaripark\\_u\\_Stadteilanbindung\\_Zauner\\_Basziszta.pdf](https://www.stefanzauner.com/klima/Bulgaripark_u_Stadteilanbindung_Zauner_Basziszta.pdf)

QR-Code zum pdf:



## 28. Grüne vs. Schmutzige Veranlagungen

„Bei Klimaschutz denkt man vielleicht nicht gleich ans Geld-Investieren, aber gerade als Geldanleger\*in kann man sehr viel bewirken. Man sollte sich die Frage stellen: arbeitet mein Geld für Klimaschutz und eine bessere Zukunft, oder hilft es womöglich Atom- und Ölkonzernen oder unterstützt die globalisierte Agrarlobby und die Regenwaldzerstörung? Jeder Euro zählt, für Nachhaltigkeit und eine enkeltaugliche Welt.“

Mag. Norbert Rainer, Geschäftsführer Klimabündnis Oberösterreich (Quelle: <https://www.gutesgeld.at>)

Jede\*r Einzelne kann sich fragen, wie er vernünftig Geld anlegen kann, aber vor allem Staat, Länder, Gemeinden, Pensionsversicherungen, Banken sollen verstärkt in erneuerbare Energie, nachhaltige Wirtschaft und Naturerhaltung investieren, denn langfristig ist das Potential vorgezeichnet. Zusätzlich gibt es auch z.B. Initiativen wie Africa Green-Tec, die sich erfolgreich für eine dezentrale Elektrifizierung afrikanischer Dörfer mittels Sonnenenergie einsetzt – zur Erhöhung der dortigen Lebensqualität und Stärkung der lokalen Infrastruktur und Wirtschaft. Gerade jene Länder (meist des globalen Südens), die am wenigsten zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß beitragen, leiden auch oft am meisten unter den Auswirkungen. Demgegenüber sollten z.B. jegliche Investitionen in extrem klimaschädliches Bitcoin-Mining gestoppt werden: die globalen Bitcoin-Klimaschäden von 2016 bis 2021 werden nach einer Studie auf insgesamt zwölf Milliarden US-Dollar geschätzt. Neben einer konsequenten Reduktion von Investment in „schmutzige“ Energie sowie in abgasintensive Branchen/Unternehmen mit hohem Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung sollte auch eine

CO<sub>2</sub>-Besteuerung z.B. für die Bankenbranche eingeführt werden. Bankeninvestitionen in extrem schmutzigen Bereichen müssen aufhören: Die Motivation der Industrie ist Profit und Gier, mit dem Klimaschutz ist es ihnen nicht ernst. Seit dem Pariser Klimaabkommen hat z.B. die Raiffeisen Bank International drei der schädlichsten europäischen Kohleunternehmen mit 900 Millionen Euro finanziert und am Energiesektor vor allem fossile Energieunternehmen unterstützt. Und unter den Top 100 der umweltschädlichsten Unternehmen befindet sich laut der „GOGEL“-Datenbank auch die bei Anlegern sehr beliebte OMV. Der österreichische Öl-, Gas- und Chemiekonzern belegt im Ranking Platz 67 von 901. Die OMV gebe im jährlichen Schnitt rund 241 Millionen US-Dollar für die Suche nach neuem Öl und Gas aus, so GOGEL (Datenbank „Global Oil & Gas Exit List“, <https://gogel.org/>).

Auch wenn grüne Veranlagungen ebenfalls im selben zerstörerischen System der Gewinnmaximierung und steigendem Ressourcenverbrauch basieren, müssen Investitionen in diese Richtung vorangetrieben werden, um fossile Projekte zurückzudrängen. Wird hier nicht gehandelt, lassen wir gegen unser Investment zum Klimaschutz veranlagen und fördern – ausschließlich zum Nutzen einiger weniger Finanzinvestoren. Der Aufwand zum Gegensteuern vervielfacht sich – auf Kosten der Steuerzahler und oft irreparabel auf Kosten der Natur.

## 29. Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung bewirkt, dass Unternehmen, die Kraftstoffe nach Österreich importieren oder diese im Inland herstellen, nicht mehr nur die Mineralölsteuer zu entrichten haben. Sie müssen nun zusätzlich pro Tonne CO<sub>2</sub>, das durch das Verbrennen ihrer Kraftstoffe entsteht, 32,50 Euro (Stand 2023) bezahlen. Natürlich reicht es nicht aus, umweltschädliche Produkte einfach nur teurer zu machen. Stattdessen müssen klimafreundliche Alternativen zugleich attraktiver gemacht werden.

Unabhängig davon gibt es bei der bereits eingeführten CO<sub>2</sub>-Steuer aber drei Probleme:

Der viel zu niedrige Preis, zu wenige Bereiche, wo er angewendet wird und die fehlende ökosoziale Komponente. Der Klimarat empfiehlt für einen wirksamen Effekt den Preis bis 2025 auf 120 Euro und bis 2030 auf 240 Euro je Tonne zu erhöhen. Eine „Steuer“ für uns Bürger\*innen ist es übrigens nicht, denn die damit erhobenen Gelder fließen wieder zu uns zurück. Abgefedert werden sollen die Kosten, die durch die CO<sub>2</sub>-Steuern entstehen, mit einem regionalen Klimabonus von bis zu 200 Euro pro Jahr und Person (für 2022 einmalig 500 Euro). Es geht also um einen Lenkungseffekt, der aber derzeit leider nicht unterscheidet, ob jemand einen Privatjet nutzt oder seine Wohnung heizen muss.

## 30. Steuerliche Abschreibung

Nachweislich klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen mit ausgewählten Umweltzertifikaten sollen von der Steuer abgeschrieben werden können. Das beinhaltet z.B. auch die Mobilitätskarte, das Klimaticket oder PV-Anlagen. Die Kontrollbehörde, die auch Greenwashing kontrolliert, gibt die Zertifikate frei.

## 31. Energiewende statt Erdgas-Fracking

Fossiles Gas ist allein in Österreich für 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Aktuelle lobbygetriebene Forderungen nach Erdgasförderungen im Weinviertel, in der Nationalpark-Gemeinde Molln oder z.B. beim Irrsee sind abzulehnen. Hier wollen ausländische Energieunternehmen wie die australische ADX Energy ausschließlich gewinnmaximierende Geschäfte tätigen. Wahrscheinlich wird auch wieder das Arbeitsplatzargument wie das Amen im Gebet fallen.

Die Erschließung neuer Erdgas-Quellen würde eine echte Energiewende zusätzlich verzögern und widerspricht der geplanten Klimaneutralität 2040. „Besonders problematisch ist das bei der Gewinnung freigesetzte Methan, ein noch viel schädlicheres Treibhausgas als CO<sub>2</sub>. (...) Neue Erdgas-Bohrungen brauchen Jahre, bis sie liefern und sind daher in der aktuellen Energiekrise völlig nutzlos. Wenn sie dann fördern, müssen sie aus Klimaschutzgründen schon wieder eingestellt werden. (...) Das werden verlorene Investitionen und unnötige Belastungen der Bevölkerung und es zerstört alle Klimaschutz-Bemühungen. Daher ist das der völlig falsche Weg und muss sofort gestoppt werden.“ sagt WWF-Experte Schellmann.

(Quelle: <https://www.wwf.at/wwf-naturvertraegliche-energiewende-statt-erdgas-fracking/>)

## 32. Photovoltaik

### ■ „Erneuerbare Energiegemeinschaften“: Flächendeckender Ausbau

Einerseits braucht es großdimensionierte, kombinierte Photovoltaik-Speicher-Kraftwerke. Andererseits müssen Erneuerbare Energiegemeinschaften („EEG“) in der Umsetzung unterstützt werden. Diese Gemeinschaften können auch Strom aus anderen Quellen wie z.B. Kleinwasserkraftwerken einspeisen, Hauptfaktor wird aber Photovoltaik bleiben. Derzeit gibt es noch sehr wenige umgesetzte Energiegemeinschaften, weil es noch immer Pionierarbeit mit

wenig Unterstützung darstellt und es bürokratische Hürden zu meistern gibt. Von öffentlicher Hand sollten diese Projekte / Vereinsgründungen kostenfrei in der kompletten Umsetzungsphase unterstützt und begleitet werden, die Bewerbung bei Anrainern oder auch z.B. Bürgermeistern forciert werden. Schließlich stellt es für ganz Österreich einen Mehrwert dar.

### Die Vorteile von Energiegemeinschaften:

#### - Ökologische Vorteile:

Proaktive Unterstützung der Energiewende

Lokale Energieerzeugung und lokaler Verbrauch schont die Strominfrastruktur

Neues Bewusstsein für eigenen Energieverbrauch. Woher kommt mein Strom und wie wird er produziert?

#### - Wirtschaftliche Vorteile:

Entfall des Erneuerbaren-Förderbeitrags, Befreiung von der Elektrizitäts-Abgabe, Reduktion der Netzentgelte

Der vereinbarte Strompreis ist Sache der EEG

Steigerung der lokalen Wertschöpfung – mehr Geld bleibt in der Region

Verringerung des Imports fossiler Energieträger (jährliche Ausgaben von bis zu 10 Mrd. Euro für Österreich)

#### - Sozialgemeinschaftliche Vorteile:

Hoher sozialgemeinschaftlicher Zusammenhalt durch starken Austausch beteiligter Mitglieder (Gemeinden, öffentlichen Einrichtungen, KMUs und Privatpersonen möglich)

Vernetzung schafft auch weitere Möglichkeiten für Sharing-Konzepte (siehe auch Kapitel 8, Sharing Economy)

#### - Sektorenkopplung und Notstromversorgung:

Steigerung des Selbstversorgungsgrads durch Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität innerhalb der EEG möglich. Batteriespeichersysteme können im Falle eines Blackouts z.B. auch Notfall-Strominseln innerhalb von Gemeinden ermöglichen.

(Quelle: <https://energiegemeinschaften.gv.at/vorteile-von-energiegemeinschaften/>)

### ■ PV am Acker (Agri-PV)

Die gleichzeitige Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion (Photosynthese) und PV-Stromproduktion durch PV-Anlagen auf Ackerfeldern wird die Zukunft werden. PV-Paneele werden dabei vertikal oder aufgeständert als Teilüberdachung der Felder in Bahnen montiert. Diese Möglichkeit einer Win-Win-Situation sollte unter den Landwirten mit einer Informationsoffensive stark beworben und die Umsetzung unterstützt werden. Dazu sind besonders die einflussreiche Raiffeisenbank, die Landwirtschaftskammer oder auch der Bauernbund gefordert, die sich bisher nicht gerade als visionäre Vordenker für die Landwirte hervorgetan haben.



#### Eine Chance für die Landwirtschaft:

Bild links: vertikale Bahnen im Solarpark Aasen (Baden-Württemberg), [www.trendreport.de](http://www.trendreport.de)  
Bild rechts: Teilbeschattung mittels PV-Bahnen (Foto Öko-Haus GmbH)

### Die Vorteile von Agri-PV:

- minimaler Platzverbrauch
- ausgewogenere Lichtausbeute durch Einspeisung von Morgen- und Abendsonne statt Mittagsspitzen (bei vertikalen Paneelen)
- mehr Ertrag und Artenvielfalt durch Teilbeschattung und besserer Erhalt von Feuchtigkeit senkt Bewässerungsbedarf
- Hohe Biodiversität in den Grünstreifen unter PV-Bahnen – auch dafür gibt es Fördertöpfe
- Reduktion von Bodenerosionen (Verlust von Humus durch Windverwehungen)
- Besserer Schutz der Ackerkulturen vor Dürreschäden und Witterungseinflüssen wie Hagelschäden oder Starkregen.

### ■ Bestückung von Lärmschutzwänden

### ■ Überdachung großer Parkplätze

Verpflichtend bei allen Einkaufszentren und Märkten. In Frankreich wird diese Vorgabe bereits umgesetzt.

### ■ Selbstversorgung aller Lebensmittelhändler und anderer systemrelevanter Betriebe

mittels PV soll verpflichtend sein. Dazu muss flächendeckend nachgerüstet werden.

## ■ Öffentliche Gebäude und Neubauten

Verpflichtende PV-Anlage und/oder Dachbegrünung auf Dächern

## ■ Große Industriebetriebe

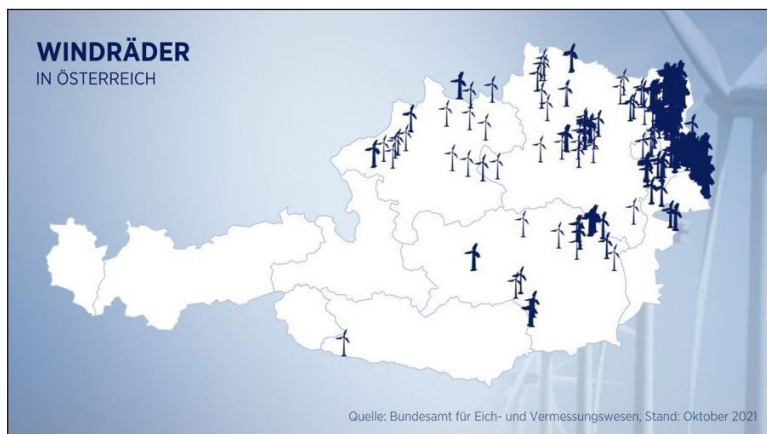
müssen sich verpflichten, sich zu einem gewissen, steigenden Prozentsatz selbst mit nachhaltiger Energie zu versorgen, um u.a. auch grünen Wasserstoff selbst erzeugen zu können. Großzügige Förderungen für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energie im Industriebereich.

## ■ Mehrwertsteuerbefreiung statt komplizierter Förderverfahren

spart viel bürokratische Kosten und würde PV einen massiven Schub geben. Hier ist der Finanzminister gefragt.

## 33. Windkraft

Windenergie erzeugt sehr viel mehr Energie bei gleichem Flächenverbrauch als Solarparks und kann auch in der Nacht produzieren. Auch auf Bergen sind Windenergieanlagen kein Problem (siehe genügend Beispiele in der Schweiz), die Windausbeute ist dort sogar besonders gut. OÖ und der ganze Westen Österreichs haben riesigen Nachholbedarf (siehe Grafik). Oberösterreich hat es unter der aktuellen Schwarz-Blauen Landesregierung offenbar nicht nötig, in Windkraft zu investieren. Zum Vergleich: in Niederösterreich gibt es mit 735 Windkraftanlagen 25 mal so viele (!) wie in Oberösterreich. In 6 Jahren wurde nur 1 neues Windkraftwerk errichtet (Munderfing), was praktisch Stillstand bedeutet. Politiker\*innen, die für uns arbeiten sollten, argumentieren mit dummer Polemik: „Wir wollen ja nicht auf jedem Gipfel ein Windrad“ oder „Windräder sind schiach“. Die IG Windkraft hat errechnet, dass 200 Windräder alle fossilen Heizungen in Oberösterreichs Haushalten ersetzen könnten und fordert den Bau innerhalb der nächsten 10 Jahre.

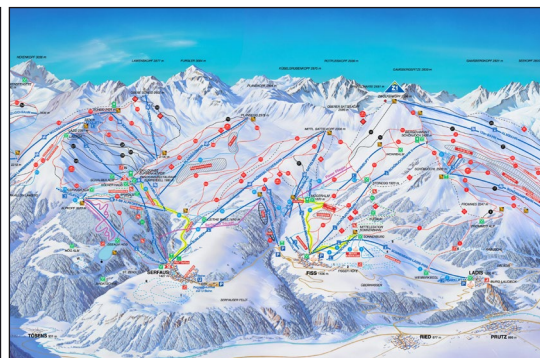


### Sehr starkes Ost-West-Gefälle

Quelle: Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, 10/21

## ■ „Energiewindlandschaften“ positiv bewerten

Windparks verursachen nicht wie ihnen gerne nachgesagt wird, ein Massensterben von Vögeln. Das belegen mittlerweile sogar genauere Untersuchungen. Und Windparks „verschandeln“ nicht die Natur, sie sind vielmehr als stolzes Zeichen von Fortschritt, Naturschutz und regionaler „eigener“ Stromerzeugung zu sehen. Strom, den gerade auch unser Industriestandort dringend benötigen würde. Skilifttrassen und Skipisten mit zugehörigen Speicherseen für die Kunstschneeherzeugung, die unsere Landschaft maßgeblich verändert haben, sind offenbar auch breit akzeptiert, obwohl diese nichts zur Grundversorgung beitragen.



Windräder sollen vom Landschaftsbild her ein Problem darstellen, riesige Skigebiete mit massivem Eingriff in die Natur sind es offenbar nicht.

Bild links: Windpark Gries (Schweiz), [https://de.wikipedia.org/wiki/Windpark\\_Gries](https://de.wikipedia.org/wiki/Windpark_Gries)  
Bild rechts: Skigebiet Serfauss-Fiss-Ladis (Tirol)

## ■ Zonen definieren

Statt Bereiche zu definieren, in denen keine Windräder errichtet werden dürfen, soll die Landesregierung Zonen festlegen, wo Windparks errichtet werden können. Gegenwärtig blockiert diese Vorgehensweise (bewusst oder unbewusst) jegliche Planbarkeit und Umsetzbarkeit für neue Anlagen.

## ■ Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen

Dauer von maximal 1 Jahr. Aufstockung von behördlichem Personal zur schnellen Bearbeitung.

## 34. Geothermie

Eine Potentialanalyse für OÖ (und ganz Ö) für Tiefengeothermie muss erstellt werden, um das Potential zu errechnen und umzusetzen. Erdwärme ist ein konstant vorhandener Energieträger.

## 35. Grüner Wasserstoff

Sauberer Wasserstoff wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Sinnvolle Einsatzbereiche sind zum Beispiel hoch-energetische Prozesse im Industriebereich. Im Individualverkehr wird er wahrscheinlich keine Rolle spielen, denn grünen Strom für Wasserstoffproduktion zu verwenden, anstatt damit direkt Elektromotoren anzutreiben, wäre ziemlich ineffizient und unwirtschaftlich. Wichtig ist also die Fokussierung auf jene Bereiche, die Sinn machen und das auch klar zu kommunizieren.



Grafik: Die unterschiedlichen Einsatzbereiche von sauberem Wasserstoff nach ihrer Wirtschaftlichkeit eingeordnet.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Wasserstoffwirtschaft>

## 36. Stabile Stromnetze

- **Strominfrastruktur auf allen Netzebenen** muss in ausreichendem Maß und zeitgerecht ausgebaut werden.
- **Große Stromspeicher** flächendeckend im ganzen Land bauen
- **Intelligente Stromnetze:** 100-prozentiger Ausbau
- **Cyberattacken:** Absicherung und Vorsorge mit regelmäßigem Probealarm

Der rasch notwendige Bau neuer Leitungen und Umspannwerke wird Milliarden kosten. Profiteur\*innen sind dabei aber nicht nur E-Autofahrer\*innen und Solaranlagenbesitzer\*innen, sondern auch Industriebetriebe von der Voestalpine abwärts, die ihre Produktionen auf Strom umstellen werden. Große Stromspeicher sollen auch durch Recycling von alten E-Autobatterien aufgebaut werden.

## 37. Fahrzeug-Industrie in Steyr

Wie bereits erwähnt, hat die Verbrennungsmotoren-Industrie in Steyr ein absehbares Ablaufdatum. Wir sprechen hier nicht mehr von Jahrzehnten. Die Politik hat die Verantwortung, hier einen großen Masterplan zu erstellen, um den Industriestandort Steyr nachhaltig abzusichern. Der gegenwärtige Versuch der Politik, krampfhaft am Verbrennungsmotor festzuhalten, verzögert nur alle notwendigen Schritte. Hier geht es um viele Arbeitsplätze und den Erhalt einer ganzen Region. Dieser konkrete und verbindliche Plan sollte notfalls mittels Volksbefragung eingefordert werden, damit die Entwicklung nicht verschlafen wird.

## 38. Effiziente Raumklimatisierung

Die Versorgung mit Fernwärme- und Fernkälte muss forciert werden. Die Speisung dieser Anlagen muss bis 2040 zu 100% mit erneuerbarer Energie umgesetzt werden. Fernkälte wird die sonst besonders in Ballungszentren notwendige Anschaffung vieler individueller und ineffizienter Klimaanlage einsparen.

## 39. Kühlung durch hochreflektive ultraweiße Farbe

Es gibt bereits eine Farbe, die 98% des Sonnenlichts reflektiert, fast die gesamte Wärme in den Weltraum abstrahlt und wie eine Klimaanlage kühlt. Dieses „weißeste Weiß“ senkt die Temperatur von Objekten im Vergleich zur Umgebungstemperatur um bis zu 4,5° C ab. Entwickelt hat sie ein Team um Maschinenbau-Professor Xiulin Ruan von der Purdue-Universität (Indiana, USA). (<https://www.derstandard.at/story/2000129754609/weisseste-farbe-der-welt-koennte-viele-klimaanlagen-ersetzen>)

Die Farbe sollte großflächig zur Energieeinsparung und Kühlung eingesetzt werden:

- Gebäudeflächen, wo PV nicht möglich ist oder aus Effizienzgründen keinen Sinn macht
- Betonmauern, die nicht begrünt werden
- Fahrzeug-Lackierung für Autos, Busse, Züge, Flugzeuge

## 40. Öffentliche Trinkwasserbrunnen

Als Beitrag zur Volksgesundheit in vorhersehbar steigenden Hitzetagen, sollten öffentliche Trinkwasserbrunnen ausgebaut werden.

## 41. Lichtverschmutzung

muss reduziert werden. Mit der Einführung der LEDs ist der maßlose Umgang mit Licht nur noch schlimmer geworden. Zum Erhalt funktionierender Kreisläufe bei Pflanzen, Tieren, Menschen ist aber auch Dunkelheit notwendig. Warum das fürs Klima wichtig ist? Weil eine funktionierende Natur unsere Lebensgrundlage ist und es einen nicht unwesentlichen Beitrag für den Schutz der Biodiversität darstellt.

### ■ Gerichtetes Licht

Es muss gesetzlich geregelt werden, dass öffentliche Beleuchtungen nur mehr gerichtetes Licht benutzen dürfen und diese auch sparsamer verwenden werden.

### ■ Earth Hour wöchentlich

statt derzeit jährlich, auch zur Bewusstseinsbildung in Richtung Energiesparen.

## 42. Emissionszertifikate-Handel

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS – European Emission Trading Scheme) ist das primäre Klimaschutzinstrument in der Europäischen Union. Die Europäische Kommission bestimmt eine jährliche Obergrenze für die Treibhausgasemissionen, die von den energieintensiven Industrien der Mitgliedsstaaten ausgestoßen werden dürfen. Diese Obergrenze sinkt von Jahr zu Jahr und soll so dafür sorgen, dass langfristige Klimaschutzziele eingehalten werden. Die EU vergibt jedes Jahr knapp zwei Milliarden Verschmutzungszertifikate an Unternehmen. Der Erlös über Auktionen soll Maßnahmen in Bereichen wie beispielsweise erneuerbare Energien, energetische Gebäudesanierung oder Elektromobilität finanzieren.

**Das Problem:** Jedes Zertifikat berechtigt den\*die Inhaber\*in zur Emission von einer Tonne CO<sub>2</sub>. Die Anzahl dieser Zertifikate ist jedoch viel zu hoch, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erfüllen, und der Preis dafür viel zu niedrig, um die Verwendung von emissionsarmen Technologien und Produktionsweisen zu fördern. Auch sinkt die jährliche Obergrenze für Emissionen viel zu langsam, um ein treibhausgasneutrales Europa in 2050 zu erreichen. Jedes Zertifikat, das frei wird, weil zum Beispiel ein Stromerzeuger auf erneuerbare Energien umstellt, bleibt auf dem Markt. Durch den Kauf von Ökostrom wird nicht die Menge der Zertifikate verringert, sie werden nur anderweitig verwendet.

### ■ Emissionszertifikate verknapfen

Ein Lösungsansatz ist deshalb, Zertifikate zu kaufen und stillzulegen. Über den gemeinnützigen Verein Compensators e.V. können Unternehmen und Privatpersonen seit 2006 dem Europäischen Emissionshandel



überschüssige Verschmutzungszertifikate entziehen: <https://www.compensators.org>

Gemeinsam werden also den europäischen Großverschmutzern CO<sub>2</sub>-Zertifikate weggekauft und dadurch eine Reduktion von Emissionen innerhalb Europas erzwungen. Jedes dieser Zertifikate steht für eine Tonne CO<sub>2</sub> weniger in der Atmosphäre. Die Verknappung von Zertifikaten führt zu Preissteigerungen, was emissionsarme Technologien wettbewerbsfähiger macht. Natürlich wird es die Zeit weisen, inwiefern sich die Politik an ihr System hält. Wenn die Zertifikate knapper und dann auch richtig teuer werden, könnte die EU auf Druck der Länder sagen: Das war zwar eine schöne Idee, aber jetzt schaffen wir es wieder ab. Dann, wenn das System erst richtig greift, darf es aber nicht abgeschafft werden!

#### ■ **Handelsbereiche erweitern**

Für echte Lenkungseffekte, darf sich der Emissionshandel nicht nur auf energie- und emissionsintensive Industrie beschränken. Zusätzlich müssen bisher ausgeschlossene Bereiche wie Autoverkehr, Treibstoffe, Energieverbrauch in Gebäuden, Landwirtschaft, Interkontinentalflüge uvm. im Zertifikatehandel eingeschlossen werden.

### 43. Vermögenssteuern

Vermögen sind in Österreich ungleich stärker konzentriert als Einkommen. Die reichsten Haushalte, die oft über gar kein Arbeitseinkommen verfügen, zahlen wenig Steuern und profitieren in besonderem Ausmaß vom Fehlen einer Vermögenssteuer. In Österreich besitzen die 39.000 Haushalte des reichsten Prozent knapp 40 % des gesamten Vermögens, Tendenz steigend. Die extreme Konzentration der Vermögen widerspricht fundamentalen Gerechtigkeitsprinzipien und verleiht den Begünstigten überproportional hohe Privilegien. Österreich ist im internationalen Vergleich im Schlusslicht. ([https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/steuergerechtigkeit/Fakten\\_und\\_Mythen\\_zur\\_Vermögenssteuer.html](https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/steuergerechtigkeit/Fakten_und_Mythen_zur_Vermögenssteuer.html))

Ist viel zu viel Geld auf immer weniger Menschen konzentriert, fließt es nicht zurück in die Realwirtschaft, sondern landet oft in Steuerparadiesen und auf dem Finanzmarkt. Dort wird vornehmlich gewinnmaximierend und spekulativ angelegt, indem sogar Krisen und Kriege genutzt werden, also vom Leid anderer profitiert. Leerstehende Anlegerwohnungen treiben die Preise am Wohnungsmarkt nach oben, bei Kriegen wird auf den Produktionsanstieg von Rüstung gewettet, Energieknappheit treibt durch Anleger fossile Rohstoffe in perverse Höhen und beschert der Ölindustrie Rekordgewinne. Das ist schädlich für den sozialen Zusammenhalt, reduziert nötige Steuereinnahmen und ist katastrophal fürs Klima. Sozial benachteiligte Schichten müssten auch weniger auf klimaschädliche Billigprodukte zurückgreifen oder hätten besseren Zugang zu Bildung, wäre ihr Anteil am Kuchen größer.

„Nebenbei“ nehmen Reiche überproportional hohen Einfluss auf Politik und Gesetzgebung. So wird Demokratie von Feudalismus zerrissen. Ein zunehmend ungerechtes System wird sich auf Dauer so nicht aufrechterhalten lassen.

#### ■ **Transparenz von Vermögen**

Einführung eines öffentlichen Vermögensregisters, um eine bessere Datengrundlage zu erhalten.

#### ■ **Besteuerung**

Eine Besteuerung von Vermögen ab 1 Million Euro ist aus vielen Gründen sinnvoll, vor allem brauchen wir aber auch Geld zur Finanzierung von großen Klimaschutzmaßnahmen und Krisen wie z.B. Corona, Teuerung oder auch zunehmenden Naturkatastrophen.

### 44. Stärkung der EU

#### ■ **Wirtschaftliche Unabhängigkeit**

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind angehalten, sich von Ländern wie Russland, China und den USA unabhängiger zu machen. Niemand kann sagen, wer der nächste US-Präsident sein wird und wie dieser mit internationalen Vereinbarungen umgeht, oder ob China mit Taiwan den nächsten Krieg vom Zaun bricht und den Rest der Welt wirtschaftlich erpressen könnte. Wichtige Schlüsseltechnologien, aber auch die Textilindustrie, sollten Fertigungsstätten wieder in Europa ausbauen. Das schafft Sicherheit, Unabhängigkeit und Einfluss auf nachhaltige und gerechte Produktionsbedingungen.

#### ■ **EU-Erweiterung**

Die EU sollte mehr denn je als größtes Friedensprojekt gesehen werden. Deshalb ist die EU-Erweiterung voranzutreiben. Nur ein großes gemeinschaftliches Konstrukt kann sich für zukünftige Konflikte und Auseinandersetzungen wappnen – seien es Flüchtlingsströme, Ressourcen oder aggressive Bedrohungen durch Diktaturen.

*„Ändert sich nichts, ändert sich alles“*

Katharina Rogenhofer, österr. Klimaaktivistin, Mitbegründerin Fridays for Future in Österreich und seit März 2019 Sprecherin des Klimavolksbegehren

*„Wir brauchen Frieden, um Nachhaltigkeit zu ermöglichen,  
und Nachhaltigkeit, um Frieden zu ermöglichen.“*

Helga Kromp-Kolb, österr. Meteorologin und Klimaforscherin

*„Wir sind reich genug, uns Klimaschutz zu leisten – und sind zu arm,  
um auf Klimaschutz zu verzichten.“*

Sigmar Gabriel, ehem. deutscher Politiker und heutiger Berater und Publizist

*„Wer nicht an den Klimawandel glaubt, glaubt nicht an Fakten, an die Wissenschaft oder  
an empirische Wahrheiten und sollte deshalb meiner Meinung nach kein öffentliches Amt  
bekleiden dürfen.“*

Leonardo DiCaprio, US-Schauspieler und Produzent

*„Profit schlägt Hirn. - Radikal sind nicht die jungen Klimaschützer.“*

Martin Stricker, Journalist, Salzburger Nachrichten

*„Es ist schwer, ehrenamtlich nach Feierabend die Welt zu retten,  
während sie andere hauptamtlich zerstören.“*

Maret Schatzmann, Klimaaktivistin

*„In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist,  
als der, der ihn gemacht hat.“*

Carl von Ossietzky, deutscher Journalist, Schriftsteller und Pazifist

*„Wenn Wohlstand bedeutet, endlos konsumieren zu können und dabei unsere eigene  
Lebensgrundlage zu zerstören, finde ich das eine tragische Definition.“*

Luisa Neubauer, deutsche Klimaschutzaktivistin, Fridays For Future

*„Echter Klimaschutz erfordert einen ganzheitlichen Zugang:  
Wir müssen deutlich mehr Ressourcen sparen und wertvolle Böden besser schützen.  
Eine intakte Natur ist unser bester Verbündeter gegen die Klimakrise.“*

Thomas Zehetner, WWF-Sprecher

*„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist,  
werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann.“*

Weisheit der Cree

*„Klimapolitik = Friedenspolitik = Zukunftspolitik“*

Parents For Future Oberösterreich

*„Als Präsident und als Vater weigere ich mich, unseren Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der nicht mehr repariert werden kann.“*

Barack Obama, 44. US-Präsident

*„Wenn wir diesen Kurs nicht korrigieren, werden wir uns nicht mehr fragen, wie es der Wirtschaft geht. Da wird es um den Fortbestand unserer Zivilisation gehen, wie wir sie kennen. Klimaschutz ist also längst kein grüner Umweltschutz mehr. Es geht um Zivilschutz, um ‚Zivilisationsschutz‘. Leider haben das viele noch nicht verstanden.“*

Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik an der BOKU Wien

*„Ja, wir könnten jetzt was gegen den Klimawandel tun, aber wenn wir dann in 50 Jahren feststellen würden, dass sich alle Wissenschaftler doch vertan haben und es gar keine Klimaerwärmung gibt, dann hätten wir völlig ohne Grund dafür gesorgt, dass man selbst in den Städten die Luft wieder atmen kann, dass die Flüsse nicht mehr giftig sind, dass Autos weder Krach machen noch stinken und dass wir nicht mehr abhängig sind von Diktatoren und deren Ölvorkommen. Da würden wir uns schön ärgern.“*

Marc-Uwe Kling, Deutscher Liedermacher, Kleinkünstler, Regisseur und Autor

*„Ich sage Ihnen, dass wir unsere Kinder in einen globalen Schulbus hineinschieben, der mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit tödlich verunglückt. Wie kann es angesichts dessen sein, dass nicht zumindest Eltern und junge Menschen jede Woche massenweise auf der Straße stehen und protestieren?“*

Hans Joachim Schellnhuber,  
Klimaforscher und emeritierter Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)

*„Während die Politik Appelle zum Kochen mit Deckel und kürzerem Duschen an die Bevölkerung richtet, wird die enorme Energieverschwendung der Reichen kaum thematisiert.“*

Alexander Behr, Politikwissenschaftler, Universitätsprofessor und Journalist

*„Meine Tochter möchte einmal heiraten, Mama werden und eine Familie gründen, wenn sie groß ist. Wenn ich ehrlich wäre, müsste ich ihr sagen, dass sie sich das in die Haare schmieren kann, wenn die Menschen nicht bald zur Vernunft kommen.“*

Wolfgang Maier, Klimaaktivist

*„Es ist billiger den Planeten jetzt zu schützen, als ihn später zu reparieren.“*

José Manuel Barroso, Ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission

*„Wir sägen den Ast ab, auf dem wir leben.“*

Greta Thunberg, Klimaaktivistin

*„Wir vertreten im Grunde zutiefst konservative Werte, weil wir wollen die Welt so bewahren, wie sie derzeit ist.“*

Sandra Weilnböck, Klimaaktivistin

## Weiterführende Links zu Arbeiten und Plattformen

### **APCC-Bericht** <https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at/>

Der APCC-Bericht „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“ wurde von mehr als 80 österreichischen Expert\*innen verfasst und ist öffentlich einsehbar. Er soll laut Autor\*innen zum Beispiel klären, wie Rahmenbedingungen gestaltet werden können, sodass ein klimafreundliches Leben für jede\*n selbstverständlich oder zumindest erleichtert wird, welchen Beitrag die verschiedenen gesellschaftlichen Akteur\*innen leisten können und welche Infrastrukturen notwendig sind.

### **Klimarat-Bericht** <https://klimarat.org/>

Zufällig ausgewählte Bürger\*innen aus allen Regionen und Teilen der Gesellschaft setzten sich mit dieser Frage auseinander. Gemeinsam waren sie der Klimarat. Als eine Art „Mini-Österreich“ erarbeiteten sie – unterstützt von Wissenschaftler\*innen verschiedener Fachrichtungen, die den aktuellen Forschungsstand einbrachten – Maßnahmen, um die Klimazukunft unseres Landes aktiv mitzugestalten.

### **IPCC-Sachstandsberichte** <https://www.de-ipcc.de/270.php> (Synthesebericht: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/>) (deutsche Übersetzungen, Hauptaussagen, Zusammenfassungen)

Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, oft als Weltklimarat bezeichnet) als zwischenstaatliche Institution gilt als „Goldstandard“ der Klimaforschung und involviert tausende Wissenschaftler\*innen und fasst zehntausende internationale Studien zusammen. Aktuell ist der sechste Sachstandsbericht „AR6“ in drei Teilen veröffentlicht (Aktueller naturwissenschaftlicher Erkenntnisstand / Folgen, Anpassung und Verwundbarkeiten / Minderung des Klimawandels), sowie im März 2023 der Synthesebericht, als Entscheidungsgrundlage für die Politik.

### **The Club of Rome – Austrian Chapter** <https://www.clubofrome.at/>

Der Club of Rome ist eine Denkfabrik für Zukunftsfragen, der schon mit dem 1972 veröffentlichten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ seiner Zeit voraus war.

### **Nachhaltig Wirtschaften** <https://nachhaltigwirtschaften.at>

Plattform des BMK zur unterstützenden Kommunikation und Informationsweitergabe im Zusammenhang mit Forschungs- und Technologieprogrammen im Bereich der Energie- und Umwelttechnologien.

### **Topprodukte** [www.topprodukte.at](http://www.topprodukte.at)

informiert Konsument\*innen und professionelle Beschaffer\*innen über die besten energiesparenden, aktuell in Österreich erhältlichen Geräte und Produkte

### **Nachhaltiges Investment** <https://oeko-invest.net>

### **Klimabildung für die nächste Generation** <https://www.teachersforfuture.at/unterricht/> Überblick zu Angeboten für Unterrichtsmaterialien, Workshops und Umgang mit Ängsten

### **Klimafonds und Klimastabstelle der Stadt Linz** <https://www.linz.at/umwelt/klimafonds.php>

### **Klima-Dashboard Österreich** <https://klimadashboard.at>

Konkrete Daten und Fakten zur Klimakrise in Österreich

### **Dashboard Stromerzeugung weltweit** <https://app.electricitymaps.com/zone/AT>

Visualisierung der klimarelevanten Emissionen der Stromerzeugung

### **Netzwerk Klimajournalismus** <https://netzwerkklimajournalismus.substack.com>

Ein Netzwerk für klimainteressierte Journalist\*innen. Im Oktober 2022 wurde der Klima-Kodex präsentiert, eine klare Leitlinie für eine angemessene und konstruktive Klimaberichterstattung für alle Redaktionen. Der Kodex ist hier als pdf downloadbar: <https://tinyurl.com/jm2dnfe5>

### **Podcast „Das Klima“** <https://dasklima.podigee.io/>

Wesentliche Inhalte des IPCC Sachstandsberichts Kapitel für Kapitel zusammengefasst und verständlich erklärt